

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Prämienzahlung: Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beklagt für die sechsgehaltene Koloniale ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntheits-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ursachen der mexikanischen Erhebung.

Aus New York wird uns geschrieben:

Die Erhebungen, welche fast gleichzeitig in den mexikanischen Staaten Durango, Chihuahua, Coahuila, Torreon und Guerrero ausbrachen, sind von der Soldatesca des Diktators Porfirio Diaz anscheinend in Strömen von Blut erstickt worden. Die Verliehe der mexikanischen Gefängnisse sind überfüllt mit Tausenden, die auf den bloßen Verdacht der Gegnerschaft wider das Diazsche Regiment hin verhaftet wurden. Die „Ruhe“ ist wieder hergestellt. Aber, muß man fragen, auf wie lange? Denn das Symptom nur ist beseitigt, die Ursachen sind geblieben.

Schon seit Jahren wird in Mexiko eine Erhebung in einem Teile des Landes nur unterdrückt, um bald darauf anderwärts von einer neuen Revolte abgelöst zu werden. Auf die Wahlurnen des letzten Juni folgte im Juli in den Staaten Yucatan und Quintana Roo der Maya-Aufstand, bei welchem 7000 Indianer und etliche Tausend Weiszen und Weiße die Waffen gegen die Regierung ergriffen hatten. Die Aufstände der letzten Wochen sind an und für sich keine so ungewöhnlichen Erscheinungen; sie fanden nur deshalb mehr Beachtung, weil sie sich über so weite Gebiete Mexikos erstreckten.

Das schauerliche Lynchgericht, welches in Rock Springs, Texas, an dem lebendigen Leibes verbrannten Mexikaner Rodriguez geübt wurde, brachte im Zusammenhang mit der in Oklahoma und Texas auf Mexikaner gemachten Jagd den südlich des Rio Grande togenden Amerikanerhaz wieder einmal zum Ueberbäumen und bot die äußere Veranlassung zu einer ganzen Reihe von Erhebungen wider Diaz, der nicht nur im Bunde mit seinen Satrapen und Kreaturen einen einzigen fortgesetzten Riesenraub an dem mexikanischen Volke begeht, sondern auch als Mittel der Hochfinanz, insbesondere der amerikanischen, der Ausplünderung des Landes Handlangerdienste leistet.

So wirteten das Verlangen, für die auf amerikanischem Boden an Mexikanern verübten Schandtaten Vergeltung zu üben; der Haß gegen die Autokratie eines Diaz und seiner Schergen und die Erbitterung über die ausländische, vorzüglich die amerikanische Ausbeutung zusammen, um den Mexikanern die Waffen in die Hand zu drücken. Ohne vorherige Verabredung, ohne festen Plan brach im Norden, Osten und Westen Mexikos die Revolution aus. Die Einzelanstände waren die Aeußerungen einer elementaren Volksbewegung, an deren Spitze sich in erster Stunde Francisco J. Madero, der bei den Wahlen von Porfirio Diaz, freilich nur durch die verwerflichste Wahlkorruption geschlagene Präsidentschaftskandidat, zu stellen suchte.

Ausländischen Gesellschaften gewährte Diaz die wertvollsten Konzessionen. Bergbau und Petroleumgewinnung, Gummiindustrie und Eisenbahnen, Viehzucht und Großschlachtereien, Handel und Großgrundbesitz befinden sich fast ausschließlich in den Händen von Ausländern. Der Unterstützung, die die Vereinigten Staaten ihm leisten, verdankt es Diaz zu einem guten Teile, daß er noch am Ruder ist. Sich das Wohlwollen der Washingtoner Regierung zu erhalten, begünstigt der mexikanische Diktator die Amerikaner in ganz besonderem Grade.

In den 22 Jahren von 1886 bis 1908 wurden in Mexiko insgesamt 954 Millionen Dollar (amerikanischer = 4,20 M.) in neuen wirtschaftlichen Unternehmungen angelegt. Von dieser Summe wurden 295 Millionen in Mexiko, 355 Millionen in den Vereinigten Staaten und der Rest von 304 Millionen in anderen Ländern, insbesondere in Großbritannien, Kanada, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden aufgebracht. Die vorstehenden Zahlen geben aber noch kein richtiges Bild von der Verteilung der wirtschaftlichen Macht in Mexiko. Denn das mexikanische Unternehmungskapital ruht größtenteils von Gesellschaften her, welche zwar in Mexiko domiziliert sind, aber Ausländern gehören. Außerdem verleiht sich das Verhältnis auch noch mit jedem neuen Jahre mehr zu Gunsten der Amerikaner. Man darf getrost sagen, daß 800 Millionen Dollar in Mexiko angelegt sind.

Die Nationalbahn, nominell im Besitze Mexikos, wird von einem amerikanischen Syndikat und der amerikanischen Bundesregierung zugleich kontrolliert. Ihre Beamten sind fast ausschließlich Amerikaner. In Ausführung eines Projektes des verstorbenen Harriman baut die Southern Pacific Railway eine von Arizona durch Mexiko nach Guatemala führende Eisenbahn. Eine in Kalifornien ins Firmenregister eingetragene Gesellschaft versorgt die größeren mexikanischen Städte, darunter auch die Hauptstadt Mexiko mit Gas. Die International Rubber Co., an welcher Aldrich, Ryan, Guggenheim, Morgan und Rodess beteiligt sind, beherrscht die gesamte mexikanische Gummiproduktion; die Standard Oil Co. brachte fast die sämtlichen petroleumhaltigen Ländereien an sich. Die Kupferproduktion liegt in den Händen der Guagenheimischen American Smelting and Refining Co., deren Tochtergesellschaft, die Magdalena Mining and Smelting Co., allein pro Tag 1000 Tonnen Blei- und Kupfererze verarbeitet. Im letzten Jahre produzierte Mexiko für 22,4 Millionen Dollar Gold und für 35,4 Millionen Dollar Silber; mehr als die Hälfte der gewonnenen Edelmetalle entfällt auf amerikanische Unternehmungen. Eine einzige

Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Dollar schüttete letztes Jahr 1,8 Millionen Dollar an Dividende aus.

Diese fabelhaften Gewinne werden aus der Lebenskraft der Lohnsklaven gemünzt, die bei täglich zwölf- und vierzehntägiger Arbeitszeit einen Lohn verdienen, der sie zum latenten Verhungern verurteilt. Das Koalitionsrecht wird den Kernsten vorenthalten. Jeder Versuch, den Unternehmern durch einen Streik Zugeständnisse abzurufen, wird mit Säbel und Flinten vereitelt und an den „Rädelsführern“ mit Judthaus gebüßt.

Und noch weiter spizen sich diese unhaltbaren Zustände zu. Immer mehr erwerben die Yankees die wirtschaftliche Herrschaft über Mexiko. Erst in den letzten Monaten erstand eine kurz zuvor mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Dollar gegründete Gesellschaft in dem Staate Chihuahua acht Millionen Acres Land (Acre = 40 Ar), also ein Gebiet von der Größe des Staates Rhode Island. Die zwei Millionen Acres große Palamele Ranch ging erst vor einigen Wochen in den Besitz eines kalifornischen Syndikats über; der zum Anbau von Zuderrohr geeignete, 5,5 Millionen Acres große, sich am mexikanischen Meerbusen von Vera Cruz bis Tampaca erstreckende Distrikt Guastaca wurde Eigentum von Amerikanern. Im Staate Chihuahua erwarb ein Texaner erst vor ein paar Monaten sechs Millionen Acres Land.

Die Gerechtigkeit zum Betrieb von Bergwerken, Gasanstalten, Eisenbahnen usw. werden von den Amerikanern mit nicht minder verwerflichen Mitteln erworben wie Grundbesitz von den hohen mexikanischen Beamten. So „erstanden“ der Gouverneur D. Molina des Staates Yucatan und der frühere Gouverneur Terraza des Staates Chihuahua um nominelle Kaufpreise je 15 Millionen Acres Landes, größere Gebiete als die Neu-Englandstaaten zusammengenommen. Wie sie es anstellten? Sie ließen neue Steuern einführen und von den Bauern nicht einfordern. Eines schönen Tages wurde Grund und Boden für die Steuerrückstände konfisziert und kam unter den Hammer. Wehe dem, der es gemagt hätte, bei der Versteigerung des Landesbesitzes gegen den Gouverneur zu bieten!

Gewiß! Auch Deutsche und Engländer, Franzosen und Holländer treiben es toll in Mexiko. Aber die Amerikaner haben nicht nur den Vorteil der größeren Nachbarschaft für sich, sondern auch denjenigen, daß die Diazsche Herrschaft fast ganz auf die Gnade der Washingtoner Geloten unserer Hochfinanz angewiesen ist. Denn der Präsident von Mexiko macht stets gemeinsame Sache mit den „reichen Räubern der Vereinigten Staaten“.

Fortdauer der Revolution.

Washington, 13. Dezember. Trotz der offiziellen Ableugnungen dauern die revolutionären Unruhen, wenn auch in geringerer Stärke fort. Wie der hiesige mexikanische Votschafter erzählt, stiegen heute nachmittag mexikanische Truppen bei Cuernavaca (Provinz Chihuahua) auf eine revolutionäre Schar, von der 70 Mann getötet sowie viele verwundet und gefangen genommen wurden. Die Truppen verloren 150 Mann.

Nach weiteren amtlichen Meldungen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, haben die mexikanischen Truppen die Stadt Guerrero den Aufständischen wieder abgenommen. Der amerikanische Votschafter in Mexiko telegraphiert, daß in dem Staate Chihuahua und den anderen Teilen des Landes jeder organisierte Widerstand gebrochen ist.

Ein klassischer Jagow-Zeuge.

Im Roabiter Prozeß haben wir Dank des verzweifeltsten Rottrufs des Polizeipräsidenten schon manchen Zeugen auftreten sehen, der den Mangel an tatsächlichen Angaben durch Ausgebirnen einer äppigen sozialwissenschaftlichen Phantasie zu ersetzen versuchte. Aber keiner dieser Zeugen kann sich an Wirkung vergleichen mit dem Herrn Graveur Kluge, der am Mittwoch im Gerichtssaal eine Pause hielt, wie er sie schöner in einer konservativ-antimexikanischen Radikalsammlung nicht hätte halten können. Wenn nicht bisweilen der Vorspende und schließlich die Verteidiger die Suada des rededrohen Herrn etwas eingedämmt hätten, er würde bis zum Schluß der Sitzung gesprochen haben und noch darüber hinaus. Unerschöpflich sprudelte die sittliche Entrüstung des wildgewordenen Ordnungsmannes; prüft man aber den Redeschwall auf die tatsächlichen Angaben, die für die Beurteilung der Roabiter Schredensstage verwendet werden könnten, so bleibt nur ein sehr spärlicher Bodensatz zurück. Herr Kluge hat sich in der Hauptsache darauf beschränkt, die Stimmung der Roabiter Bevölkerung zu studieren, und hat dabei mit Betäubnis konstatierten müssen, daß eine furchtbare Erbitterung wider die Polizei bestand, eine Erbitterung, die nicht nur die Männer erfüllte, sondern die auch die Frauen ergriffen hatte — die „sozialdemokratisch infizierten Weiber“, wie Herr Kluge geschmackvoll sagte, waren nach seiner Versicherung „noch schlimmer als die Männer“. Im übrigen kann Herr Kluge die Ruhe und Geduld der Polizeibeamten nicht genug bewundern. Wie es zuzuging, wenn sie zur Attacke schritt, wie sie nach den Attacken friedliche Passanten behandelt hat, das hat er allerdings nicht gesehen, denn er hat sich als ordnungsliebender Staatsbürger schnell entfernt, sobald er vermutete, daß irgendwo irgend etwas losgehen könnte. Aber wenn er darüber auch nichts weiß, so gibt er doch mit viel Empase seine Meinung kund, daß ein jeder, der von der Polizei verprügelt wurde, sich das

nur selbst zuschreiben hat. Denn wenn er ebenso rechtzeitig weggegangen wäre, wie der vorsichtige Herr Kluge, so wäre ihm sicherlich nichts passiert. Daß Leute in Roabit wohnen und die Straßen von Roabit passieren müssen, daß sie die Zeit dazu nicht nach ihrem Belieben bestimmen können, daß vor allen Dingen diejenigen, die in menschenleeren Straßen von Schulreuten angefallen worden, unmöglich ohne konnten, daß sie das Objekt des Polizeifabels werden würden, alles das braucht Herr Kluge nicht zu wissen, denn sonst könnte er seine große Pause für die Polizei und gegen die böse Sozialdemokratie nicht halten und dazu hätte er sich doch gemeldet. Er mußte reden und zeugen, obgleich er von den Vorgängen, die für die Beurteilung der Sache eigentlich allein in Frage kommen, so gut wie nichts gesehen hat. Er mußte das Vaterland retten und was ihm dabei an Gesicht mangelte, das ersetzte er durch überströmenden blinden Eifer. Keim anderer der Jagow-Zeugen kann sich ihm an Wirkung vergleichen — keiner seiner Vorgänger hat so vergnügt schmunzelnde Mienen auf den Gesichtern der Verteidiger erzielt, wie Herr Kluge, der durch die Art seiner Aussage nicht nur sich selbst, sondern auch das Jagowische System der Polizeireinwaschung in einer Weise charakterisiert, daß die Verteidigung mit diesem Effekt allerdings zufrieden sein kann.

Im übrigen brachte die Mittwochsverhandlung wieder eine ganze Reihe von Aussagen über empörende Polizeibrutalitäten. Was der Igl. Förster a. D. Trebor bekundet hat, gehört zu dem Abscheulichsten, was bisher zur Sprache gekommen ist. Die Aussagen des Zimmermeisters Otto zeigen, wie blindwütig die Polizei bei manchen ihrer „Eiderrungsmaßnahmen vorgegangen ist, und was sich Schulreute an Mißhandlungen friedlicher Leute unter den Augen von Polizeileutnants erlauben durften. Der Aktuar Schur hat das Schicksal so mancher ruhigen Straßenpassanten teilen müssen. So bringt jeder Tag neue Zeugnisse aus dem Munde von Leuten, die schon durch ihre soziale Stellung vor dem Verdacht geschützt sind, als ob sie etwa der Sozialdemokratie zu Liebe die Tatsachen entstellen könnten. Jeder Tag vermehrt das Belästigungsmaterial wider die Polizei: — der Reichstanzler aber spricht von „vereinzelt Fällen“. Wo mag für Herrn v. Bethmann Hollweg die Massenhaftigkeit beginnen?

Eine sehr eigenartige Wendung nahm in dieser Sitzung der Fall Pilz. Die Glaubwürdigkeit des Zeugen Wellschmidt ist durch die Zeugnisse seiner Anverwandten in starker Weise erschüttert worden — auf die Aussage eines solchen Menschen hin würde man einen unbescholtenen Mann wie Pilz schwerlich verurteilen können. Die Angaben anderer Zeugen, daß Pilz bei anderen Vorfällen das Vorgehen von Gästen seines Lokals gegen Arbeitswütige und Polizei begünstigt und die Polizei verhöhnt habe, sind ebenfalls durch entgegenstehende Bekundungen anderer Zeugen als zweifelhaft erwiesen. Da meldet sich plötzlich ein Zeuge, der Glasermeister Warunde, um den angefallenen Gastwirt schwer zu belasten. Seine Aussage mutet sehr sonderbar an. Es ist nicht leicht, zu glauben, daß sich ein Gastwirt, der doch weiß, daß er leicht festgestellt werden kann, so unvorsichtig gegen einen unbekanntem Gast benehmen wird und noch seltsamer klingt die Angabe des Grundes, der den Herrn Glasermeister nach Roabit geführt hat, wo er dann ganz zufällig in das Pilzische Lokal geriet. Daß jemand nach einem entfernten Stadtteil geht, wo er sonst nichts zu tun hat, um zu sehen, ob Leute, die ihn nichts angehen, eine kindische Drohung ausführen werden, die sie in erregter Debatte ausgestoßen haben, das ist ja nicht ganz unmöglich, aber sicherlich nicht sehr wahrscheinlich. Herr Warunde hielt seine Aussage bei allen erregten Protesten des Angefallenen aufrecht, merkwürdig ist dabei, daß der Mann, der anfänglich die Namen einiger Leute nicht nennen wollte, um sie angeblich vor gerichtlicher Verfolgung zu bewahren, sich aus eigenem zum Zeugnis wider Pilz gedrängt hat. Die Aussage dieses Zeugen gibt manche Rätsel auf.

Herr v. Jagow scheint mit der Tätigkeit seiner Annoncenzeugen nicht ganz zufrieden zu sein — was wir ihm nicht verdenken können. Er verliert deshalb die Öffentlichkeit noch auf andere Weise als durch seine Zeugen zu beeinflussen. Der Presse wird vom Polizeipräsidenten ein längerer amtlicher Bericht des Polizeileutnants Rausche zugesandt über einen Vorfall vom 24. September in der Seidingerstraße, wo zwei kupferne Kohlenwagen von einer Menschenmenge angehalten wurden. Es ist die Wiederholung der Aussage, die der Herr Leutnant schon als Zeuge im Prozeß gemacht hat, nur um eine Nuance bereichert. Der Bericht wendet sich nämlich gegen den Vorwurf, den die Polizei wohl aus einigen Aussagen übereifriger Jagowzeugen herausgehört hat, daß sie bei jener Gelegenheit nicht forsch genug vorgegangen sei. Um das zurückzuweisen, soll anscheinend die Presse in Anspruch genommen werden. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorwurf sofort die Federn im Polizeipräsidenten in Bewegung setzt. Mißhandlungen friedlicher Passanten, haarsträubende Brutalitäten können der Polizei en masse vorgeworfen werden, ohne daß am Alexanderplatz ein Tröpfchen Zinte für eine öffentliche Kundgebung verstrichen wird. Es ist allerdings auch möglich, daß Herr v. Jagow diese Klagen eben nicht entkräften kann. Es wäre dann durch die Aussagen von Zeugen, die nichts gesehen haben!

Die Wahlen in England.

London, 14. Dezember. Bisher sind gewählt: 217 Liberale, 249 Unionisten, 38 Vertreter der Arbeiterpartei, 60 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger D'Oriens. Die Liberalen ge-

spannen 19, die Unionisten 24 und die Arbeiterpartei gewann 4. Sitze.

In West-York siegte Adamson, der Kandidat der Arbeiterpartei, mit 6128 Stimmen über den Liberalen Hope, der 5425 Stimmen erhielt. Da dies ein Sieg der Arbeiterpartei über die Liberalen ist, so verändert er das Stärkeverhältnis zwischen Regierung und Opposition nicht. Bisher sind im Ganzen 572 Abgeordnete gewählt, so daß noch 98 Mandate zu befehlen sind.

Uneinigkeit unter den Konservativen.

London, 14. Dezember. In einem großen Leitartikel deutet heute die konservative „Morning Post“ die Möglichkeit an, daß sich die Anhänger der Tarifreform von der unionistischen Partei trennen. Das Blatt erklärt, es sei nicht länger möglich und auch nicht angezeigt, den Ernst der Lage zu verkennen, in welche die unionistische Partei in den letzten vierzehn Tagen hineingetrieben worden sei, infolge des unzulässigen und unglücklichen Vorschlags Balfours, die Tarifreform und das Budget einem Referendum zu unterbreiten. Die Anhänger der Tarifreform hätten nichts gegen die alte britische Verfassung, gegen welche Balfour unbewußt seinen Schlag gerichtet habe, und würden die alte Verfassung zum Ausgangspunkt ihres nächsten Feldzuges machen. Auf jeden Fall müßten sie unerbittlich darauf dringen, in ihrer Vereinigung mit der unionistischen Partei freie Bahn zu haben.

Das liberale Blatt „Daily News“ schreibt: Balfour habe am Montag in seiner Rede in Darford seine Niederlage zugegeben und sich darin gefunden, daß das nächste Parlament die Vetomobil annehmen werde, und fügte hinzu, Balfour sei vollkommen berechtigt, zu erklären, daß er die Bill aufheben werde, sobald er wieder zur Macht gelange. Das Blatt glaubt aber nicht daran, daß er jemals die Genehmigung der Nation hierzu erhalten werde. Der konservative „Daily Telegraph“ begrüßt das Versprechen Balfours, der Annahme der Vetomobil im Parlament einen langen, entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember 1910.

Rehrand im Reichstag.

Aus dem Reichstag, 14. Dezember. Wäre es nach dem Wunsch des Schnapsbündels gegangen, so hätte heute nach zweistündiger Debatte der Reichstag sich vertagt. Nach einer demagogischen Schnapsblödsinn des Antisemiten Raab sollten die Reichsboten in die Ferien entlassen werden. Es war auf eine Ueberrumpelung der Linken abgesehen. Die Absicht, einen Schlußantrag zu stellen, war geheim gehalten worden. Sie war trotzdem durchgedrungen, und so waren denn auch die Fraktionen der Linken zur Stelle, als der Schlußantrag zur Abstimmung gebracht werden sollte. Die Vertreter der Liberalen und Sozialdemokraten protestierten gegen dieses Verfahren. Genosse Singer kennzeichnete den Antrag als den ersten Vergewaltigungsversuch des Schnapsbündels in diesem Sessionsabschnitt. Herr Wiemer beantragte namentlich die Abstimmung über den Schlußantrag. Da die Schnapsbündelmehrheit schwächer vertreten war als die Linke, und die Polen als ewige Minderheitspartei gegen den Schluß stimmten, wurde der Antrag mit 113 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag hatte noch der kurz vor Schluß der Abstimmung erscheinende Genosse Leber gegeben, der deshalb auch verdienstermaßen als „Reiter des Vaterlands“ gefeiert wurde.

Die Debatte nahm nunmehr ihren Fortgang und spann sich bis 10 Uhr abends fort. Einen Hauptteil der Sitzung nahm ein katholisch-protestantisches Theologiengeplänkel in Anspruch, an dem sich Gröber vom Zentrum, von den Nationalliberalen Eberling und von den Freisinnigen Schrader beteiligten. Auch sonst verlief sich die Debatte vielfach in Nebensächlichkeiten, weil die bürgerlichen Parteien sich untereinander ihre Wahlsünden und Abstimmungsünden gegenseitig unter wachsender Erbitterung vorrechneten.

Auf die bedeutsame Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und der Sozialdemokratie brachte erst in einigen kurzen Auseinandersetzungen Genosse Frank die Debatte zurück. Er rechnete dabei mit dem nationalliberalen Herrn Reinge ab, der sich nicht gekümmert hatte, in das reaktionäre Gezeiter über sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen einzustimmen. Den halben Rückzug des Kanzlers in der Moabiter Sache erklärte er damit, daß der Versuch, den Prozeß als politischen Tendenzprozeß umzuschichten, jetzt schon mißglückt sei. Er erinnerte dann daran, daß, wie Bethmann jetzt die Moabiter Erzehe der Sozialdemokratie, so einst Bismarck den Attentäter Kullmann dem Zentrum an die Rockschöße hängen wollte. Damals habe das Zentrum, wie gestern die Sozialdemokratie, der Entrüstung über ein solches Verfahren kräftig Ausdrück verliehen. Frank faßte dann sein Urteil über die gegenwärtige Regierungsmethode dahin zusammen, es sei das System von Gummi und Blech.

Mehrere Stunden ging dann die Debatte noch hin, bis schließlich 10 Uhr abends der Etat der Budgetkommission überwiesen werden konnte. Dann vertagte sich das Haus bis zum 10. Januar.

Herrn v. Bethmann Hollwegs gottgewollte Abhängigkeit.

Herr v. Bethmann Hollweg, der fünfte Kanzler des neuen Deutschen Reiches — nicht nur der Reihenfolge nach, sondern auch bezüglich der geistigen Qualität — hat in seiner Etatsrede vom 10. d. Mts. erklärt, daß er zwar gegen sogenannte Ausnahmegesetze sei, aber das geltende Recht nicht für ausreichend halte, um der „ausgehenden und aufreizenden Tätigkeit“ fanatischer sozialdemokratischer Agitatoren wirksam entgegenzutreten zu können — deshalb beabsichtige die Regierung, in das zur Beratung stehende neue Strafgesetz einige Bestimmungen gegen Aufwiegelung und gegen Verherrlichung vergangener Verbrechen sowie ferner zum Schutz des persönlichen Selbstbestimmungsrechts hinein zu präzisieren. In der Presse sind diese Aeußerungen recht verschiednen gedeutet worden. Eine als offiziell geltende Korrespondenz gibt deshalb näher bekannt, wie sich der langgestreckte Konfuse Protogoras von Hohenstrow die Verhuzung des neuen Strafgesetzbuches denkt. Sie schreibt:

„Während das bisherige Gesetz nur die Aufforderung zu bestimmten Handlungen für strafbar erklärt, soll in Zukunft dem Aufforderer das Aufreizen gleichgestellt werden. Die Wahrnehmungen, daß gerade die gefährlichsten Volksaufwiegler die Form der Aufforderung vermeiden und dafür die bisher strafflose Anreizung wählen, lassen es als notwendig erscheinen,

einen wirksameren Schutz zur Abwehr von Angriffen gegen die Sicherheit des Staates zu schaffen. Dabei soll nicht nur die Aufforderung zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen, sondern auch die Anreizung zur Auflehnung gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen und gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen unter Strafe gestellt werden. Damit werden alle strafgesetlichen, also auch die Uebertretungsverbote umfaßt! Neu eingefügt in das Strafgesetzbuch soll eine Vorschrift gegen das Verherrlichen begangener Verbrechen werden. Wer eine Verbrechenstat als erlaubt darstellt oder rühmt, kann dies in einer Weise tun, daß er zur Begehung der Tat andere aufreizt. In diesem Falle ist er auch heute bereits strafbar. Dieser Nachweis ist aber selten zu führen, zumal gerade den gesuchten Agitatoren gegenüber, da diese sich aus Mangel an der Tatsache der Verherrlichung, von der sie die Wirkung von selbst erhoffen, genügen lassen, ohne sonstigen Beweis für ihren Anreizungsvorwurf zu liefern. Wegen dieses Verfahrens, die sogenannten agitatorische Glorifikation, sollen nun Strafbestimmungen geschaffen werden, denen derjenige verfällt, der öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften begangene Verbrechen verherrlicht. Dieser Vorschlag beruht auf der Erwägung, daß in steigendem Maße in einem Teil der Tagespresse und in öffentlichen Versammlungen Worte an Fürsten und Staatsmännern in einer Weise verherrlicht wurden, die in weiten Kreisen der Bevölkerung Anstoß und Entrüstung erregt hat. Diesem Treiben entgegenzutreten, war bei der Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht möglich. Solche Erwägungen haben bereits in anderen Ländern in großem Umfang dazu geführt, Strafbestimmungen gegen die Verherrlichung von Verbrechen zu schaffen, so in Frankreich, Italien, Spanien, Desterreich, Spanien, Norwegen usw. Auch in Deutschland ist ein gleicher Versuch bereits im Jahre 1894 durch eine dem Reichstag vorgelegte Novelle zur Aenderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches gemacht worden. Dieser Versuch ist allerdings mit dem ganzen Entwurf gescheitert. Seitdem sind jedoch die damals beobachteten Mißstände in so vermehrtem und verstärktem Maße hervorgetreten, daß eine Wiederholung der früheren Forderungen geboten erscheint.“

Diese Aenderungen genügen, um zu zeigen, wie sehr Herr v. Bethmann Hollweg, der komischerweise den Anspruch erhebt, über den Parteien zu stehen, im Schlepptau der konservativen Wacker segelt. Man braucht nur die obigen Ausführungen mit den von der „Kreuztg.“, der „Konjerd. Korresp.“ und Herrn v. Seydebrand gestellten Forderungen zu vergleichen, um sofort zu erkennen, daß sich Deutschlands genialer Kanzler mit erstaunlicher Anpassungsfähigkeit in dem Zeitraum von kaum einer Woche den konservativen Wünschen untergeordnet verstanden hat — wahrscheinlich weil er in den preussischen Junkern die gottgegebenen Gewalten erkannt hat, von denen sich unabhängig machen zu wollen, gegen seine schöne Philosophie der gottgewollten Abhängigkeiten verstoßen würde. Ein große Philosophie fügt sich bekanntlich willig in das Gottgewollte und Unvermeidliche, zumal wenn er in seiner eigenen Unzulänglichkeit das Maß aller Dinge erblickt. Fraglich ist nur, ob die Regierung mit ihren Versuchen Glück haben wird. Sicher, die Konservativen machen mit, ebenso auch der größte Teil der Nationalliberalen; aber das Zentrum dürfte doch wohl wenig Neigung verspüren, die alte Unsturzvorlage anzunehmen, selbst wenn diese nach Seydebrand-Bethmann'schem Rezept schematisch in das neue Strafgesetzbuch hineingearbeitet wird. Möchte das Zentrum sich auch gerne die Freundschaft der Konservativen erhalten und bezieht auf seine Entschlüsse auch heute der hohe Klerus einen größeren Einfluß als jemals zuvor, so muß es doch auf die katholischen Arbeiter Rücksicht nehmen; und diese zu zeigen, nur um die Macht der ostpreussischen Krautjunker und der junkerlichen Bureaucratie zu stärken, fällt dem Zentrum schwerlich ein.

Freisinnig-nationalliberales Wahlabkommen für die Provinz Brandenburg.

Während die konservative und kirchliche Presse urteillos die alberne Erfindung der „Halleischen Ztg.“ weiterverbreitet, die Sozialdemokratie hätte mit der Fortschrittlichen Volkspartei einen geheimen Wahlpakt abgeschlossen, sind die Freisinnigen und Nationalliberalen in den verschiedensten Teilen des Reiches an der Arbeit, sich über ein gemeinsames Vorgehen bei der nächsten Reichstagswahl zu verständigen. Auch für die Provinz Brandenburg ist am Sonntag in einer Konferenz der brandenburgischen Provinzialleitungen der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei ein solches Wahlbündnis vereinbart worden. Es wurde, wie freisinnige Blätter melden, beschlossen, ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien für die nächsten Reichstagswahlen herbeizuführen, damit jede gegenseitige Bekämpfung liberaler Kandidaturen vermieden werde.

Zugleich kündigt der Vorsitzende der nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg, Dr. E. Leidig, in den „Nationalliberalen Mitteilungen“ an:

Den Parteifreunden bringe ich folgendes zur Kenntnis:

Zwischen den Provinzialvorständen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg ist für die nächsten Reichstagswahlen ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, daß in jedem Wahlkreise nur ein liberaler Kandidat aufgestellt wird.

Zwischen den beiden Vorständen ist auch gleichzeitig eine Einigung darüber herbeigeführt worden, welcher der beiden Parteien die einzelnen Wahlkreise zur Aufstellung der Kandidaten überwiesen werden.

Diese Uebereinkunft wird nunmehr schleunigst den Organisationen der einzelnen Wahlkreise zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg.

Dr. Leidig.

Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Land. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß bei der nächsten Reichstagswahl in einer ganzen Reihe von Provinzen und Bezirken die Fortschrittlichen und Nationalliberalen gemeinsam ihre Kandidaten aufstellen werden. Uns kann's recht sein.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die „Deutschen Nachrichten“, die enge Beziehungen zu Beamtenkreisen haben, wissen mitzuteilen, daß in der Wahlrechtsfrage sofort nach dem Wiederausammentritt des Landtags durch eine Erklärung der leitenden Stelle ein bestimmter Entschluß mitgeteilt werden soll. — Diese leitende Stelle kann nur der Ministerpräsident Herr v. Bethmann Hollweg sein. Ueber die Richtung, in welcher sich der gesagte Entschluß bewegt, vermag das Blatt näheres nichts mitzuteilen.

Die Hochanständigen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende „Berichtigung“ des Hansa-Bundes:

An die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“,

Hier.

Nachdem wir Ihnen mitgeteilt haben, daß das angebliche Rundschreiben Nr. 63 des Hansa-Bundes, welches Sie von einem Unbekannten abgedruckt haben, nicht erlassen worden ist, veröffentlicht Sie in Ihrer Nr. 502 unter der Ueberschrift: „Zirkular 63 des Hansa-Bundes“ ein Schreiben eben dieses oder eines anderen mit ihm Hand in Hand arbeitenden Unbekannten, und fordern uns zu einer Erklärung über dessen Inhalt auf.

Sie teilen Ihnen ergebenst mit, daß wir gern bereit sind, Ihnen die gewünschte Erklärung abzugeben, sobald Sie uns den Namen jenes Schreibers angegeben haben. Doch wir auf anonyme Zuschriften offizielle Erklärungen abgeben sollten, dürfte wohl niemand von uns verlangen oder erwarten können.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Annahme dieser Berichtigung.

Hochachtungsvoll
ergeben
(gez.) Knoblauch.

Mit der ihm eigenen eingebildeten Ueberlegenheit fügt in seiner gespreizten Weise das „Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte“ hinzu:

„Der Name des Briefschreibers tut wahrhaftig nichts zur Sache. Wir verlangen keine andere „offizielle Erklärung“ als lediglich die, daß im Hansabund das bekannte Rundschreiben nicht verfaßt worden ist. Die Erklärung, daß es nicht erlassen worden sei, genügt nicht. Ob es tatsächlich erlassen worden war, konnten wir nicht wissen. Wir bleiben aber dabei, daß das Rundschreiben, das wir wortgetreu veröffentlichten, im Hansabund verfaßt worden ist. Weßhalb man schließlich davon abgesehen hat, es zu erlassen, kann man sich wohl denken; aber auch darauf kommt es nicht an.“

Der jetzige Streit zwischen Hansabund und „Deutsche Tageszeitung“ interessiert uns im ganzen recht wenig; aber wir verstehen nicht, wie das ehrsame, „hochmoralische“ Wänderblatt ohne weiteres ein Zirkular abdrucken konnte, über dessen Entwendung aus dem Bureau des Hansabundes es durchaus nicht im Zweifel sein konnte, zumal die Veröffentlichung nicht im geringsten eine Wahrnehmung allgemeiner Volksinteressen bedeutet, sondern lediglich den Zweck hat, die Leitung des Hansabundes zu diskreditieren! Wenn früher der „Vorwärts“ ihm zugegangene Schriftstücke aus dem Bureau der Regierungen und Behörden veröffentlichte, um dort geschmieberte reaktionäre Pläne zu enttarnen, dann bekam die „hochanständig“ „Deutsche Tageszeitung“ regelmäßig einen moralischen Wutkamp, schimpfte über Moral-, Gewissens- und Skrupellosigkeit des „Vorwärts“ und bezeichneter gewöhnlich das Schriftstück als „gestohlen“ und „ergaunert“. Nun ihr aber selbst ein geheimes Schriftstück auf den Redaktionstisch fliegt, nimmt sie trotz ihres ausgeprägten Moralssinnes keinen Anstand, dieses Schriftstück zu veröffentlichen, obgleich es sich in diesem Fall absolut nicht um die Wahrung irgendeines Volksinteresses handelt; ja sie hat die Veröffentlichung des „gestohlenen“ oder „ergaunerten“ Zirkulars so eilig, daß sie sich nicht mal die Mühe nimmt, nachzuforschen, ob denn auch dieses Zirkular wirklich abgefaßt worden ist. Die Möglichkeit, dem Hansabund eins auszuwickeln, ergriff dermaßen das empfindsame Gemüt der Redaktion des Wänderblattes, daß sie alle ihre heiligen gefestigten Korruptionsprinzipien vergaß und (schmunzelnd dem jesuitischen Grundsatze folgte: „Der Zweck heiligt die Mittel!“

Fascheien.

Die „Halleische Zeitung“, die den Schwindel von dem sozialdemokratisch-fortschrittlichen Wahlbündnis in die Welt gesetzt hat, besitz die Unverschämtheit, allen Dementis zum Trotz ihre Tartarennachricht nicht bloß aufrecht zu erhalten, sondern sie auch noch zu ergänzen. Das alberne Blatt schreibt nämlich:

„Das Abkommen ist natürlich nicht in die Form eines schriftlichen Vertrages gebracht worden. Es ist auch absichtlich nicht zwischen den Parteivorständen oder den Parteileitern abgeschlossen worden, damit diese die Möglichkeit haben, es abzustreiten. Aber diejenigen, die als Vertreter der Parteien bei den Abschlüssen tätig gewesen sind, sind auch von der anderen Seite überzeugt worden, daß die Parteileitungen im Ernstfalle nach dem Abkommen verfahren werden. Natürlich sollte dasjenige möglichst vor den einzelnen Wahlkreisen und namentlich vor der Menge der Wähler geheim gehalten werden. Seine Durchsicht ist so gedacht, daß von der Zentralstelle in die aufgegebenen Wahlkreise kein Geld und keine Redner geschickt würden.“

Sogar die Wahlkreise werden namentlich aufgeführt, die angeblich von der Sozialdemokratie den Fortschrittlichen überlassen werden sollen. Es sind das die Kreise: Osterburg-Stendal, Jerichow, Liebenwerda-Torgau, Schweinitz-Wittenberg, Sangerhausen-Edersberg, Merseburg-Duerfurt, Nordhausen und Mühlhausen-Langensalza-Weihensee.

Wir haben bisher auf diese neuen naiven Märchen der „Halle. Ztg.“ nichts erwidert, da erstens die freisinnige Presse sofort mit Dementis geantwortet hat, und wir zweitens trotz unserer geringfügigen der geistigen Qualitäten der Blätter vom Schlage der „Kreuztg.“ und der „Deutschen Tagesztg.“ nicht annehmen vermochten, daß irgendein Blatt so einfältig sein könnte, die Fabeln der „Halle. Ztg.“ ernst zu nehmen. Wie wir aber gestehen müssen, haben wir doch den politischen Verstand der Leiter dieser Organe überschätzt. Sie halten tatsächlich die naiven Fascheien des Halleer Blattes nicht nur für möglich, sondern sogar für höchst wahrscheinlich. So meinte zum Beispiel die „Kreuzzeitung“, in ihrer Dienstag-Abendnummer, indem sie eine neue Mitteilung der „Halleischen Zeitung“ weitergibt, der zufolge die Sozialdemokratie der Fortschrittlichen Volkspartei den Wahlkreis Labiau-Wehlau dadurch absichtlich in die Hände gespielt hat, daß sie von vornherein einen Teil ihrer Wähler freisinnig wählen ließ:

„Die Mitteilungen sind so bis ins einzelne gehend, daß eine ganz beiläufige ablenkende Bemerkung des „Vorwärts“ (in einer Besprechung der Wahl in Labiau-Wehlau) und kurze, die Verlegenheit zu deutlich verrätende Bemerkungen der „Freisinnigen Zeitung“, es handele sich um ein Märchen, nicht als genügend erachtet werden können, um die Meldungen als völlig unbegründet erscheinen zu lassen.“

Wir können darauf nur mit aller Bestimmtheit erklären, daß die ganzen (die älteren wie die letzten) Angaben der „Halle. Ztg.“ über ein sozialdemokratisch-freisinniges Wahlbündnis leere Fabel sind. Schon die Zusammenstellung der Wahlkreise, die wir angeblich dem Freisinn überlassen wollten, muß jedem politisch Denkfähigen das Hirnverbrannte der aufgestellten Behauptung zeigen. In den meisten der Kreise, auf die die Sozialdemokratie angeblich verzichten will, standen wir in Stichwahl mit den Gegnern. Rag die ehrsame „Kreuz-Ztg.“ uns auch von ihrem schönen politischen Moralstandpunkt für noch so verworfen halten, so sollte sie doch nicht glauben, daß wir so dumm sind, einen derartigen Pakt abzuschließen. Es ist total verkehrt, wenn das konservative Hauptorgan von seinem eigenen Verstand auf den anderer Leute schlägt.

Aus dem mecklenburgischen Landtag.

Auf dem mecklenburgischen Landtage wurde durch den Bund der Bürgermeister die Regierungsvorlage zur Ablehnung gebracht, die aus der Landessteuerklasse einen Zuschuß von 1 800 000 M. für die

großherzogliche Kasse forderte. Der Großherzog hat das Geld mit der Begründung verlangt, daß er ohne diese Mittel die Regierung nicht in der Weise, wie es nötig sei, weiterführen könne.

Rindholz-Kapitalisten.

Eine Abordnung der deutschen Rindholzfabrikanten erschien am Dienstag beim Reichskanzleramt. Ihre Wünsche gehen dahin, daß entweder ein Rindholzmonopol geschaffen wird oder daß die Rindholzfahrgeldmittel mit einer hohen Steuer belegt werden. Im Falle des Monopols wollen die Fabrikanten ihre Fabriken dem Staate verpachten. — Weiter kann die kapitalistische Invertorenheit sicher nicht getrieben werden. So schwer auch die Arbeiter der Rindholzindustrie durch die Rindholzsteuer geschädigt worden sind, so wenig trifft das auf die Fabrikanten zu, die durch ihr Syndikat es verstanden haben, die Preise hochzubalten. Aus irgendwelchen Gründen geht nun das Syndikat aus dem Leim und um nicht in gegenseitigen Wettbewerb eintreten zu müssen, muten die Rindholzfabrikanten dem Reiche zu, ein Monopol einzuführen und ihnen die Fabriken für teures Geld abzupachten.

Die verfehte Disziplin.

Gegen die geheiligte militärische Disziplin gefehlt hatte am 17. November beim Exerzieren auf dem Kasernenhofe der in Mannheim geborene Soldat Adolf Böhler von der 8. Kompanie des 15. Infanterieregiments Nr. 181 in Chemnitz. Wegen Ungehorsams in Dienstsachen und vor versammelter Mannschaft stand er deshalb vor dem Kriegsgericht. Womit hatte der junge Vaterlandsverteidiger die Disziplin gefährdet? Nach der Anklage hatte er den Befehlen des Deutnants S. nur zögernd und ungenügend Folge geleistet, war zu langsam gelaufen und hatte den Kopf nicht richtig gehoben. (1) Die Schwere solcher militärischer „Straftaten“ bringt dem Leuten erst die ausgeworfene Strafe zum Bewußtsein. Das Chemnitzer Kriegsgericht erkannte nämlich auf vier Monate Gefängnis!

Wie ein Leichnam sollt ihr werden,
Seelelos und willentlos!

Oesterreich.

Obstruktionserfolge.

Prag, 14. Dezember. Wegen der Nichterledigung des Budgets und der Steuerentwürfe infolge der fortwährenden deutschen Obstruktion im Landtag schlägt der Landesvoranschlag Böhmens für 1911 mit einem Defizit von rund fünfzig Millionen Kronen ab, welches durch Erhöhung verschiedener Landesumlagen gedeckt werden soll.

Annahme der Geschäftsordnung.

Wien, 14. Dezember. Abgeordnetenhause. Bei der Beratung der Vorlage betreffend die Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhause bis zum Dezember 1911 sprachen sich die Vertreter aller großen Parteien für die Vorlage aus. Nur die tschechisch-radikale und die Ruthenen lehnten sie ab, da die Waffe der Obstruktion im Kampfe um die nationalen Rechte ihnen unentbehrlich sei. Schließlich wurde die Vorlage mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Schweiz.

Gegen den Militarismus.

Bern, 13. Dezember. (Fig. Ver.) Die zu ihrer Winteression hier tagende Bundesversammlung hat von dem Militärbudget von rund 44 Millionen Franz eine Million abgezogen. Die verbleibenden 43 Millionen Militärausgaben bilden aber immer noch eine große Last für das kleine Land, an die jeder der circa 4 Millionen Einwohner rund 11 Franz besteuern muß. Erfreulich ist, daß die dem Militärmosch entzogene Million zu einem wahrhaft gemeinnützigen und volkstümlichen Zwecke verwendet wurde, nämlich zur Erhöhung der Einlage in den Fonds für die Kranken- und Unfallversicherung von 4 auf 5 Millionen Franz. Es ist damit bewiesen, daß die für den Militarismus vermandten großen Summen jederzeit anderweitige Verwendung zur Förderung des Volkswohls finden können. Der Bundesrat hat denn auch beschlossen, den Bundesrat einzuladen, durch eine Kommission die Möglichkeit weiterer Ersparnisse im Militärwesen prüfen zu lassen und ein Programm über die in Zukunft notwendigen außerordentlichen Ausgaben für das Militär vorzulegen.

Italien.

Unzufriedene Unteroffiziere.

Rom, 14. Dezember. Dem Blatte „Adriatico“ zufolge ist General Jucari in Venedig eingetroffen, um eine Untersuchung einzuleiten über die Agitation unter den Unteroffizieren. Eine ähnliche Aufregung macht sich auch unter der Marine bemerkbar. Die Behörden sind benachrichtigt worden, daß die Unteroffiziere planen, eine gemeinsame Aktion in den größeren Garnisonstädten zu veranstalten, um eine Aufbesserung ihrer Lage sowohl vom materiellen als auch vom moralischen Standpunkt aus zu erhalten. „Gazzetta di Torino“ zufolge haben die Unteroffiziere der Turiner Garnison eine Versammlung abgehalten, worin sie das Vorgehen der Kameraden von Venedig und anderen Städten billigen und den Kriegsminister wegen seiner Teilnahmslosigkeit gegenüber ihren Forderungen tadeln. Die Kundgeber trennten sich mit den Rufen: „Es muß Wandel geschafft werden!“

Rom, 14. Dezember. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär des Krieges Mirabelli erklärte in Beantwortung einer Anfrage über die Lage der Unteroffiziere, die Werbung von einer geheimen Vereinigung von Unteroffizieren sei völlig grundlos. Die Regierung vertraue auf den Geist der Disziplin, der die überwiegende Mehrheit der Unteroffiziere befehle. Wenn es einige Toren gebe, denen dieser Geist fehle, so werde die Regierung ihre Pflicht zu tun wissen und energisch Maßregeln ergreifen, um bei allen Unteroffizieren die Disziplin aufrecht zu erhalten, die die Grundlage der Stärke und des Zusammenhalts der Armee bilde. (Weisfall.) Mirabelli kündete ferner an, er werde dem Parlament in Kürze einen Gesetzentwurf über die Verbesserung der Lage der Unteroffiziere vorlegen, aber das Ministerium werde ihn nie unter dem Druck von Agitation vorlegen. (Weisfall.)

Rußland.

Die Gefängnisstrafe.

Die russische Regierung versucht in einer amtlichen Darstellung die fürchterlichen Verhältnisse über die Lotprüfung politischer Gefangener abzuschwächen. Sie muß aber selbst die barbarischen Rüdchtigungen zugestehen. Es heißt in der offiziellen Darstellung:

Sjasanoff erhielt unter Schwarzem ein Buch zugesandt, in dem fünfshundert Kubel verborgen waren. Durch eine Untersuchung wurde festgestellt, daß das Geld für die Befreiung einiger politischer Gefangener bestimmt war. Diese Tatsachen bezogen die Verwaltung, die Überwachung der Gefangnisse im Kertschinsgebiet zu verstärken. Am 10. November ordnete der Chef des Gefängnisses in Sorontui die körperliche Bestrafung zweier Sträflinge an. Als Protest dagegen schnitten sich drei Sträflinge die Pulsader auf. Drei andere, unter ihnen Sjasanoff, nahmen Morphin. Sjasanoff ist gestorben. Fast alle politischen Gefangenen verlangen eine Änderung der Bestimmungen über die Körperstrafe und andere Erleichterungen des Gefängnisstatus und beschließen zur Durchführung ihrer Forderungen den Hungerstreik. In dem Gefängnis von Wolodga weigerten sich am 28. November die Sträflinge, zur Arbeit zu gehen. Sie verlangten Fleischspeise statt der vorgelegten Japanspeise. Erst nach vier Tagen, nachdem ihnen mit Körper-

strafe gedroht war, nahmen sie die Arbeit wieder auf. Ein Sträfling wurde jedoch in verschärfte Haft gesetzt. Seine Abteilungsgenossen leisteten darauf den Aufsehern Widerstand, erhoben Lärm und schlugen die Türen ein. Infolgedessen wurden 50 Sträflinge auf Anordnung der Gefängnisinspektion mit Kutten gezügelt. Der Justizminister hat zur Feststellung des Tatbestandes eine strenge Untersuchung angeordnet.

Mit dem letzten Satz gibt die Regierung selbst zu, daß der Tatbestand noch gar nicht festgestellt ist. In Wirklichkeit hat sich der Vorgang in dem Gefängnis Wolodga, wie uns aus Petersburg geschrieben wird, folgendermaßen abgespielt: Da die Verpflegung der Gefangenen, wie in allen russischen Gefängnissen (es wird für die Verpflegung pro Person und Tag nur 8 Kopeken bewilligt, von denen die Hälfte gewöhnlich gestohlen wird), auch hier ganz entsetzlich war, drückten die Gefangenen der Gefängnisadministration ihre Unzufriedenheit wegen der schlechten Speise aus. Das Ergebnis dieses mündlichen Protestes war die Verfügung des Gefängnisinspektors, alle Unzufriedenen durchzupeitschen! Von den über 100 Personen, die der Exekution unterlagen, wurden mehr als die Hälfte als unfähig erkannt, diese Exekution zu überleben. Der Gefängnisarzt, der diese Erkenntnis ausgesprochen hatte, reichte nach der Exekution unerbittlich seinen Abschied ein. Das Ergebnis dieser grauenhaften Maßregel war natürlich eine große Zahl von Selbstmorden der Gefangenen.

Daß diese grauenhaften Bräuelen stattgefunden haben, muß ja der amtliche Bericht selbst eingestehen. Angesichts dieser Gemeinheiten der zarischen Schergen wirkt das Verhalten der Duma um so empörender, daß es nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, bei Interpellation über diese Greuel die Dringlichkeit zuzuerkennen.

China.

Die Reformbewegung.

Peking, 13. Dezember. Das Gesetz des Reichsausschusses um die Ernennung eines verantwortlichen Kabinetts ist heute dem Staatsrat unterbreitet worden.

Der Reichsausschuss beabsichtigt, dem Thron eine Bittschrift um Freilassung der politischen Verbrecher, die im Jahre 1898 gefangen gesetzt worden sind, einzureichen.

Japan.

Der Justizmord.

Jokohama, 25. November. (Fig. Ver.) Vor einigen Wochen sollen einige Anarchisten den Versuch gemacht haben, die jetzige Regierung zu stürzen und den Kaiserpalast in die Luft zu sprengen. Ob etwas Wahres an dieser Geschichte ist, weiß kein Mensch. Viel scheint an der Sache nicht zu sein, denn die Regierung hüllt sich in eisiges Schweigen und die Untersuchung geht hinter verschlossenen Türen vor sich. Die Verhafteten sind in Einzelhaft streng verwahrt und jeder Verkehr mit der Außenwelt ist ihnen abgeschnitten; nicht einmal ein Verteidiger wurde während der Untersuchung zugelassen.

Wer sind denn nun die Verhafteten und was ist ihr Verbrechen? Kein Mensch hat von einem beabsichtigten Attentat eine Ahnung und keiner, der die Verhafteten kennt, traut ihnen solche Tat zu. Auch der Sozialismus, dessen Propaganda von der japanischen Regierung mit aller Gewalt unterdrückt wird, zählt heute nur wenige Anhänger. Aber gerade diese, die sich hauptsächlich wissenschaftlich betätigen, waren der Regierung ein Dorn im Auge und standen ständig unter polizeilicher Bewachung. Wer einen dieser Leute besuchte, hatte sicher zu erwarten, daß der auf der Straße befindliche Polizist den Dorchler machte und konnte er nichts erhorden, so wurde der Besucher auf offener Straße angehalten, mußte sich legitimieren und über Zweck und Absicht des Besuchs Rede und Auskunft geben. Diese Personen wollte die Regierung unschädlich machen. Nichts kam daher gelegener, als der sogenannte Attentatsversuch.

Sofort wurden alle irgendwie fortschrittlich gesinnten Personen oder die solcher Gesinnung verdächtig waren, verhaftet und bis jetzt in geheimer Untersuchung gehalten. Es sind 26 Personen, darunter auch eine Frau. Ein Teil der oppositionell gesinnten Presse machte gegen das summarische, sonst nur in Rußland befolgte Verfahren Front, bekam aber sogleich eins auf den naseweisen Schnabel. Auf Grund des berüchtigten Paragrafen des japanischen Preßgesetzes erging an die Presse das Schweigegebot. Am 10. Dezember soll nun die Verhandlung stattfinden und zwar öffentlich, wie die Regierung erklärt, um zu zeigen, daß sie nichts zu verbergen habe. Jedermann ist aber überzeugt, daß die Verhandlung nach den ersten paar Worten sicherlich in eine nichtöffentliche verwandelt wird. (Ist bekanntlich gefahren. Ann. d. Red.) Erst 14 Tage vor der Verhandlung hat das Gericht den 26 Angeklagten 5 Verteidiger beigeordnet, von den Angeklagten erwählte Verteidiger aber abgelehnt. Was das für eine Verteidigung werden wird, kann man sich denken, denn über den Verteidigern schwebt ebenfalls das Dantofleschwert, falls sie ein Wort jubel sagen. Daß sie das nicht tun, dafür hat das Gericht schon durch die Auswahl streng regierungsfreundlicher Rechtsanwälte gesorgt.

Abgesehen von dem der Presse zugegangenen Schweigegebot ist jetzt ein neuer Erlaß der Presse bekannt gegeben worden, wonach es ihr verboten wird, vor, während oder nach der Gerichtsverhandlung irgendwelche Betrachtungen, Kritiken usw. anzustellen oder das ergehende Urteil in irgend einer Weise anzugreifen, kurz, jede Erörterung zu unterlassen. Sie habe sich lediglich auf die tatsächliche Richterstattung zu beschränken. Ein gleiches Verbot ist auch den Vertretern der fremden Presse zugegangen. Es soll in Regierungskreisen besprochen sein, jeden fremden Journalisten auszuweisen, der sich eine Kritik über das Vorgehen der Regierung erlaube, ja, wenn Gründe vorliegen, ihn erst noch unter Anklage zu stellen.

Das Spionagesystem geht aber noch weiter. Es gibt eine Anzahl Dummsammler, die den Auftrag haben, alles Papier aus den Kördern von Diplomaten, Ministern, Beamten usw. bis zum armeligen Zeitungsschreiber hinunter sorgfältig zu durchsuchen und Briefumschläge, Briefe, Zeitungen usw., die gefunden werden, an eine bestimmte Stelle abzuliefern. Durch ein solches Spionagesystem war es natürlich der Regierung leicht, jene 26 Sozialisten, oder wie die Regierung sagt „Anarchisten“ einzufinden und ihnen den Prozeß zu machen.

Auch in Jokohama wurden zwei „Sozialisten“ vorgeführt zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie sozialistische Ideen verbreitet hätten! Die japanische Regierung scheint vom Abendlande nur das Verlehrteste gelernt und sich Rußland zum Muster genommen zu haben.

Für die am 10. Dezember vor Gericht kommenden „Verbrecher“ liegt die Sache noch schlimmer. Bei der Eigenart

der japanischen Verfassung, die den Mikado als höchstes göttliches Wesen ansieht, setzt das Strafgesetzbuch auf derartige Vergehen die Todesstrafe, und es wird allgemein angenommen, daß diese auch ausgesprochen wird. (Dies ist bekanntlich wirklich gefahren. Ann. d. Red.) Vielleicht werden einige zu lebenslanglich „begnadigt“ werden, die anderen aber werden hingerichtet werden, als warnendes Beispiel, da die Regierung durch Gewaltmaßregeln das Volk einschüchtern will. Dieses System hat zwar in Korea geholfen; ob auch die Japaner es sich auf die Dauer werden gefallen lassen, ist eine andere Frage.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

Bei den Gemeindevahlen in verschiedenen kleineren sächsischen Ortschaften errangen unsere Genossen recht erfreuliche Erfolge. In Pockwitz wurden zwei sozialdemokratische Kandidaten mit 179 resp. 171 Stimmen gegen 107 resp. 98 der bürgerlichen Gegner gewählt. In demselben Orte gelang es, in der Klasse der Unfähigen zum ersten Male einen Genossen durchzubringen. In Rieder-Sedlitz erzielte unser bisheriger Vertreter 158 Stimmen, der Gegner nur 91 und das, trotzdem in den letzten 24 Stunden vor der Wahl die Gegner nicht weniger als vier von Verdrehungen strotzende Flugblätter verbreiten ließen. In Leuben wurde ein Genosse gewählt. In Döhlen erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 884 Stimmen, die Gegner 85 Stimmen. In Jauderode wurde bei einer Wahlbeteiligung von 73 Proz. der sozialdemokratische Kandidat mit 180 Stimmen gewählt, während der bürgerliche Kandidat nur 28 Stimmen auf sich vereinigte. In Treuen im Vogell wurde ein sozialdemokratischer Kandidat mit 416 von 617 abgegebenen Stimmen gewählt. Mit ihm zieht der erste Sozialdemokrat in das Stadtparlament ein.

Bei der Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl in Friedberg (Hessen) wurde der sozialdemokratische Kandidat mit 524 Stimmen gewählt. Seither sah nur Reichstagsabgeordneter Busold als einziger Sozialdemokrat in der Stadtverordnetenversammlung.

Unberechtigtes Verbot eines Wagnisses.

Zur Feier des 1. Mai hatte die Gewerkschaftskommission in Flensburg einen Gewerkschaftsaufzug, in dem Fahnen und Musik mitgeführt werden sollten, geplant. Die Polizeiverwaltung lehnte aber die Genehmigung ab, weil eine empfindliche Beeinträchtigung des allgemeinen Verkehrs und demgemäß auch der öffentlichen Sicherheit zu befürchten wäre. Die Polizeiverwaltung stützte ihre Nichtgenehmigung auf den § 7 des Vereinsgesetzes. Die beim Regierungspräsidenten eingelegte Beschwerde wurde zurückgewiesen, da durch den Aufzug Gefahren für den Verkehr und die öffentliche Sicherheit beständen hätten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Aufzug zu Reibungen Anlaß geben werde. Auch der Oberpräsident, der nunmehr angerufen wurde, billigte die Gründe des Regierungspräsidenten. Die Veranstanter klagten daraufhin beim Oberverwaltungsgericht gegen die ungesetzliche Nichtgenehmigung des Aufzuges.

In der Verhandlung am 13. Dezember machte der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenberg, unter anderem folgendes geltend: Ein ordnungsmäßiger Aufzug auf nicht sehr belebten Straßen könne ohne jede Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erfolgen und noch vielmehr ohne Gefährdung des Verkehrs. Es komme aber nur auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit an, denn nur wenn eine solche vorläge, könnte ein öffentlicher Aufzug nach § 7 verboten werden. Eine solche liege noch lange nicht vor bei irgendeiner Belästigung des Verkehrs. Es müßte sich schon um große Stauungen handeln, bei denen Menschen erdrückt werden könnten. Davon aber könne hier gar nicht die Rede sein. Im übrigen sei nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts für ein Verbot beziehungsweise eine Veragung der Genehmigung aus § 7 des Vereinsgesetzes erforderlich, daß die Behauptung der Gefahr für die öffentliche Sicherheit mit Tatsachen belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe. Nichts sei in der Beziehung beigebracht. So müsse das Verbot aufgehoben werden. Das Oberverwaltungsgericht folgte auch dem Antrage und erklärte unter Aufhebung der Beschwerdebescheide das Verbot des Aufzuges für unberechtigt. Begründend wurde kurz gesagt: Gründe, welche nach dem Gesetz (§ 7) die Veragung der Genehmigung zu einem öffentlichen Aufzuge rechtfertigen würden, seien von den Behörden nicht angeführt worden. Infolgedessen war die Veragungsverfügung der Polizeiverwaltung aufzuheben.

Soziales.

Schlagfertigkeit eines Arbeitgebervertreters.

Der Zahntechniker W. hat am 2. Oktober sein Arbeitsverhältnis mit dem Inhaber eines zahntechnischen Instituts Paul Wobke gelöst, weil er von dem ersten Zahntechniker mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden ist. Er forderte im Klageverge nach 6,33 M. rückständigen Lohn und 41,17 M. Lohnentschädigung für die Kündigungsschuld. Der Beklagte behauptete, daß der Kläger die Arbeit zu Unrecht niedergelegt habe, und hielt deshalb auch die Forderung auf Schadenersatz für unberechtigt; die Lohnforderung mit 6,33 M. wurde von ihm anerkannt. Die Vereinsaufnahme ergab, daß dem ersten Assistenten die eigentliche Leitung des Instituts oblag und er auch sonst den Beklagten zu vertreten hatte. Insbesondere hat er auch dem Kläger die Arbeiten angewiesen. Das Gewerbegericht sah mit Recht in ihm einen Vorgesetzten des Klägers und Vertreter des Arbeitgebers. Die durch ihn dem Kläger zugefügte Mißhandlung stelle somit einen gesetzlichen Grund zur fristlosen Lösung des Vertrages dar. Für den Schaden, der dem Kläger durch die fristlose Lösung des Vertrages entstanden ist, hat der Beklagte zu haften. Es mußte somit dessen Verurteilung entsprechend dem Klageantrage erfolgen.

Arbeitslosenunterstützung.

Auf Antrag der Sozialdemokraten bewilligten die Stadtverordneten in Mainz 10 000 M. zur Unterstützung an Arbeitslose.

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.

Ueber die Kosten der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Schreib-, Zeichen- und Arbeitsmaterialien im Kanton Zürich wird berichtet, daß im Jahre 1909 die Ausgaben für die 64 018 Volksschüler 252 909 Fr. (durchschnittlich 4 Fr. pro Schüler) betragen, wovon 99 887 Fr. (1,69 Fr.) auf die Lehrmittel, 163 885 Fr. (2,59 Fr.) auf die Schreib- und Zeichenmaterialien, 17 207 Fr. auf die Arbeitsmaterialien der 18 440 Arbeiterschülerinnen (93 Cts.) entfielen. Für die 16 456 Realschüler beliefen sich die Kosten der Lehrmittel auf 38 062 Fr. (2,30 Fr.), der Schreib- und Zeichenmaterialien auf 74 484 Fr. (4,50 Fr.), der Arbeitsmaterialien der 4323 Schülerrinnen auf 4063 Fr. (93 Cts.), total 6 820 Fr. bezw. 7,73 Fr. Die Gesamtausgaben machen 399 512 Fr. aus, eine geradezu ideale Kulturausgabe von der allergrößten Bedeutung, die daher in allen Ländern, die Anspruch darauf erheben, Kulturländer zu sein, gemacht werden sollte.

Gewerkchaftliche.

fort mit der Heimarbeit.

Die Heimarbeit ist eines der dunkelsten Gebiete unseres Wirtschaftslebens. Wie ein fressendes Uebel zehrt diese Art Kapitalistischer Fron am Volkskörper und unheilvoll sind die Wirkungen, die sie ausgelöst hat. Als die erste Heimarbeitersammlung in Deutschland die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich lenkte und erschütternde Bilder tiefsten menschlichen Elends enthüllte, da ging ein Schrei des Entsetzens durch die gesamte Kulturwelt. Daß in einem großen, nach außen in Glanz und Prunk strahlenden Staatswesen eine so grauenvolle Ausbeutung von Menschen jeglichen Alters und Geschlechts möglich war, hatten die meisten jener Glücklichen, die in gesicherten Verhältnissen leben und dem in der Tiefe schaffenden, ringenden und darbenenden Volke fernstehen, nicht geahnt. Ueber die Lebensbedingungen exotischer Volksstämme mochten viele von ihnen mehr oder weniger unterrichtet sein; der Jammer an ihrer Seite, das Schlagen der eigenen ausgepreßten Volksgenossen war ihnen entgangen.

Von der Tochter des Staatsministers Posa dowsky, die in Begleitung die Berliner Elendsausstellung besucht hat, wird erzählt, daß sie geduldet habe: „Die Leute mühten sich organisieren!“ Ob dieser Ausdruck einer tieferen Erkenntnis entgingen war, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls traf er den Nagel auf den Kopf. Daß durch Organisation der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen, und nur durch sie, tatsächlich eine Beseitigung dieser unwürdigen Zustände erzielt werden kann, hat sich in den letzten Jahren gezeigt. Ueberall sind Fortschritte zu verzeichnen und selbst der Widerstand eines Teiles der Heimarbeiter, der durch die Beseitigung der Heimarbeit Nachteile befürchtete, hat fast durchweg einer besseren Einsicht Platz gemacht. Selbst in einem der konservativsten Gewerbe, in der Kleiderkonfektion, war es nach und nach möglich, in die dort ganz besonders entwickelte und eingewurzelte Heimarbeit Verträge zu schlagen. In fünfzehn Jahre langer, zäher Pionierarbeit ist es dem Verbands der Schneider gelungen, in der Herrenkonfektion die Heimarbeit teils einzuschränken, teils ganz zu beseitigen. Mit derselben Zähigkeit hatten aber auch die Unternehmer denselben Zustand verteidigt und geltend gemacht, die Aufhebung der Heimarbeit in diesem Gewerbe bedeute für sie den Ruin. Heute ist nun der strikte Beweis erbracht, daß dies nicht nur nicht zutrifft, sondern im Gegenteil, der Unternehmer dabei noch besser fährt, wenn er einen Betrieb großzügig und modern ausgestaltet. Wir hatten dieser Tage Gelegenheit, die neu errichteten „Kleiderwerke“ der Firma W. R. Sohn zu besichtigen, deren Inhaber uns rund heraus erklärten, daß sie aus Werkstattarbeit erhöhten Vorteil zu ziehen gedächten. Der Betrieb befindet sich in einem modernen Geschäftsbau in der Chausseestraße. Breite, helle und gut ventilierbare Arbeitsräume nehmen den Eintretenden auf. In langen Reihen sitzen die Arbeiter und Arbeiterinnen vor ihren Maschinen mit elektrischem Antrieb. Da das System der Teilarbeit herrscht, so geht jedes Stück Arbeit durch viele Hände, ehe es verkaufsfertig ist. Bei der maschinellen Einrichtung sind die neuesten Errungenschaften angewendet. So macht allein eine Nähmaschine 4000 Stiche in der Minute. Die Blätter lösen auf mechanischem Wege einen kolossalen Druck aus und mit scharfen, senkrecht eingestellten Messern werden die Stoffe lagenweise glatt durchgeschritten. Nur eine Forderung der Schneider ist zurzeit noch nicht durchgeführt, nämlich die Trennung der Wügler, bei deren Arbeit sich Dünste entwickeln, unter denen auch die übrigen Arbeiter unwohl leiden. Doch wird auch hier wohl eine Aenderung eintreten, zumal ja die Firma ihre Räume schon in absehbarer Zeit erweitern will. Sonst aber sind für das Personal Vorrichtungen getroffen, die wir gerne in allen Betrieben schon sehen möchten. So haben die Arbeiter Gelegenheit, in einem Speiseraum, der an sauberen Tischen ihre Mahlzeiten einzunehmen. Für Koch- und Waschanlagen ist auch gesorgt und ein Wandschrank beherbergt das Gesch- und Kochgeschirr des Personals. Auch die Bedürfnisanstalten entsprechen allen Forderungen der Sauberkeit und Hygiene. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. An Lohn erhalten die Wügler und Einrichter 38, die übrigen Arbeiter 35 und die Arbeiterinnen 20 M. Es ist hier einwandfrei festgestellt, was seitens der Gewerkschaft schon längst erkannt war, daß ein modern eingerichteter Werkstattbetrieb leistungsfähiger ist, als ein Geschäft, das sich auf Heimarbeit stützt. Aber auch für die Arbeiter springen die Vorteile einer geordneten Werkstattarbeit unverkennbar in die Augen, da sie vorher bei 12-14 stündiger Tätigkeit nicht mehr verdient hatten als jetzt in 9 Stunden. Ganz zu schweigen von der Mitharbeit der Angehörigen, von dem Viefern der Zutaten, Licht und Maschinen usw., was hier alles fortfällt. Der größte Gewinn für sie dürfte jedoch darin bestehen, daß sie nunmehr ein Heim besitzen, in dem sie, losgelöst von der Arbeit, sich wirklich in ihren gewonnenen freien Stunden mit ihrer Familie erholen können.

Aber auch die Kundschaft kann diesen Fortschritt nur begrüßen, denn so erhält sie Ware, die in gut ventilierten, hygienisch und sanitär einwandfreien Räumen hergestellt wird, was bei der Heimarbeit so gut wie unmöglich ist.

Der Firma Baer Sohn und ihren Betriebsangestellten gebührt unzweifelhaft das Verdienst, auf diesem Gebiete den ersten entscheidenden Schritt getan zu haben. Ansätze waren allerdings schon vorhanden. So hat die Firma Beck u. Cloppenburg auch schon seit zwei Jahren sehr saubere Werkstätten, in denen aber nur ein Teil ihrer Arbeit verfertigt wird, und die auch in technischer Hinsicht hinter dem Betrieb von Baer Sohn zurückbleiben. Doch trägt sich die Firma mit der Absicht, ihren Betrieb zu verlegen, und es ist zu erwarten, daß auch sie dann ihre Einrichtungen technisch vervollkommen. Ferner hat auch die Firma Seinenweber Werkstattbetrieb, sodas in Engros- und Detailgeschäften zusammen 500 Personen in Werkstätten beschäftigt sind. Rechnet man noch 1100 aus der Nähschneiderei hinzu, so kommen 1500 bis 1600 Arbeiter in Betracht, die unter tariflich geregelten Verhältnissen arbeiten.

Besonders zu beachten wäre noch die Genossenschaftsschneiderei „Hoffnung“, die 40 Personen beschäftigt und seit 1906 besteht. Es war die erste Werkstatt dieser Art und hat bahnbrechend gewirkt. Dort wurde von Anfang an nur in Wochenlohn gearbeitet, die Arbeitszeit beträgt neun Stunden.

So ist auf diesem Gebiete ein Stück Kulturarbeit geleistet worden, und es hat sich gezeigt, was eine Gewerkschaft bei zäher, unermüdbarer Tätigkeit zu leisten vermag. Mögen jene Arbeiter, die heute noch abseits stehen, die Lehren daraus ziehen.

Berlin und Umgegend.

Mißstände bei der Firma Flohr.

Die in den Maschinenfabriken von Karl Flohr, Chausseestraße und Wittenau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besprachen in einer Betriebsversammlung, die am Dienstagabend in den „Germania-Sälen“ stattfand, mancherlei Mißstände im Betriebe. Es wurden dieselben Klagen wiederholt, die schon in einer früheren Versammlung laut wurden. Ein Arbeiterausschuß besteht nicht mehr; es ist nun aber vielfach der Wunsch geäußert worden, daß ein solcher Ausschuss wieder eingesetzt werde. Die Arbeiter erwarten, daß ihren Wünschen endlich Rechnung getragen werde. Viel geklagt wird über den ausgeübten Zwang und Druck, Überstunden zu arbeiten, und werden die Arbeiter durch die Organisationsvertreter immer wieder ermahnt, diesem Druck nicht nachzugeben. Sehr mangelhaft ist noch die Ventilation, was besonders in der Werkzeugmacherei, wo gehäuft wird und wo die Schleifmaschinen keine Abzugsvorrichtung haben, schwer ins Gewicht fällt. In der elektrischen Abteilung fehlt es bei den Schmirgel- und Schleifeinrichtungen ebenfalls an den Staubsaugern. Ungenügend sind die Garderobe- und Wascheinrichtungen sowie die Klosetts. Die Löhne sollten, so wünschen die Arbeiter, wöchentlich und zwar am Donnerstag oder Freitag berechnet werden. Vielfach sind die Akkordpreise sehr schlecht. Sehr wenig verdienen die Hilfsarbeiter, die mit 38 bis 45 Pf. Stundenlohn zufrieden sein müssen. Die Wenteure klagen, daß sie höchstens 7 1/2 Pf. pro Stunde verdienen. Viel Unwillen hat das rigorose geübte Strafsystem erregt, das besonders diejenigen schwer trifft, deren Verdienst sehr gering ist. Die Strafgebühren wie die Kantinenüberträge stehen unter Aufsicht einer Unterabteilung, aber die Arbeiter haben keine Kontrolle darüber. Ueber die Behandlung der Arbeiter wird auch geklagt, oft schlagen die Meister wie auch der Betriebsleiter Hornung einen sehr groben Ton an. Beschwerden werden einfach abgewiesen. Noch mancherlei Klagen wurden aus der Mitte der Versammlung vorgebracht. In dem Werk in Wittenau herrschen in der Hauptsache dieselben Mißstände wie im Werk in der Chausseestraße. Die Werkstatt in Wittenau ist direkt auf dem Erdboden errichtet und hat weder Pflaster noch Dielen, wodurch im Sommer viel Staub, im Winter aber viel Kälte erzeugt wird. Schwer empfunden wird da der Mangel einer Gelegenheit, sich ein warmendes Getränk zu verschaffen. Die Arbeiterinnen in Wittenau beschwerten sich, daß nicht dafür gesorgt sei, daß die Dünste abziehen können. — Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der sie dagegen protestierten, daß ihren Beschwerden kein Gehör geschenkt wird; sie forderten zum Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband auf und wählten dann eine Kommission von fünf Mitgliedern, die bei der Firma vorstellig werden soll.

Deutsches Reich.

Zum Streik in den Walzfabriken zu Langensalza.

Die Unternehmer der Walzfabriken in Langensalza verbreiten die Nachricht, daß der Streik beendet sei. Das ist nicht der Fall. Den Unternehmern wird der Streik immer unangenehmer. Die Brauereiarbeiter in den Brauereien, wo Malz aus Langensalza verarbeitet wird, üben scharfe Kontrolle und verlangen von den Brauereien, die Geschäftsverbindungen mit diesen Walzfabriken aufzugeben. Die Wirkung zeigt sich bereits, und so wird versucht, die Brauereien und die Oeffentlichkeit zu täuschen. Auf Umwegen soll das Malz an den Mann gebracht werden. Da aber die Brauereiarbeiter diesem Treiben recht schnell auf die Spur kamen und diese Schiebungen vereiteln, berücken die Unternehmer jetzt, die Situation für sich günstiger zu gestalten mit der Mitteilung, daß der Streik beendet sei.

Zugung ist nach wie vor fernzuhalten.

Auf dem Kupfer- und Messingwerk Hettstedt (Südharz) ist den Drahtziehern ein Lohnabzug von 30 Proz. angekündigt. Zugung ist fernzuhalten.

Brauereiarbeiterstreik in Gelsenkirchen.

Die organisierten Arbeiter der Brauerei „Glückauf“ haben wegen Tarifdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Brauerei ist im kürzlich abgeschlossenen Bezirkstarif für Rheinland-Westfalen nicht mit einbegriffen worden. Sie wick den Verhandlungen mit der Motivierung aus, daß sie nach Zustandelommen des Bezirkstarifes einen Tarif mit der Organisation vereinbaren wolle, der ein Muttertarif sein sollte. Jetzt denkt die Firma nicht an die Einlösung ihres Versprechens und verlangt der Gruppe Dortmund zugeeilt zu werden. Die Brauerei ist aber nicht dem Wirtschaftsgebiet der Dortmunder Gruppe zugehörig. Die Arbeiter würden sich, wenn der Wunsch der Firma übrigens erfüllt würde, schlechter stehen, als bisher. Da Verhandlungen scheiterten, legten die Arbeiter am 18. Dezember ex. die Arbeit nieder. Zugung ist fernzuhalten.

Noabitt in Baden.

Das von der badischen Regierung nach den Streikorten Rastatt und Pforzheim abkommandierte Aufgebot der bewaffneten Schuymannschaften scheint an der Gemütsruhe der Streikenden keinen Gefallen zu finden. Wie dem „Volksfreund“ aus Rastatt berichtet wird, bemühen sich die Schuyleute, die Streikenden von einer Verständigung mit den importierten Streikbrechern fernzuhalten. Da ist es vorgekommen, daß die Polizisten ohne jede Ursache blank gezogen und mit Säbeln und Gummischläuchen in der Luft herumhütelten. Dabei seien Tätlichkeiten vorgekommen und Beschimpfungen der Arbeiterschaft seitens der Schuyleute, während die Genarmierte sich passiv verhielt. Letzteres sei auch nur so zu verstehen, daß sie zusah, wie von Angestellten der Fabrik drängelungen wurde. In Rastatt besteht infolge der Abkommandierung der Staatspolizei nach den Streikgebieten ein Mangel an Polizisten zur Verwaltung des Sicherheitsdienstes.

Das Regierungsorgan „Kaiser. Ztg.“ verwahrt sich gegen den Vorwurf einer ungenügenden Beschäftigung der Arbeitswilligen, der in Unternehmerzeitungen gegen die Regierung gemacht wird. Obwohl der Vorstand der Fabrikinspektion polizeiliche Maßnahmen nicht für angebracht hielt, sei zu verschiedenen Zeiten eine Verstärkung der bewaffneten Macht vorgekommen worden, jetzt befände sich noch ein Extraaufgebot von 42 Schuyleuten und 33 Genarmen in Tätigkeit. Die Zahl der gemeldeten Vergehen, die von Personen der Lohnbewegung herrühren, habe keine besondere Bedeutung.“ Damit gibt das Regierungsorgan zu, daß der polizeiliche Belagerungszustand in Pforzheim ungerechtfertigt ist.

Die Badische Anilin- und Sodaabrik in Ludwigshafen a. Rh. macht durch Anschlag vom 12. Dezember 1910 bekannt, daß für alle Arbeiter mit letzter zehn, die Reinstundenslohn, mit Wirkung vom 1. Januar 1911 bei gleichbleibendem Lohn Platz greifen soll. Für die Anstiftungs- und Arbeiter im kontinuierlichen Betrieb bleibt vorerst die Arbeitszeit bestehen, jedoch erfolgt als teilweiser Ausgleich eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Es handelt sich um einen gemischten Nebenbetrieb mit circa 7000 Arbeitern, die zum großen Teil unter sehr gesundheitschädlichen Verhältnissen arbeiten. Die unausgeleitete Aufklärungsarbeit hat ihre Früchte getragen. Hoffentlich folgt alsbald die Abschaffung der mörderischen 24 stündigen Wechselarbeit.

Ausland.

Eine allgemeine Aussperrung in der Schuhindustrie Schwedens soll mit dem 1. Januar durchgeführt werden. Die Verhandlungen mit der Fabrikantenvereinigung über einen neuen Tarifvertrag sind gescheitert hauptsächlich an der Frage der Minimallohne, außerdem jedoch auch daran, daß die Fabrikanten gewisse „Prinzipien“ der Schwedischen Arbeitgebervereinigung in den Tarifvertrag hinein haben wollen. Diese Säubarbeiteraussperrung wird der erste große Kampf nach den Massenaußperrungen und dem Generalstreik von 1909 sein. Der Vermittlungsbeamte Cedersström hat jedoch gleich nachdem die Arbeitgeber ihren Aussperrungsbeschluss bekanntgaben, eingegriffen und damit erzielt, daß beide Parteien sich zu nachmaligen Verhandlungen bereit erklärten. Es wird jetzt von der

schwedischen Regierung ein besonderer Vergleichsbeamter ausersenden, der die Verhandlungen zu leiten hat.

Die Kohlenlader von Barcelona sind behufs Unterstützung des Ausstandes der Flechtzitätsarbeiter in den Streik getreten. Drei Dampfer konnten mangels Kohlenaufnahme den Hafen nicht verlassen. Die Behörden beschäftigten sich mit der Frage, den Dienst der Kohlenlader durch Militär versehen zu lassen, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden.

Der Frauenmord in Berlin W.

Wie nunmehr durch die Untersuchung festgestellt ist, ist Frau Hoffmann erschossen worden, als sie schon im Bett lag. Was für eine Rolle bei der Untersuchung ein Handschuh spielen wird, der bei der Ermordeten gefunden wurde, läßt sich noch nicht absehen. Einen Zusammenhang mit dem Verbrechen hat er gewiß. Der Gerichtsarzt Dr. Strauch fand ihn bei der Besichtigung der Leiche. Er lag zwischen zwei Unterzügen. Es ist ein grauer wollebener Männerhandschuh ohne Knöpfe, für eine ziemlich starke Hand bestimmt. Man muß annehmen, daß er von dem Täter herührt. Einen Anhalt für die Ermittlung des Täters hat sein Fund bisher noch nicht gegeben.

Die Ortsbesichtigung, die mehrere Stunden in Anspruch nahm, hat für die Förderung der Untersuchung kein bestimmtes Ergebnis geliefert. Die Wohnung der Frau Hoffmann besteht aus einem kleinen Flur, drei Zimmern und der Küche mit einem kleinen Hinterflur. Die ganze Einrichtung ist nicht gerade reich, aber doch gebiegen.

Bei der Ortsbesichtigung ließ nun gestern der Amtsrichter alle Befehle, die zum Teil mit kleineren und größeren Gebrauchs- und Schmuckgegenständen bestückt waren, öffnen. In dem kleinen Bücherschrank, das nur eine ziemlich minderwertige kleine Bibliothek enthielt, fand man unten in der Ecke vorn rechts eine ange-schraubte Kaffeete, die verschlossen war und ebenfalls erst geöffnet werden mußte. Hierin verpackte Frau Hoffmann ihr Testament auf, aus dem hervorgeht, daß sie in sehr guten Verhältnissen gelebt hat. In einem altmodischen Zylinderbureau oder Klappschreibtisch, dem Bücherschrank gegenüber, fand man eine große Menge Briefe und andere Schriftstücke, die fast nach Jahrgängen geordnet waren. Hiernach hat Frau Hoffmann einen recht regen Briefwechsel gepflogen. Die alte Dame war noch sehr lebens-lustig. Nicht selten kam sie erst gegen Mitternacht nach Hause. Es ist merkwürdig, daß sie, die sonst so mißtrauisch, vorsichtig und ängstlich war, bei solchen Gelegenheiten gar keine Furcht empfunden zu haben scheint.

Frau Hoffmann verlor ihren Mann schon nach elfmonatiger Ehe. Als junge Witwe führte sie dann einem alten Herrn den Haushalt und pflegte ihn bis an sein Ende. Dafür setzte er sie zur alleinigen Erbin ein. In verschiedenen Kästen fand man noch Wertpapiere, die sie wahrscheinlich erst in der letzten Zeit gekauft hatte. Ihre zum Teil sehr wertvollen alten und neuen Schmuckgegenstände hatte sie in der ganzen Wohnung verteilt, wahrscheinlich aus Vorsicht. Man fand sie in allen Verhältnissen, in Kisten und Schubladen.

Einen bestimmten Anhalt für die weiteren Ermittlungen lieferte die Durchsicht nicht. Nach ihrem ganzen Ergebnis ist anzunehmen, daß in der Wohnung nichts fehlt als das Scheidungs-buch. Wo dieses geblieben sein kann, steht noch nicht fest.

Letzte Nachrichten.

Zur Lohnbewegung der Ruhrbergleute.

Bochum, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute nachmittag fand hier eine Konferenz der Verbandsvorstände des alten Verbandes, der polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunderischen Gewerkschafts statt. Es wurden die Antworten des Zechenverbandes und der fiskalischen Grubenverwaltung Recklinghausen auf die von den genannten Organisationen gestellten Forderungen beraten. Es bestand bei den Konferenzteilnehmern Einmütigkeit darüber, daß die Begründung des Zechenverbandes und der königlichen Bergwerksdirektion, deren Standpunkt bezüglich ihrer ablehnenden Haltung nicht rechtfertigen könne. Ein-stimmig wird beschlossen, in kürzester Frist Revierkonferenzen stattfinden zu lassen, um mit den Vertrauens-leuten der Bergarbeiter die weiteren einschläglichen Schritte zu beraten.

Die Konferenz bedauert, daß der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter beginnt, die Lohnbewegung auf das politische Gleise zu schieben.

Radikale vom Wahlrechtskampf in Neumünster.

Niel, 14. Dezember. Privattelegramm des „Vorwärts“.) Zum zweiten Male beschäftigte sich heute die hiesige Strafkammer mit den blutigen Polizeizeissen vom 13. Februar in Neumünster. Am 4. Mai verurteilte die hiesige Strafkammer den Arbeiterselbst- rath Radlof wegen Veranlassung eines nicht genehmigten Unzuges und wegen Aufbaus zu zwei Monaten Gefängnis und zehn Tagen Haft, Zurs wegen Veranlassung eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzugs zu fünf Tagen Haft, Frau Radlof und Studt wegen Aufbaus und Widerstandes zu 50 Mark Geldstrafe, Westphalen wegen Aufbaus zu zwei Wochen Gefängnis, Frau Westphalen wegen Aufbaus, Widerstandes und Verleumdung zu einem Monat Gefängnis, Richter und Grable wegen Aufbaus und Widerstandes zu drei Wochen Gefängnis, Söbge und Wensien wegen Verleumdung zu drei bzw. zwei Wochen Gefängnis.

Das Reichsgericht hatte der von den Angeklagten eingelegten Revision stattgegeben und die Sache an die Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen.

In der heute stattgefundenen Verhandlung wurden neun Angeklagte zu obigen Strafen wieder verurteilt. Nur die Strafe gegen Söbge wurde von drei Wochen auf zehn Tage Gefängnis herab-gesetzt.

Die neuen englischen Dreadnoughts.

London, 14. Dezember. (W. L. B.) Die technische Zeitschrift „Motorboot“, kündigt an, daß einer der im diesjährigen oder dem nächstjährigen Programm vorgesehenen Dreadnoughts mit Motormaschinen von 12 000 Pferdekraften ausgerüstet werden soll, die bereits in England gebaut würden. Diese gäben eine Schnelligkeit von 21 Knoten und würden mit Kohöl geheizt. Der höchste Punkt der Maschinen liegt ziemlich tief unter der Wasseroberfläche, wodurch sie tatsächlich unverletzbar würden. Der ersparte Maschinenraum sei zur Aufnahme von Extrabrennstoffen eingerichtet, das das Schiff in den Stand setze, zweimal solange auf hoher See zu bleiben, als ein mit Dampf betriebenes Schlachtschiff.

Schwere Grubenkatastrophe.

Norton (Virginia), 14. Dezember. (W. L. B.) Infolge einer Explosion sind in einer Mine in der Nähe von Tacoma, die der Bond Coal Company gehört, 26 Berg-leute verschüttet worden. Gegen 20 Mann sollen tot sein. Gaul Singer & Co., Berlin SW, hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

101. Sitzung. Mittwoch, den 14. Dezember, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, v. Geeringen, Sisco, v. Lindequist, Wermuth, v. Tirpitz. Eingegangene ist eine Interpellation v. Blah u. Gen. (Sp.) betr. Aufhebung der Hundholzsteuer.

Fortsetzung der Staatsberatung.

Abg. Dr. Heinze (Natl.): Nach der vorgestrigen Rede des Abg. Erzberger muß auch ich auf die Finanzreform und unsere Stellung dazu eingehen. Wir haben gegen sie gestimmt, weil sie die großen Vermögen so gut wie gar nicht getroffen hat. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Die Haltung des Zentrums war in erster Linie von politischen Erwägungen bestimmt, es stimmte gegen die Erbschaftsteuer, um den Reichskanzler zu stützen. (Lebh. Widerspruch i. B.) Auch die Rechte wurde nicht durch vollwirtschaftliche Erwägungen geleitet, sie wollte die Liberalisierung Deutschlands aufhalten. Was erreicht ist durch die Finanzreform und was wir nicht wünschen, das ist die Radikalisierung. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Natl.) Unsere Kritik der neuen Militärvorlage scheint Herr Erzberger objektiv nicht würdigen zu können. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auf eine Kritik der inneren preussischen Politik können wir um so weniger verzichten, weil sie aufs innigste mit der Reichspolitik verbunden ist, und deshalb können wir auf eine Fortentwicklung Preußens im liberalen Sinne nicht verzichten, insbesondere nicht auf eine Umänderung des Wahlrechts im liberalen Sinne. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Im Reich verlangen wir eine unabhängige, über den Parteien stehende Regierung. Weiter verlangen wir eine Fortsetzung unserer bewährten Wirtschaftspolitik, Schutz der nationalen Arbeit, aber nicht einseitig, sondern gleichmäßig für die Landwirtschaft und der Industrie. Der badische Großhändler, den Herr Puttly für die politische Verantwortlichkeit machen will, spielt für Deutschland keine erhebliche Rolle. Was aber jeden Frieden unmöglich macht, ist das Vorgehen des Bundes der Landwirte, wie es bei seinen Angriffen gegen uns in Hannover zutage trat. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Dagegen müssen wir uns wehren durch Angriffe in Preußen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

In der Sozialpolitik wollen wir Fortschritte, aber sie darf nicht unter die Notmäßigkeit der Sozialdemokratie kommen; die vom Staate geschaffenen Institutionen dürfen nicht in die Macht der Sozialdemokratie gelangen, deshalb haben wir auch bei den Arbeitskammern gegen die Zulassung der Gewerkschaftsvertreter gestimmt. Auch die Krankenkassen können wir unmöglich dem Terrorismus der Sozialdemokratie ausliefern. In dem idealen Zukunftsstaat würde es mit der Meinungsfreiheit auch schlecht bestellt sein, das zeigen die Unterbrechungen bei der Rede des Reichskanzlers. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) Wir wollen keine Ausnahmegeetze, aber die bestehenden Geetze müssen streng gegen den Terror der Sozialdemokraten angewendet werden. Die groß dieser Terror ist, erzieht wir aus den Vorgängen in der Chemnitzer Krankenkasse, die durch gerichtliches Urteil festgesetzt sind. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist alles Schwundel.) In der zweiten Instanz hat man sich verglichen, aber die einzelnen Punkte sind festgesetzt. (Aufe bei den Sozialdemokraten: Das ist unwahr!)

Der Reichskanzler hat sich in seiner Rede zu denselben Punkten bekannt wie wir: Unabhängigkeit der Regierung, Festhalten an der Wirtschaftspolitik, keine Ausnahmegeetze. Weil wir ihm deshalb öffentlich zustimmen, sagt man, er lode uns auf den Weim, er will ein Ausnahmegeetz auf Umwegen. Er hat von ganz konkreten Dingen gesprochen, von der Verschleimung des gerichtlichen Verfahrens und einer anderen Formulierung bestimmter Paragraphen des Strafgesetzbuches, die Erregung darüber begreife ich nicht. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fürst Hufschmidt (Sp.): Die Finanzreform hätten meine Freunde ja etwas anders gewünscht; aber wir müssen zugeben, daß wir in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs leben, an dem auch die minder bemittelten Klassen teil-

nehmen. Den Miß mit den Liberalen bedauern wir; sie werden ja mit den Konservativen keinen Pakt schließen können. Wenn sie von der Rechten aber auch eine tiefe Kluft trennt, so von der äußersten Linken eine unüberbrückbare Abgründ. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Sozialdemokraten sind ausgesprochen Republikaner, aber noch nicht die Hälfte ihrer Wähler sind mit ihnen einverstanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Mit Freude haben wir gehört, daß der Reichskanzler kein Ausnahmegeetz will; mit Ausnahmegeetzen haben wir immer nur schlechte Erfahrungen gemacht. Aber mit allen Mitteln muß die staatliche Autorität aufrecht erhalten werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Bei einer Politik der ruhig fortschreitenden Entwicklung werden wir stets mitarbeiten. (Bravo! bei der Reichspartei.)

Abg. Raab (Antif.) polemisiert gegen die Nationalliberalen. Die „Morgenpost“ hat sehr richtig geschrieben: Die oppositionelle Stellung der Nationalliberalen war eine Interessenbegeisterung schamloser Art. Das Kapitel der Rechtsmexel der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie schließt von Tag zu Tag an. Der Reford der Wandelbarkeit, den die Nationalliberalen aufgestellt haben, wird sicher nie geklagen werden. Die nationalliberale Partei macht es wie jenes Tier, das an der einen Seite einen Weizen an der anderen Seite einen roten Sad Wehl hat.

Vizepräsident Schuk: Sie dürfen eine Partei dieses Hauses nicht mit einem Tier vergleichen, das verstoßt stark gegen die Ordnung des Hauses.

Abg. Raab fortfahrend: Herr Dernburg ist hier von liberaler Seite sehr gelobt worden. Redner wendet sich gegen einen Artikel im „Berliner Tageblatt“. Der schwarzblaue Bloch ist nichts als ein Produkt der orientalischen Phantastie der Liberalen.

Die Liberalen haben dem Fürsten Bülow die Treue gebrochen. Es war wohl ein Fehler, ihnen den Preis im voraus zu bezahlen mit dem Vorsege. Man sollte mit ihnen Geschäfte nur Zug um Zug machen. (Heiterkeit rechts.) Freisinn und Sozialdemokratie kann man ja heute unter einer Uberschrift behandeln. Früher hat man auch auf liberaler Seite in das Wort von den vaterlandlosen Gesellen gegenüber der Sozialdemokratie eingestimmt, heute kann man bald von vaterlandlosen Weisern und Wesellen sprechen. (Große Unruhe links.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Ich nehme an, daß Sie damit kein Mitglied dieses Hauses gemeint haben.

Abg. Raab fortfahrend: Nein. (Heiterkeit rechts.) Ich will nur noch anführen, daß Bismard gesagt hat, an den freisinnigen sei Soppin und Malz verloren. (Abg. David: Wäh! Sabot!) — Die Sozialdemokratie ist ja freilich nicht so leicht zu besiegen. (Zuruf bei den Sozialdem.: Sie werden es nicht fertig kriegen.) (Heiterkeit.) Denn es gibt Dinge, die werden immer bestehen, das ist die Unzufriedenheit der Menschen, das sind Krankheiten, Schwäche usw. und das ist vor allem die Dummheit (Lauter Lachen bei den Sozialdemokraten, lebhaftes Bravo! rechts.) Und wenn mir zugerufen wurde, auch ich würde die Sozialdemokratie nicht besiegen, so antworte ich: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. (Große Heiterkeit rechts.) Bei der Wahlagitiation sagen Sie immer nur kritischend was Sie nicht wollen, nie positiv was Sie wollen, denn dann würden Sie manchen Witzläufer verlieren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Triole!) Dieser Zwischenruf ist hunds-gemein.

Präsident Graf Schwerin: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Raab (fortfahrend): Nun zur Kopfabgabe. Die „Neue Welt“ schrieb 1893, eine junge Republik muß zu ihrer Sicherheit die Tyrannen töten, und in demselben Tone klingt es aus allen anderen ihrer Organe. Herr Koste wies auf Portugal hin. Nun anders würden sich deutsche Fürsten jedenfalls benehmen wie der König Manuel. Sollten Sie je die Gelegenheit haben, gar zum deutschen Kaiser jemanden mit der Abdankungsumhülle zu schicken, so bestimmen Sie dazu ja nicht einen Familien-vater, denn es ist ein gefährlicher Auftrag. (Lachen links, Bravo! rechts.)

Es läuft ein Schlußantrag ein, der von den Konservativen und dem Zentrum unterstützt wird.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) (zur Geschäftsordnung): Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß die einzige Gelegenheit, die für das deutsche Parlament besteht, die gesamte politische Situation

zu behandeln und zwischen den Parteien eine Aussprache herbeizuführen, durch einen solchen Schlußantrag verkirzt wird. Nach dem gestrigen Verhalten der Parteien müßten wir annehmen, daß die gestrigen gemeldeten Redner noch zu Worte kämen. (Sehr wahr! links.) Nach dem mit einem parlamentarischen Ausdruck gar nicht zu bezeichnenden fanatischen Angriffen des Vorredners gegen die Linke mit ihren ungeheuerlichen unwahren Behauptungen bedeutet ein solcher Schlußantrag eine ganz ungeheuerliche Vergewaltigung der Minderheit, gegen die wir mit aller Entschiedenheit protestieren. (Unruhe rechts, lebhaft Zustimmung links.)

Abg. Everling (natl.): Es ist ja verständlich, daß Ferienstimmung im Hause herrscht, aber ich glaube doch, daß es Pflicht der Abgeordneten ist, hier noch auszuhalten. (Sehr richtig! links.) Wie mir ältere Parlamentarier gesagt haben, ist bisher eine solche Art und Weise, die erste Lesung des Etats abzubrechen, im Hause nicht üblich gewesen. Ich protestiere ebenfalls gegen den Antrag und hoffe, daß sich keine Mehrheit für ihn findet.

Abg. Singer (Soz.): Es handelt sich hier um die erste Aktion des schwarzblauen Blochs in dieser Session. (Sehr wahr! links.) Ob der Antrag angenommen oder abgelehnt wird, die bloße Tatsache, daß ein Schlußantrag in diesem Moment kommen konnte, beweist, daß der schwarzblaue Bloch bei der Vergewaltigung der Minderheit in die Spuren seines Vorgängers zu treten gewillt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiener (Sp.) beantragt namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Bravo! links.)

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird von der ganzen Linken einschließlich der Nationalliberalen unterstützt.

Die Abstimmung ergibt 112 Stimmen für den Schlußantrag, 112 dagegen bei 5 Stimmenthaltungen.

Der Schlußantrag ist also abgelehnt. Das Resultat wird von der Linken mit großer Heiterkeit begrüßt, die sich erneuert, als auch ein darauf gestellter Antrag Sped. (B.) auf Vertagung abgelehnt wird.

Dagegen stimmen auch die Polen und Antifemiten.

Abg. Dr. Böhme (Bauernbund) polemisiert gegen die Wahltafel der Rechten, ist aber bei der noch herrschenden Erregtheit auf der Tribüne zunächst nicht verständlich. Von rechts werden erregte Zwischenrufe gemacht.

Präsident Graf Schwerin: Herr Abg. Pauk, ich bitte Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Dr. Böhme (fortfahrend): Herr v. Puttly sprach über amerikanische Wahlpraktiken in Labiau-Weßlau. Wenn man davon sprechen will, so doch nur von den Wahlmanövern der Konservativen. So wurde in einer Versammlung Freidier gegeben und den Leuten ausdrücklich gesagt: das ist konservatives Bier.

(Hört! hört! links.) Der Redner wendet sich dann zur Wirtschaftspolitik und den Getreidezöllen, die Deutschland in der Getreideproduktion vom Ausland unabhängig gemacht haben. Wir wollen an dem Zolltarif von 1902 festhalten; dann darf man aber die Industrie nicht unnötig angreifen. Eine Gefundung unserer Verhältnisse kann nur durch innere Kolonisation eintreten, durch eine Aenderung der Grundbesitzverhältnisse im Osten.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Herr Raab hat uns vorgeworfen, mit der Sozialdemokratie zu partizipieren. Ich halte ihm folgende vier Feststellungen entgegen. Im Jahre 1903 hat Herr Raab in seinem Wahlkreis den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis angetragen, das diese jedoch zurückgewiesen haben. (Abg. Raab: Da sind Sie schon herangelegt, Herr Doktor!) Mit Ihnen mich sonst irgendwo einzulassen, daran würde mich schon mein Keintisch-leitig e selbst verhindern, wenn Sie mich nicht dazu gezwungen hätten. (Sehr gut! bei der Sp.) Zweitens, die Darstellung des Herrn Raab bezüglich der Abstimmung meiner Freunde beim Scheiterngeetz ist un-wahr. Die Mehrheit meiner Freunde unter der Führung von Eugen Richter hat gegen die Aufhebung des § 1 des Scheiterngeetzes gestimmt. Drittens: Die Darstellung der Verhandlungen des freisinnigen Gegenkandidaten des Herrn Raab ist un-wahr, und zwar hat Herr Raab diese unwahre Darstellung wider besseres Wissen gegeben.

Vizepräsident Schuk: Hierin liegt eine schwere Kränkung und Verleumdung eines Abgeordneten. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Humor.

Heinz Sperbers sozial-ästhetische Betrachtungen haben in parteigegensässigen Kreisen manchen Widerspruch gefunden, einmal sogar eine regelrechte Entgegnung im „Vorwärts“. Auch ich habe nicht jede seiner Ansichten geteilt, mich aber im allgemeinen über sein forschendes Vorgehen gefreut. Wer so frischfröhlich dreinhaut, wird manchmal daneben hauen. Das ist nicht schlimm und vermag meine Sympathien nicht zu mindern. Aber wenn Heinz Sperber so eigenartige Auffassungen vertritt, wie in seiner letzten Epistel „Humor“, so erscheint mir dagegen der schärfste Widerstand geboten. Nicht nur der Sache, sondern auch Heinz Sperbers selbst wegen. Der Sache wegen, weil es kompromittierend wäre, ohne Protest Anschauungen für proletarische Westheil ausgeben zu lassen, die jedes freie künstlerische Schaffen gefährden müßten. Heinz Sperbers wegen, weil er durch sein letztes Feuilleton seine eigenen verbienstlichen Absichten diskreditiert, seine Absichten, der in Klassenurteilen und schamlosfertig-doktrinärer Enge erstarrten Bourgeoischheit eine sozialwissenschaftlich fundierte Kunstanschauungslehre entgegenzusetzen.

Also: Heinz Sperber hat sich diesmal gründlich verhalten. Sowohl in den Abstraktionen seiner Theorie, als in dem zur Erhärtung seiner Theorie herangezogenen Musterbeispiel.

Zunächst seine Theorie. Humor im dichterischen Sinne ist ihm die Kundgebung eines guten mitteligen Menschen. Diese Definition ist nicht falsch, wenn auch gerade nicht erschöpfend. Umfassender hat Guido Weiß, wie wir dem Neuter-Artikel Wehrings entnehmen, den Begriff Humor dahin erläutert, daß er „die langsam reisende Frucht der Studien an sich selber und an der Welt“ und eine „sinnige Resignation“ sei.

Humor, sagt Heinz Sperber weiter, könne und dürfe nie verleihen, er lasse mitleideln. Schön, er lasse mitleideln; nur freilich nicht jedermann, sondern den, der Leben und Dinge humoristisch zu sehen vermag. Humor ist die Kunstgattung für das reifere Alter, das die Dinge und nicht zuletzt sich selbst mit künstlerisch-realistischem Behagen und einem guten Schatz wermüthiger Resignation belächeln gelernt hat. Der lebensschaffliche Drang der Jugend gibt dem stämmisch drängenden Pathos, dem feurigen Ethos und der stahligen Satire, die letzten Endes dem gleichen Seelenquell entspringt wie das Pathos, den Vorzug.

Nun stellt Heinz Sperber aber ein paar besondere Thesen auf, die ganz und gar unrichtig sind. Der bürgerliche Humorist, der proletarische Verhältnisse behandelt, bleibt, so sagt er, unbedingt in den Auffassungen seiner Klasse stecken; dieser Bourgeoischismus ist darum dem Arbeiter entfremdet. Deshalb: ein Bourgeois kann sich humoristisch nur über einen Bourgeois äußern, ein Arbeiter über einen Arbeiter.

Rein! Ein echter Bourgeois, ein in den kapitalistischen Klassenurteilen aufgehender Bürgerlicher, wird auch die Bourgeoisie nicht im Lichte dichterischen Humors schildern können. Ist er ein feierlicher Charakter, so wird er die Dinge in verlogener Weise verberlichen; ist er ein Hymler, so wird er karikieren und in Hymlen schmelzen. Wer aber bürgerliches Leben wirklich humoristisch zeigt, der ist eben kein Bourgeois, sondern ein — Dichter. Und der

Arbeiter, der das proletarische Leben wirklich mit dichterischem Humor schildert, ohne theatralische Schminke und mit seinem Sinn für das Menschlich-Allgemeinliche auch im begeisterten Massenkämpfer, der wäre — als Literat — hinwiederum nicht in erster Linie Klassenkämpfer und Sozialdemokrat, sondern — Dichter!

Das Klassenzugehörigkeit auch gewisse Beeinflussungen durch die Klassenphäse mit sich bringt, werde ich, der das selbst in literarischen Besprechungen unzählige Male nachzuweisen versuchte, zu allerlegt bestreiten. Aber daß das Seelenleben des Proletariates etwas so ganz Eigenartiges und Geheimnisvolles sein sollte, daß es sich dem aus bürgerlichen Kreisen stammenden Dichter — nicht zu verwechseln mit dem „Bourgeois“! — nicht erschlosse und umgekehrt auch die Psyche des Bürgertums nicht dem Verständnis des Dichters von proletarischer Herkunft, ist eine geradezu maßlose Uebertreibung! Danach wäre zum Beispiel der Dichter der drei geredeten Samnacher kein Humorist, weil er nicht selbst Samnacher gewesen, und Ludwig Thomas praktischer Humoreddel aus dem Kleinbürger- und Bauernleben wäre „durch und durch schlechte Wäcker“, weil ja Thoma nicht Handwerkergeheile oder Bauer, sondern als Oberförstersohn Studio und Affessor gewesen!

An der ganzen Theorie Heinz Sperbers ist also nur so viel richtig, daß ein gelegentlich schriftstellernder Bourgeois den Arbeiter und ein gelegentlich literarisch tätiger Arbeiter den Bourgeois nicht realistisch und humoristisch, sondern satirisch oder karikaturistisch darstellen würde. Handelt es sich aber nicht um zufällig schreibende Bourgeois und Arbeiter, sondern um wirkliche Humoristen und Dichter, so werden diese Poeten auch das Seelenleben solcher Personen tiefgründig zu erfassen vermögen, die nicht ihrer Klasse angehören.

Daß nicht alle Dichter Humoristen sind, daß es andererseits auch echte Dichter gibt, die Tendenzdichter und bewußte Vorkämpfer einer jeweiligen Klasse sind, darüber bin ich mit Heinz Sperber natürlich ganz einer Meinung. Diese Tendenzdichter sind dann aber entweder Satiriker (Krisophanes, Heine) oder Pathetiker (der junge Schiller, Heiligenthal), nicht aber Humoristen. Wobei ich unter einem Humoristen natürlich immer nicht etwa einen Witzbold, Spötmacher und Schwanzfabrikanten, sondern einen echten Dichter verstehe.

Wie die Theorie Heinz Sperbers, so geht bei näherem Zusehen auch sein typischer Schlußfall in die Brüche. Georg Hermanns „Rubinke“ soll ein „durch und durch schlechtes Buch“ sein, weil es proletarisches Leben nur aus der Liebe und Güte zur Bourgeoisie heraus schildert und einen Humor zeige, den die „humoristisch betrachteten Arbeiter nur mit Ekel empfanden“.

Gleich diesem „Ekel“ wage ich ein dices Fragezeichen zu widmen. Freilich, es fragt sich, welche Arbeiter Heinz Sperber im Auge hat. Von den Hedwig, Pauline und Rubinke bezweifle ich allerdings, daß sie von dem Buch erbaunt sein würden. Um sich selbst im Spiegel einer humoristischen Dichtung genießen zu können, dazu bedarf es allerdings einer gewissen Reife, die nicht jeder primitive Mensch besitzt. Zum dichterischen Verständnis gehört nur einmal eine höhere geistige Kultur, gleichviel, wie sie immer erworben sein möge. Das primitive Individuum ist am empfänglichsten für möglichst plump aufgetragene Romantik; das reale Weltbild erscheint ihm öde und entgöttert. — Möglich

allerdings, daß es auch manchen intelligenteren, politisch geschulteren Proletariern so ergeht, wie Heinz Sperber selbst, daß ihm der Humor des „Rubinke“ unympathisch ist. Liegt doch in diesem Humor so gar kein Kampfsorn, aber um so mehr stille Resignation. Ja, ein Lesebuch für den proletarischen Klassenkampf ist die tragikomische Geschichte von dem unselig-feligen Freizeugehilfen Rubinke freilich nicht! Aber dazu taugt überhaupt kein Werk der humoristischen Literatur! Ein so erfreuliches Zeichen für die jugendlich ungestüme Vergeisterung mancher Arbeiter und Arbeiterinnen aber auch diese Abneigung gegen eine humoristische Weltbetrachtung sein mag, so wenig beweist sie doch gegen den Humor an sich. Es heißt deshalb das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn Heinz Sperber aus den von ihm auseinandergelagerten Gründen den „Rubinke“ ein „durch und durch schlechtes Buch“ nennt.

Total rätselhaft ist mir, was die Schilderung des sozialen Kleins der Freizeugehilfen in Sperbers Aufsatz bezweckt. Nirgends ist im „Rubinke“ auch nur der leiseste Anhalt für die Annahme gegeben, daß Hermann das Los der Freizeugehilfen etwa für ein beneidenswertes halte. Ja, der Verfasser läßt die zwei oder drei Freizeugehilfen auch dieses besseren Geschäfte in Berlin W. arm-selig genug in einer Bodenlammer hausen. Nirgends wird auch nur mit einer Silbe für die Prinzipale gegen die Gehilfen, für die „Herrschschaften“ gegen die Diensthöten Partei ergriffen. Der Roman will überhaupt nicht die soziale Frage traktieren, sondern nur ein Stück Menschenleben schildern. Ein Stück Menschenleben, bei dem der menschliche Antrieb, die Liebe, die Hauptrolle spielt, ein Stück Menschenleben, bei dem sich nicht das Laster erdrückt und die Jugend zu Tisch setzt, sondern ein gutes, harmloses Menschen-kind unter die plumpen Kläder eines grotesk-brutalen Schicksals gerät. Gerade deshalb ist der Humor des „Rubinke“ echt, weil ihm die tragische Note nicht fehlt, weil ihm „sinnige Resignation“ durch-zittert.

Ganz unwahr ist es, daß der Humor des Romans in Bourgeois-sphären über Freizeugehilfen, Diensthöten, Portiers, Briefträger und Schlichtergehilfen besitze. Rubinkes Prinzipal und die „Herrschschaften“, die Familien Löwenberg und Marlowoff, werden von dem Licht des Humors gleich intensiv bestrahlt. Ob der Verfasser des „Rubinke“ und der „Zettchen Gebert“ es in seinen Lebensumständen zum „Bourgeois“ gebracht hat, weiß ich nicht und kümmert mich nicht; in seinem „Rubinke“ ist er es nicht, sondern der Dichter, der alle seine Gesächse mit der gleichen Liebe umfaßt.

Der Dichter des „Rubinke“ hat — dazu hat er seiner ganzen Anlage nach auch schwerlich das Zeug — nicht kämpfende Proletarier, nicht organisierte Freizeugehilfen, nicht zum Klassenbewußtsein erwachte Diensthöten geschildert, sondern „Gesinde“ jenes alten Schlags, wie es das alte patriarchalische System erzeugte. Aber ist schon deshalb ein Dichter ein Bourgeois, ein Spötmacher des Mafsbürgerums, weil er aus einigen Proletarierschilderungen Typen heraus-griffen hat, die — leider! — noch immer die Mehrheit dieser Schichten bilden?

Aber es fällt Georg Hermann gar nicht ein, diese Diensthöten usw. lächerlich oder verächtlich zu machen. Ober ist die derbe Stimm-lichkeit der Hedwig, die Lust am Wohlleben und an schiden Kleibern, die bei der langen Emma herborsticht, etwa an sich ein Verbrechen? Und sind nicht vollends die gemüthvolle rotblonde Pauline und der

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Im Gegensatz zu Ihrer Beschuldigung hat bei den Wahlen von 1907 der deutsch-sozialistische Kandidat v. Richthofen versprochen, bei Abstimmungen über das Jesuitenverbot hinauszugehen, und dafür hat er die Zentrumsstimmen erhalten. (Hört! hört! links.) Weiter will ich mich mit Herrn Raab und der schöpferischen Tätigkeit seiner Zwerge nicht befassen. (Heiterkeit links.) Ich wende mich nun von Unwesentlichem zu Wesentlichem. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Nichts beleuchtet die gegenwärtige politische Situation klarer als das Auftreten des Herrn Erzberger. Das ist genau wieder das Zentrum vom Jahre 1906. Herr Erzberger fällt sich zurzeit wieder als der politische Mittelpunkt Deutschlands. Sein Genie umfaßt ja ein noch viel größeres Gebiet. Nirgends in der Welt, nicht in den Vereinigten Staaten, nicht in Ägypten, bei den Bolschewiken, nicht am Nordpol, nicht am Südpol kann irgend etwas passieren, ohne daß Herr Erzberger sein Gutachten darüber abgibt. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Freisinnigen.) Überträgt Herr Erzberger nach seiner ganzen Vergangenheit als moralischer Zensor, als Erzähler zur Wahrheithaftigkeit. (Sehr wahr! links.) In den Vorkämpfen der Herren Erzberger, Müller-Judva und Laitmann über die Zinsen so unangenehmen Steuern wie die Hundsteuer usw. knüpfen sich die Unwahrheiten. Herr Erzberger spricht von der „sozialen“ Reichsfinanzreform. Dabei lassen sie drei Milliarden von vier im Erbange übergehenden Milliarden unbesteuert und tragen die einzelnen Mark zusammen durch die dem Volke verkaufte Hundsteuer. (Sehr wahr! links.) Eine so arme Industrie wie die Hundindustrie haben sie mit einer Steuer von 200 Proz. des Wertes belegt, so daß große Arbeiterentlohnungen notwendig wurden. Ihr neuestes Fraktionsmitglied, Herr Martin Spahn, nannte Ihre „große nationale“ „rohe, ungeklärte“ Steuern, die Lohnsteuer bezeichnet er als „pumpes Geseß“. (Hört! hört! links.) Freilich, für die Lohnsteuer kann man mit einigen antimilitärischen Prozentsätzen die Allerhöchsten einfangen. Herr Raab läßt mich verständnisvoll an. (Große Heiterkeit.) In der konservativen Presse kommt der gesunde Menschenverstand nur mal in der Sonntagsbeilage zutage. Da war in der „Kreuzzeitung“ in der Frauenrundschau ein Zwiegespräch „Am häuslichen Herd“ abgedruckt. Da belehrt die Frau den Mann, einen konventionellen Abgeordneten, daß die Haushaltungslosigkeiten durch die neuen Steuern um 180 Mark jährlich verteuert würden. (Hört! hört! links.) Und sagt ihm: Ich werde mich von den neuen Steuern und Zöllen möglichst zu entziehen suchen. (Hört! hört! links.) Vor den letzten Wahlen ließ er in einer Broschüre des Herrn Erzberger: Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, wird das Volk vor neuen Steuern bewahrt bleiben. (Hört! hört! links.) Damals schrieb Herr Erzberger: Wir sind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern! (Lebhaftes Hört! links.) Das ist derselbe Herr Erzberger, der anderen Parteien Inkonsequenz und Unfall vorwirft. (Sehr gut! links.) — Eine merkwürdige Geschichtsklitterung war es, was Herr v. Veitmann Hollweg über das Verhalten seines Vorgängers vorbrachte. Er sagte, Fürst Bülow habe den Abschluß der Reichsfinanzreform für eine Lebensforderung erklärt und dieser Forderung seine Person unterworfen. Rein, Fürst Bülow hat durch den damaligen Reichsfinanzminister wiederholt erklärt, daß ohne die Erbschaftsteuer die Finanzreform für die Verbündeten Regierungen unannehmbar wäre. (Sehr wahr! links.) Fürst Bülow ist gegangen, weil er nicht eine Vorlage unterzeichnen wollte, die er für verhängnisvoll und sozial ungerecht hielt. Er sah ein, daß auch die Pflicht gegen den Kaiser die Grenze in seiner eigenen Lebenszeugung findet und er hat damit konstitutionell gehandelt. Nicht so der jetzige Herr Reichskanzler, der auch Mitglied der Regierung war, welche die Finanzreform ohne die Erbschaftsteuer für unannehmbar erklärt hat. (Sehr wahr! links.) Er hat nach dem Worte gehandelt: Und wo ein Geld im Kasten klingelt, Regierung mit dem Zentrum springt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber nicht bloß die Finanzreform hat so tiefe Erbitterung im Volke hervorgerufen, sondern auch das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage und die Farce, die sich bei der Wespung der Vorromäus-Enghlis in der Abgeordnetenhaus abspielte hat. (Sehr wahr! links.) — Mit Herrn Erzberger erkenne ich an, daß die sozialdemokratische Agitation im Heere ein Unfug ist und eine große Gefahr, der mit aller Schärfe von seiten der Militärverwaltung begegnet werden muß. Aber ebenso bedauerlich ist das Hineintragen konfessioneller Gegensätze in die Armee. Schließlich werde das Zentrum nach katholische Regimenter verlangen. (Heiterkeit.) Die Herren Erzberger und Raab haben wieder das verlogene Schlag-

trümmerte Kabinete liebe, sympathische Menschen? Daß sie eben Menschen sind, daß die Kreuzbräute, ehrlich verliebte Pauline in der Sommerfrische gleichwohl ein wenig mit einem anderen anbandelt und der tiefer veranlagte, fies „Höhere“ schwärmende Kabinete sich durch seinen Autokal gebogen fühlt — ja, ist das denn nicht echt und allgemein menschlich? Nicht der Dichter legt diese Proletarier herab, sondern höchstens der argwöhnische Kritiker, der ein Wesen mit dem Maßstab armfälliger Philistermoral vermisst, wo der Dichter nichts geschaffen hat, als Fleisch von seinem, von unser aller Fleisch, als Menschen, Menschen, Menschen.

Wenn „Kabinete“ kein „durch und durch schlechtes“ Buch ist, braucht er darum noch gerade kein klassisches Meisterwerk zu sein. Ich halte ihn etwa der „Zeitgenossen“ für gleichwertig, das heißt für einen der besten deutschen Romane der letzten Jahre. Und es ist mir nur schleierhaft, wie Heinz Sperber, der der „Zeitgenossen“ wegen von dem „talentvollen“ Autor spricht, den „Kabinete“ in Grund und Boden verdammen konnte, der in seiner ganzen künstlerischen Art ein leidlicher Bruder des sympathischen Zeitgenossen ist.

Immerhin, hätte es sich nur um die Verschiedenartigkeit der literarischen Wertung eines Romans gehandelt, so hätte ich schwerlich hier widerprochen. Aber nicht um eine gleichgültige Differenz des Geschmacks handelt es sich ja, sondern um eine neue ästhetische Klassenkampftheorie. Diese Theorie erscheint mir aber gewaltig konstruiert und engherzig. Der intellektuellen Reputation der Sozialdemokratie wegen verdient sie mit aller Entschiedenheit abgelehnt zu werden.

Mag Heinz Sperber fortfahren, uns von den ästhetischen Scheuklappen der Bourgeoisie zu befreien. Aber wir bedanken uns gründlich, uns dafür die Scheuklappen unfähiger Schablonisierer als Merkmal sozialistischer Zielbewußtheit anpreisen zu lassen.

D. Ströbel

Es freut mich sehr, daß meine sozialästhetischen Betrachtungen in „parteiorganischen Kreisen“, wie Genosse Ströbel wohl durch ein Privatreferendum erfahren hat, „manchen Widerspruch gefunden haben“.

Ich werde dieses „Referendum“ nicht mit den mir gewordenen Zustimmung zu widerlegen versuchen. Ich bin vielmehr durchaus davon überzeugt, daß Genosse Ströbel mit seinen Ansichten nicht allein steht, weil es bis jetzt selber in der Partei meist Brauch gewesen ist, die verschiedenen Kunstprodukte, Theaterstücke, Romane, Novellen usw. mehr mit bürgerlichen als proletarischen Augen zu beurteilen. Je mehr Enttäuschung ich nach dieser Richtung hin hervorrufe, je mehr wird das, wenn auch nicht für mich persönlich, so doch für unsere auf die Kunstgebiete bisher noch wenig ausgedehnte Weltanschauung von Nutzen sein. Denn von einer neuen „ästhetischen Klassenkampftheorie“ hören wir nur selten, und ich glaube, daß Genosse Ströbel, der in seiner Entgegnung für Sozialdemokraten höchst wunderbare, aber für Literaten nicht sehr neue Meinungen verhandelt, und nicht gleich mit einem Erztrag in das gelobte Land führen wird.

Ich sprach so populär wie möglich und selbstverständlich mit Rücksicht auf das Arbeiterpublikum dieses Blattes über den abstrakten Gegenstand Humor. Als Hauptargument gab ich an: „Humor ist die Kundgebung eines wirklich guten und misleidigen

wort von der freisinnig-sozialdemokratischen Verbrüderung vorgebracht. Es ist der Gipfel der Heuchelei, wenn man uns vorhält, daß wir in Rablau-Dehlan die Unterstützung der Sozialdemokratie angenommen hätten. Selbst die äußerste Rechte hat wiederholt eine solche Unterstützung nicht zurückgewiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zwischen uns und der Sozialdemokratie liegt eine Weltanschauung, die Sozialdemokratie sieht uns lediglich als kleineres Uebel an, deshalb hat sie uns unterstützt. Das Zentrum selbst hat in Bayern wahre Orgien des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gefeiert. (Lustig links: Das war damals! Damals! Heiterkeit.) — Der Herr Reichskanzler hat zum Schluß seiner Rede zu einer Art Sammlungspolitik aufgefordert. Wir erwidern ihm: Wer gemeinsam arbeiten soll, muß auch das gleiche Recht verlangen. Diesen Kampf um das gleiche Recht führt der Liberalismus. Auch wir müssen Sammlungspolitik treiben, die Sammlung aller liberalen und demokratischen Elemente. (Bravo! links.) In diesem Sinne heißt es für uns, für alle liberal und demokratisch gesinnten Leute: Zurück auf die Schanzen, es lebe der frische, fröhliche Kampf, der Vater jedes politischen Fortschritts. (Lebhaftes Bravo! links; Zwischen im Zentrum und rechts; erneuter Beifall links.)

Vizepräsident Schulz trägt nachträglich den vom Abg. Müller-Meinungen gebrauchten Ausdruck „Meinlichkeitsgefühl“ gegenüber dem Abg. Raab.

Abg. Gröber (Z.): Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Vorredners gehe ich nicht ein, sie richten sich in den Augen jedes objektiven Denkers. (Sehr richtig! im Zentrum.) Jede einseitige Äußerung eines Einspänner in unserer Partei hat Herrn Müller-Meinungen wieder genügt, um gegen uns Material zusammenzutragen. — Herr David hat uns an unseren Antrag zur Sicherung des Wahlscheiterns gemahnt. Dieser Antrag ist bereits vom Hause angenommen und wir warten in Ruhe die Entscheidung des Bundesrates ab. Wie wir uns zu Ausnahmefällen stellen, weiß Herr David ganz genau. Der Hauptpunkt der Rede des Herrn Müller-Meinungen ist der Verger seiner Person und seiner Partei über den Verlauf der Reichsfinanzreform. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie haben sich geäußert und haben auch allen Anlaß dazu. Sie glauben, eine entscheidende Stellung erringen zu können, und sind dann mit dem Brett, das keine richtige Unterlage hatte, herabgefallen. Herr Müller-Meinungen hat von unserer systematischen Hinarbeitung auf die Trennung des deutschen Volkes gesprochen. Ich weise diese Verleumdung zurück. (Unruhe bei den Freisinnigen.)

Vizepräsident Schulz: Ich verstehe, daß Sie einem Mitgliede des Hauses Verleumdung vorwerfen. (Abg. Gröber: Nur objektiv. (Große Heiterkeit.) Dann bitte ich Sie, den Vorbehalt zu machen, daß Sie ein Mitglied des Hauses nicht meinen.)

Abg. Gröber fährt in seiner Rede fort.

Vizepräsident Schulz: Sie nehmen also das Wort Verleumdung zurück.

Abg. Gröber: Ich habe das Wort in dem Sinne gebraucht, daß Herr Müller-Meinungen wider sein besseres Wissen und den Vorwurf gemacht hat, daß wir systematisch auf die Spaltung des deutschen Volkes hinarbeiten.

Vizepräsident Schulz: Dann muß ich Sie wegen der parlamentarisch unzulässigen Neuerung zur Ordnung rufen.

Abg. Gröber: Das ist eine Unterbrechung meines Satzes.

Vizepräsident Schulz: Diese Wiederholung der Neuerung, für die Sie zur Ordnung gerufen sind, muß ich rügen.

Abg. Gröber (fortfahrend): Ich begreife nicht, wie Herr Schrader die Existenz der konfessionellen Vereine aus katholischer Seite tabuieren kann und nicht auch auf protestantischer Seite. (Abg. Schrader (Sp.): Ich bitte ums Wort. Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Nach Weihnachten. Große Heiterkeit.) Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die geistige Rede des Abg. Schrader, dem er die ödste Kulturkämperei vorwirft.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Sie werden es verstehen, wenn ich auf die theologischen Debatten, die wir soeben gehört haben, nicht eingehen, jedenfalls sind sie ein neuer Beweis für die Richtigkeit unserer Forderung der Trennung von Kirche und Staat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen kann ich es Herrn Gröber und seinen Freunden nachsagen, daß sie es mit Freude sehen, wie die Erörterung von dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet auf das religiös-ethische Gebiet abgelenkt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Und auch der Herr Reichskanzler wird sicher eine tiefe innere Freude darüber empfinden, daß der Reichstag über diese Menschen und Humor verlangt den gleichen gesellschaftlichen Boden. Ferner behauptete ich: Der bürgerliche Humorist kriecht in der Liebe und Güte seiner Klasse stecken. Jeder denkende Genosse wird mir darin sofort zustimmen, daß diese Auffassung unbedingt ein Kind unserer Weltanschauung ist. Ströbel ist nur relativ damit einverstanden. Besser, sagt er wohl an die dreimal, ist anzunehmen, daß der Begriff „Humor“ eine „sinnige Resignation“ sei. Wenn wir Sozialdemokraten mit dieser Auffassung einverstanden wären, würden wir weiter kein Wort über die „sinnige“ oder „wehmütige“ oder „stille“ Resignation verlieren, weil eine... resignierte Kunstausfassung vielleicht einem Anhänger Tolstois, aber nie einem überzeugten Sozialdemokraten irgendwie sympathisch sein kann. Und Genosse Ströbel ist hiermit auch soweit einverstanden, daß er noch einer langen Auseinandersetzung selbst erklärt, daß „kein Werk der humoristischen Literatur für den proletarischen Klassenkampf taugt“. Schalten wir also die brave, rühmliche Resignation aus... Und schalten wir etwas anderes dafür ein: bürgerliche und proletarische Kunst! Rein, sagt Genosse Ströbel: Der bürgerliche Humor ist ein humoristisches Zeug, der ist ein... Dichter. Und der Arbeiter, der das proletarische Leben wirklich mit dichterischem Humor schildert, der ist ein... Dichter. Ich glaube, daß man auf diese Weise genau so schlau behaupten kann, daß ein Bourgeois ein Mensch, daß auch ein Arbeiter ein Mensch ist, daß beide Menschen sind, daß es deshalb nur Menschen gibt und der Begriff „Klassenkampf“ ein irriger Gedankengang eines gewissen Herrn Marx ist. Wir aber, die wir einen ernstlichen und nicht zu überbrückenden Unterschied zwischen bürgerlichen und proletarischen Dichtern machen, wir, die wissen, daß das Proletariat von heute sich noch leider größtenteils mit bürgerlichem Absalt behelfen muß, weil 99 Prozent der sogenannten „Dichter“ ausschließlich für ihre eigene untergehende Klasse dichten oder für sich selbst (in einer „Selbstzange“ im „Literarischen Echo“ vom 1. Dezember schreibt der Autor Kabinete wörtlich: „Zuerst einmal läßt ich mich ja nicht als Erzähler von Gehehnissen, sondern als Dichter und Schilderer meines eigenen Ichs“) — wir werden uns hüten, in den alten gemüthlichen Fehler zu verfallen, einen Dichter für eine Art Wesen anzusehen, das wie jeder atavistische Herrscher von Gottes Gnaden „über alle Weltanschauungen erhaben“ ist. Ein humoristischer Dichter unter den modernen Proletariern ist kaum denkbar. Wohl ein lebensschmerzlicher oder mit seiner Ironie gequälter proletarischer Dichter. Und der bürgerliche humoristische Dichter, der Mann „mit Liebe und Güte“ (und rühmlicher Resignation) ist als Mitglied seiner Klasse allenfalls zu ertragen, wenn er mit seinem Humor die eigene Klasse vorpöbelt. Der bürgerliche Humorist vom Genre Georg Hermanns, der von einer Zeitungsnote inspiriert (im oben erwähnten „Literarischen Echo“ sagt er auch wieder wörtlich: „Was sich mit bot, war eine Zeitungsnote...“) einen humoristischen Roman in eine andere ihm ganz unbekannte Klasse verlegt, und ohne Kenntnis dieser Klasse Proletarier „humoristisch“ behandelt, ist und muß einem guten Sozialdemokraten, der da weiß, wie es im Volke hergeht, ein Ekel sein. Das ganze Buch Kabinete, das ich als Beispiel herausgriff, gibt so weit es über Proletarier spricht, ein ganz erlogenes Lebensbild. Und darum ist der auf diesem erlogenen Lebensbild erbaute Humor, von welchem Standpunkt aus man ihn auch betrachtet, abstoßend und eine Beleidigung

Debatten ihn und seine Sünden so völlig vergessen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich will deshalb auf die politischen und wirtschaftlichen Fragen wieder zurückkommen.

Die bürgerlichen Parteien haben versucht, sich die Schuld respektive das Verdienst an der Reichsfinanzreform wie einen Gummi ball zuzuwenden. Mit Recht ist schon gesagt worden, daß die Finanzreform ein geschichtlicher Prozeß ist, aber den das Urteil nicht hier im Hause, sondern draußen von der Wählererschaft gesprochen wird. Der Herr Reichskanzler ist für eine Abklärung des geschichtlichen Verfahrens eingetreten. Um so mehr bedauere ich, daß er diesen Grundsatze nicht auch überträgt auf diesen politischen Prozeß und dem Volk erst spät Gelegenheit geben will, das Urteil in diesem Prozeß zu fällen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er verzögert die Sache endlos, er hat sogar ausdrücklich abgelehnt, zu sagen, unter welcher Parole später der Wahlkampf vor sich gehen soll, mit der Begründung, daß, wenn er seine Parole mitteilen würde, sich sofort die Kritik darauf stürzen würde. Von dem großen Vertrauen auf die Sache der Regierung zeugt eine solche Stellungnahme nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im allgemeinen kann man sagen: was keine Kritik vertragen kann, steht unter aller Kritik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einen wesentlichen Teil des Schicksals für die nächsten Wahlen soll ja offenbar der Schuß der nationalen Arbeit bilden. Das ist im wesentlichen

ein Schuß der Grundrente, ein Schuß des Kapitals.

Es ist merkwürdig, daß man bei dieser nationalen Arbeit, die geschieht werden soll, gerade die Arbeiter nicht mitspricht. Dieselben Herren, die die nationale Arbeit schätzen wollen, sorgen ja auch dafür, daß der deutsche Osten durch slawische Arbeiter überflutet wird. Dann hat der Reichskanzler schärfere Bestrafung der Vergehen bei Streiks usw. angekündigt. Wohl niemals ist eine solche Ankündigung einer Regierungsvorlage erfolgt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden wäre, Tatsachen zu ihrer Begründung vorzubringen. Der Reichskanzler muß aus der Statistik wissen, daß die Verstrafungen der in Betracht kommenden Vergehen in den letzten Jahren geringer geworden sind, obwohl die Staatsanwaltschaften in den verschiedensten Teilen Deutschlands ihr möglichstes tun, die Zahl der Verurteilungen zu vergrößern, indem sie bei den nützlichen Elementen, den Arbeitswilligen, anfragen ob sie nicht die Freundlichkeit haben wollen, sich beleidigt zu fühlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem hält der Reichskanzler ein neues Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen für notwendig. Er kann nicht bestreiten, daß die Entwicklung des Gegenstandes von dem Beweis, was er behauptet. Gerade so lange keine Organisationen der Arbeiter bestanden, kamen die Verstrafungen, mit Gewalt die Lage der Arbeiter zu verbessern, häufig vor. Im Laufe der Entwicklung wesentlich durch das Verdienst der Arbeiterorganisationen, sind die Arbeiter zur Ueberzeugung gebracht worden, daß auf friedlichem Wege die Lage der Arbeiter verbessert werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bestrebungen, durch Sabotage die Arbeitskämpfe zu führen, haben in Deutschland beinahe nicht Eingang gefunden. Das ist nicht das Verdienst der deutschen Regierungen, sondern das Verdienst der deutschen Arbeiterbewegung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Arbeiterbewegung wie die deutsche, die erst im letzten Jahre noch durch ihren Kampf gegen das, was der Rechten heilig ist, gegen den Schnaps, ihre Selbstherrschung in großartigem Maße gezeigt hat, kann Anspruch darauf erheben, daß sie nicht mit derartigen beleidigenden Ausnahmefällen verfolgt wird. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat ursprünglich offenbar gehofft, daß die Begründung ihm geliefert werden würde durch den

Monatliche Prozeß. Ich stelle fest, daß trotz des entschiedenen Tones, mit dem der Herr Reichskanzler gesprochen hat, seine Ausführungen, daß Humor ein Hülfsmittel gewesen sind. Ursprünglich wurde der Staatsanwalt beauftragt, in einer Nachtragsanfrage zu behaupten, daß die sozialdemokratische Partei hinter den Unruhen in Moabit stehe, man wollte mit Gewalt aus dem Prozeß einen politischen Tendenzprozeß machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem sich nun gezeigt hat durch unaufrichtbare Zeugen, daß dort für die Polizei und die Reichsbehörden keine Vorbeeren zu holen sind, hat man sich zurückgezogen, da hat man erklärt, wenn auch kein direkter Beweis zu führen ist, so liegt doch eine moralische Schuld vor. Das Wort „moralische Schuld“ in diesem Zusammenhange gebraucht, ist unmoralisch, es zeugt nicht

des erwachten Proletariats, wofür Genosse Ströbel und ich doch streben, und zugleich ein kleiner Beweis für meine Behauptung, daß Humor den gleichen gesellschaftlichen Boden verlangt. Mit vollem Recht hat schon der „Vorwärts“ vor Monaten gegen die niederträchtige Weise, mit der in diesem Roman die weiblichen proletarischen Typen „humoristisch“ geschildert werden, scharf protestiert. Für uns, für uns Sozialdemokraten, ist Kabinete ein durch und durch schlechtes Buch. Hier spricht nicht der „organische Kritiker“, sondern die moderne, proletarische Lebensanschauung.

Und es ist ein merkwürdiges Symptom, daß während Beifallsweise ein sehr guter bürgerlicher Kritiker — Will Rath — in der „Täglichen Rundschau“ seine Meinung über dieses Buch dahin äußert:

So sicher die meisten Rüge aus dem Triebleben des großstädtischen Gesindes auf Wirklichkeit beruhen, in dieser Zusammenstellung (zweiundeinhalb volle Dinnen auf zwei Mädchen aus dem Volke) liegt doch Unwahrheit. Viel stellenweise täuschendem Anschein von objektiver Lebensschilderung wird im Grunde bloß Karikatur gegeben... gerade von sozialdemokratischer Seite die Lobesposame über diesen Humor erschallt! Rein, wirklich, die sozialistische Betrachtung des Genossen Ströbel kann man nur mit stiller, sinniger, wehmütiger Resignation genießen — als einen nicht ganz gelungenen humoristischen Versuch.

Heinz Sperber.

Humor und Satire.

David und Goliath.

Da steht der lange Goliath,
Seht nur, wie grummig er sich hat.
Sein Auge roht in wilder Wut;
Nehmt euch in acht, das legt noch Blut!
Sein Horizont ist rot gefärbt —
Pakt auf, der will, daß David stirbt!
Schon holt er mit der Pranke aus —
Oh Gott, das wird ein schlimmer Strauß!
Kann und ob — kam da was mang? —
Der lange Laatz liegt langelang!
Er richtet stöhnend sich empor
Und kratzt sich sinnend hinterm Ohr:
Hab' ich mich da nicht selbst verloscht?
War das zu grummig ausgehoht?
Au — oh — und ah! Ein Schlanderpfel
Fuhr ihm mit Schwung ins Hinterteil.
Der Riese schrie: mich zwitsch' und heizt's
Am Sitz des Philosophengotts!
Er seufzte schwer: Nun wird mir klar,
Daß dies des Davids Schlander war!
Er kniete wehmütvoll nach Haus,
Da rief man seinen Sieg schon aus.
Er nicht: Wenn man's recht bedenkt —
Dem David hab' ich's eingetränkt.
Indes: laßt das Triumphgefäch —
Still, denn mich schmerzt mein Stiefelfisch!

Wundergam.

von Verantwortlichkeitsgefühl. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Gegenüber diesem Versuch, einer großen Partei ohne Beweis eine Schuld zuzuwenden, sollten sich alle Parteien des Reichstages ohne Ausnahme wenden. Vor allem wäre zu erwarten gewesen, daß das Zentrum ein Wort der Abwehr gegen diese Art des politischen Kampfes von der Regierungsbank aus gefunden hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man ist im Zentrum offenbar nicht gern daran erinnert, daß es Zeiten gegeben hat, wo auch dem Zentrum gegenüber von der Regierungsbank ähnliche Töne erklingen sind, wie uns gegenüber. Ich erinnere an jene Tage, wo Bismarck der Zentrumspartei zurief, daß sie den Würder Kullmann nicht von ihren Hochschiffen abschütteln können. Ich will Sie daran erinnern, daß Sie damals dieselben Zeichen der Empörung zum Ausdruck brachten wie gestern wir. Graf Ballestrem rief damals dem Kanzler sein Pfad entgegen und Bismarck erläuterte das dahin, daß das ein Ausdruck von Ekel und Verachtung sei. 1874 also zeigte die Zentrumspartei Zeichen von Ekel und Verachtung gegenüber dem Versuch, einer politischen Partei, die Taten eines einzelnen zuzurechnen. Heute hat Ihr Redner kein Wort der Abwehr dafür gefunden, weil der Angriff einer gegnerischen Partei galt. Das ist aber keine Parteifache, sondern Sache des ganzen Parlaments, sich gegen derartige Uebergriffe zu wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler wollte uns die moralische Verantwortung zuweisen. Durch dies Zurückziehen auf das moralische Gebiet hat er zugegeben, daß er kriminalistische Beweise nicht hat. Wohin käme wohl die Regierung, wenn wir ihr gegenüber daselbst täten, wenn wir bei jedem Diebstahl aus Rot sagten, die Regierung trägt die moralische Verantwortung, weil sie durch ihre Politik die Armen in Not und Verzweiflung treibt. (Lebhaft. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch hingewiesen auf unsere republikanische Gesinnung. Ich will schon Gelegenes nicht wiederholen, aber ich will betonen, die Umsturzvorlage von 1896 ist ursprünglich unter Capribi verfaßt worden auf persönlichen Wunsch des Kaisers. Auch die Justizvorlage ist auf persönlichen Wunsch des Kaisers eingebracht. Die jetzt angeklagte Vorlage, welche

Umsturz- und Justizvorlage zu einer höheren Einheit verbindet, ist also wohl jedenfalls auch auf besonderen Wunsch des Kaisers zurückzuführen. Ich glaube nicht, daß die monarchische Gesinnung der Arbeiter durch die Konstitutionierung dieser Tatsache gestiftet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die neue Vorlage soll notwendig Schutz der persönlichen Freiheit. Ich will nicht wiederholen, was gestern zum Nachweis des Terrorismus auf der rechten Seite gesagt ist. Aber es ist doch seltsam, daß die Anwendung terroristischer Mittel immer nur auf Seiten der Arbeiter entdeckt wird. Ist es der Regierung unbekannt, daß die großen Arbeitgeberverbände, die Erstickung ihrer Organisation ausschließlich auf Anwendung des rückwärtslosesten Zwanges gründen? (Sehr richtig! h. d. Soz.) Vielleicht kann sie uns Mitteilung machen über die interessanten Urteile des Reichsgerichts in Sachen der Spirituosinteressenten. Vielleicht ist ihr bekannt, wie bei der großen Bauarbeiterausperrung gerade die kleinen Unternehmer gezwungen wurden, die Aussperrung mitzumachen, wie ihnen gedroht wurde mit der Entziehung der Materialien, mit der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz. (Lebhaft. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Warum zeigte sich nicht damals die Neigung zum Einbringen einer Vorlage zum Schutz der persönlichen Freiheit?

Was der Reichskanzler als sein Programm, wenn auch nicht als seine Parole angekündigt hat, war weniger interessant als das, was er verschwiegen hat. All die Lobprüche für den Etat, für die Millionen aus dem Vorn der Reichsfinanzreform können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Bilanzierung des Etats nur möglich war dadurch, daß die Regierung

Ihre großen sozialpolitischen Pläne gestrichen hat. Die Privatbeamten müssen sich klar machen, daß ihre Wünsche das Gleichgewicht des Etats stören würden, ebenso ist die Witwen- und Waisenversicherung nur ein Schein. Für eine Invalidenversicherung für sie soll eingeführt werden. Das ist nur ein Spiel mit Worten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat auch nicht geantwortet auf die Frage, wie es mit dem

Versprechen des preussischen Königs zur Aenderung des Wahlrechts

steht. Da helfen keine Kompetenzreden. Das Säckeln des Reichskanzlers, sein Angewandtheits sein dieser Frage, wird dem Volke beweisen, daß er nicht in der Lage ist, das Versprechen des preussischen Königs einzulösen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Debatte ist auf die nächsten Wahlen hingewiesen. Man meinte, sie werden günstig sein für meine Partei, und Fürst Hagfeld fand schon den Trost, daß unsere Stimmen zum großen Teil die von Wittkämpfern sind. Wie kommt es denn aber, daß jeder, der unrecht zu leiden glaubt, es für selbstverständlich hält, sich uns anzuschließen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens hat gerade die freikonserervative Partei weder ein Programm noch Parteimitglieder, sie besteht also nur aus Wittkämpfern. (Heiterkeit h. d. Soz.) Herr Raab warf uns Uneinigkeit und Mangel an Klarheit vor. Das Muster der Einigkeit, Klarheit und Wahrheit müssen wir in seiner Partei suchen. (Schallende Heiterkeit links.) Er entwirrt sich, daß einzelne Parteien bei den Wahlen mit uns gehen. Sein Parteigenosse Voigt-Holl hat es fertig gebracht, an demselben Tage einen Brief an den sozialdemokratischen Kandidaten zu schreiben, und ihn um Wahlhilfe zu bitten und ebenso an den fortschrittlichen. (Große Heiterkeit.) Herr Raab mag also den Erzähler in seiner Partei spielen. (Abg. Raab: Das habe ich mit Erfolg getan.) Ach ja, nach der Wahl, glaube ich, bereut Herr Voigt-Holl sein Vorgehen, und als er die beiden Briefe veröffentlicht gesehen hat, hat er sich wohl gesagt, ja, ich bin ein unvorsichtiger Politiker. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Herr Heinze hat hier Dinge vorgetragen, die mit der objektiven Wahrheit nicht im Einklang stehen. Aus der Reichsverbandspresse hat er alles herangezogen, was über sozialdemokratischen Einfluß auf die Massenverwaltungen gesagt ist. Aber auf der Konferenz, die im Jahre 1908 unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand, waren es gerade die Arbeitgeber, welche andächtig hervorhoben, die Vorwürfe, die Sozialdemokraten trieben Politik in den Krankenkassen, seien unberechtigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kommerzienrat Wenl in Altona hat in der „Arbeiterzeitung“ ebenfalls einen Artikel im gleichen Sinn geschrieben.

Was Abg. Heinze über die Ortskrankenkasse in Chemnitz vorgetragen hat, entspricht in keiner Weise der Wahrheit und ist zurückzuführen auf „Entstellungen“ von Texten, die bald darauf

wegen Erpressung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat die Leipziger Dinge ganz entstellt. Von den circa 400 Angestellten der Leipziger Ortskrankenkasse sind drei Viertel keine Sozialdemokraten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Klage des Vorsitzenden Pollender war angestrengt auf Beschluß des Vorstandes, einschließlich der Arbeitgeber! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Heinze wollte den falschen Eindruck hervorbringen, als ob die von ihm vorgetragene Sache in einem rechtskräftigen Urteil stünde. Das schöffengerichtliche Urteil ist nie rechtskräftig geworden, und in der Berufungsinstanz kam ein Vergleich zustande, worin der Beschuldigte den wesentlichen Teil seiner Angriffe als unrichtig zugegeben hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eröber hat auf die an das Zentrum gerichtete Frage geantwortet, das Zentrum sei selbstverständlich noch wie vor Gegner von Ausnahmegesetzen. Aber das hat ja das ganze Haus und auch der Reichskanzler gesagt. Damit allein sind wir nicht zufrieden. Er hat abgelehnt, sich zu äußern, wie sich das Zentrum stellt zu dem Plan des Reichskanzlers, durch eine Aenderung des Strafgesetzes und Strafprozesses und weiteren Schutz der Arbeitswilligen den gleichen Effekt herbeizuführen wie durch ein Ausnahmegesetz.

Nach ihm genügt es, sich zu erinnern, wie sich das Zentrum zum Zuchthaus- und Umsturzgesetz gestellt hat. Aber daraus kann man nicht folgern, daß das Zentrum nach vierzehn Jahren noch derselben Anschauung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat uns Eröber etwas über die angebliche Taktik von damals mitgeteilt, was nicht sehr beruhigend war. Das Zentrum habe damals die Ideen der Umsturzvorlage bis zu ihren Konsequenzen verfolgt. Es habe nicht bloß den Umsturz von unten treffen wollen, sondern auch den Umsturz durch die Wissenschaft, den „Umsturz“, den die Herren Professoren, die Dichter an der Religion und dem christlichen Glauben, an dem Unsterblichkeitsglauben usw. versuchen! (Heiterkeit links.) Es war nicht die Schuld des Zentrums, daß die Umsturzvorlage scheiterte, dieses habe auch den Umsturz dazu genommen, der ihm besonders unangenehm sein würde. Nun, wer birgt uns dafür, daß die Regierung nur angefaßt dieser Konsequenzen sagt, wir wollen lieber gar keine „Umsturz“vorlage. Wer birgt uns dafür, daß wenn das Zentrum Strafparagrafen gegen die Wissenschaft und die Professoren bekommen kann, daß es dann nicht auch die Umsturzvorlage dankbar akzeptiert, die gegen die Arbeiter gerichtet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Schweigen im Zentrum.) Ich hätte also lieber eine klare Erklärung Eröbers gehört, aber die ist ausgeblieben. — Vom Abg. Heinze ist dann noch versucht worden, der angeklagten Vorlage zum Strafrecht und Strafprozess jede Spitze zu nehmen, es handele sich lediglich um die raschere Durchführung der Prozesse, die allen zugute kommt. An sich ist es etwas Wünschenswertes, wenn manche Strafprozesse, namentlich ihr Vorbereitungsstadium, nicht so lange dauern. Das würde auch den Sozialdemokraten zugute kommen, die oft monatelang in Untersuchungshaft sitzen müssen. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Art, wie dies der Reichskanzler hier vortrug, sagte klar, daß man bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung eine Beschleunigung verlangt. Es war nur eine Umschreibung dessen, daß man bei Prozessen gegen Gewerkschaften oder Sozialdemokraten ein abgekürztes handrechtliches Verfahren

haben will. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der Meinung, daß die nächsten Wahlen wenn auch nicht eine Götterdämmerung, so doch vielleicht eine Vögelndämmerung bringen werden. (Sehr gut! links.) Ich meine, daß die nächsten Wahlen zweifellos einen Umschwung in unseren politischen Leben herbeiführen können und werden. Notwendig ist dabei allerdings, daß gewisse Herren in diesem Hause nicht weiter Angst vor ihren eigenen Siegen bekommen. (Heiterkeit. Sehr gut! links.) Die Art, wie Abg. Heinze sich einschuldigte, daß die Nationalliberalen sich erlaubt haben, im Osten über die Konserwativen zu siegen, ist nicht die, wie man politische Kämpfe beginnt, und sie hat mich erinnert an jenen Vers von Wilhelm Busch: „Lauter Klage- und Wehgeschrei, denn er schilt sich schuldlos!“ (Große Heiterkeit links.) Die Nationalliberalen sollten doch keine Angst haben vor ihren Siegen im Osten, wenn es ihnen ernst ist mit ihrem Kampf gegen Konserwativen und Bund der Landwirte. Die Konserwativen haben in ihrer Presse wiederholt dem Kaiser zugerufen: Partigraf, werde hart! Das ist ein Beweis dafür, wie sehr der politische Kampf die Begriffe verwirrt. Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere, die diese Wehlaute nach Rabiau-Wehlaute ausstößen, (Heiterkeit) werden übersehen haben, daß dieser Ruf ihre bedrückte Situation beweist. Der Schmied von Ruhlra, der dem Landgrafen im Schwingen seines Hammers zurief: Werde hart! bellagte sich darüber, daß die Velleute den Namen des Fürsten mißbrauchen und das Volk schänden. (Hört! hört! Heiterkeit.) Er ruft den Landgrafen an zum Schutze und Sie wissen, es hat Erfolg. Der Landgraf pflichtete selbst den Ader und spannte vier Velleute vor. (Große Heiterkeit links.) Wenn also die Konserwativen und der Bund der Landwirte rufen, daß der Landgraf hart werden solle, so wollen sie offenbar ein Verhängnis gegen sich heraufbeschwören, ohne es selbst zu wissen. (Sehr gut! links.) Wir rufen keinen Landgraf auf, daß er hart werden möge, uns ist es gleichgültig, ob der Landgraf hart oder weich werden will, der Schmied von Ruhlra, der heute seinen Hammer schwingt, schmiedet Waffen für den eigenen Gebrauch, und die Waffen, die er schmiedet, die werden zum Siege führen. Wir sind der Meinung, daß die nächsten Wahlen die Entscheidung bringen werden, daß es keine Macht gibt, die den Prozeß nicht nur zur Liberalisierung, nein zur Demokratisierung Deutschlands aufhalten kann. (Sehr wahr! links.) Es hat ein Starke versucht, diese Entwicklung aufzuhalten, es war ein Mann von klugem Geiste. Das, was jenem System von Blut und Eisen nicht gelungen ist, das wird auch nicht gelingen dem heutigen System, dem System aus Gummi und Blei! (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Ausführungen des Herrn Vorredners gipfelten darin, daß der Reichskanzler ein Ausnahmegesetz in Aussicht gestellt habe. Er nahm dabei Bezug auf das Gesetz von 1895 und auf das Gesetz von 1898 und wies darauf hin, daß diese Entwürfe durch besondere Ereignisse ausgelöst worden seien, wozu in diesem hohen Hause aber keine Majorität gefunden habe. Er wies auch darauf hin, daß die Gesetze damals einer ausreichenden, tatsächlichen Begründung entbehrten, und er sagte dann, so wird es auch mit dem Belegentwurf sein, der uns jetzt angekündigt wird. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß der Reichskanzler am Schlusse seiner Ausführungen ausdrücklich erklärt hat, Vorschläge zu Ausnahmegesetzen mache ich Ihnen nicht. Mit dieser Schlussfolgerung des Reichskanzlers befindet sich auch der erste Teil seiner

Rede im Einklang. Der Reichskanzler hat einmal gesagt, es erscheine wünschenswert, daß bei bestimmten Delikten nach dem Vorbilde anderer Länder ein etwas rascheres Verfahren eintrete, als es bei uns zurzeit der Fall ist. Um dieses Ziel zu erreichen, hat aber der Reichskanzler überhaupt keine Vorlage in Aussicht gestellt, sondern lediglich daran erinnert, daß diesem Hause bereits seit längerer Zeit der Entwurf einer neuen Strafprozessordnung vorliegt, in dem für bestimmte Fälle ein beschleunigtes Verfahren vorgesehen ist, und die Hoffnung daran geknüpft, daß es dem Reichstage gelingen möge, diesen Vorschläge eine zweckmäßige Form zu geben. Ganz allgemein hat der Reichskanzler dann die Frage aufgeworfen, ob sich nicht die Verhältnisse seit Erlaß des geltenden Strafrechts so verändert hätten, daß

wirksame Strafbestimmungen zum Schutze des Selbstbestimmungsrechts, der persönlichen Freiheit und des persönlichen Friedens

erlassen werden müßten. Er hat im Anschluß daran auf die allen Herren bekannte Tatsache hingewiesen, daß ein Vorentwurf zu einem neuen Strafrecht ausgearbeitet sei. Er legt der Öffentlichkeit schon seit geraumer Zeit vor und ist auch in der sozialdemokratischen Presse schon kritisiert worden. Es handelt sich also nicht um eine besondere neue Vorlage, sondern der Reichskanzler hat lediglich erklärt, daß bei der bevorstehenden Beratung eines neuen Strafbuches es auch zweckmäßig sein würde, zu prüfen, ob in den von mir näher bezeichneten Materien

eine Verschärfung der Strafen

notwendig sei. Die Regierungen werden die Kritik, die geübt ist, zu prüfen und demnächst einen Entwurf aufzustellen haben, und wenn er in Ihre Hände gelangt sein wird, dann wird es auch erst möglich und an der Zeit sein, die erforderlichen tatsächlichen Angaben dazu zu machen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Overling (natl.): Der Ton, in dem Herr Eröber gegen ein fast achtzigjähriges Mitglied des Hauses sprach, war mir sehr peinlich. (Sehr wahr! links.) Herr Eröber hätte niemals annehmen dürfen, daß Herr Schrader verlangt hat, Katholiken dürfen keine Staatsstellungen bekommen; hat doch Herr Schrader selbst für den Toleranzantrag gestimmt. Redner polemisiert des weiteren gegen den Abg. Eröber und über die Vortromms-Enzyklika.

Abg. Kreth (l.): Der Schlussantrag wäre doch besser angenommen worden, denn in den letzten vier Stunden ist neues nicht gesagt worden. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann nur als gläubiger Protestant mein Bedauern darüber ausdrücken, daß der protestantische Glaube hier zur Waffe im Wahlkampf erniedrigt wird. (Wahol rechts.) — Herr Böhm sprach von Beeinflussungen der Beamten zugunsten der Konserwativen; nun, in Oestrich-Lyd ist ein Staatsanwalt umhergefahren in einem Automobil, auf dem zu lesen war: „Wählt Kochmann!“ Herr Müller-Reinigen warf uns vor, die Konserwativen wären auf einem dunklen Punkt im Privatleben des liberalen Kandidaten Wagner herumgeritten; aber es handelte sich dabei nur um eine freundschaftliche Auseinandersetzung, die schließlich mit schlagenden Gründen zum Austrag gebracht wurde. (Große Heiterkeit rechts; entrüstete Zwischenrufe bei der Fortschritt. Volkspartei; Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Es geht so nicht weiter; wenn die Glocke des Präsidenten ertönt, verlange ich Ruhe.

Abg. Kreth fährt fort, die Wahlpraktiken der Fortschritt. Volkspartei und der Rationalliberalen zu kritisieren und wendet sich darauf gegen die Ausführungen der Abg. Frank und David. Die sozialdemokratische und die ihr nahestehende Presse hat ja schon lange angedeutet, daß die Polizei die Tumulte herbeigerufen habe, um für Ausnahmegesetze Material zu verschaffen. Der Kanzler hat gebührend diese Ausstreuung zurückgewiesen. — Die Sozialdemokraten behaupten, nur theoretisch Republikaner zu sein. Wir ist es aber ganz gleichgültig, ob ich theoretisch oder praktisch geköpft werde. (Gul hul bei den Sozialdemokraten.) Von der Meinungsäußerungsfreiheit im sozialdemokratischen Zukunftsstaat haben die geistigen Tumultszgen einen schönen Vorgeschmack. (Wahol rechts.) Die Könige von Preußen sind stets die Schirmherren der Schwachen gewesen. Der preussische Staat wird dem Ansturm der Sozialdemokratie standhalten. (Wahol rechts.)

Abg. Raab (Wirt. Vg.): Herr Müller-Reinigen bemerkte ich, daß ich schriftliches Altematerial für alle meine Behauptungen habe.

Abg. Schrader (Sp.) weist die Angriffe des Abg. Kreth gegen die Volkspartei zurück und betont dem Abg. Eröber gegenüber noch einmal, daß der Modernismus und der Modernisteneid sowie die päpstlichen Enzykliken keineswegs lediglich innere Angelegenheiten der katholischen Kirche sind.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Etat wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10. Januar, nachmittags 2 Uhr. (Interpellation Abt. u. Gen. (Sp.) betreffend Aufhebung der Zündholzsteuer, Petitionen, Rechnungssachen.)

Schluß 10 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Reichswertzuwachssteuerkommission.
Bei der Beratung des § 56 entwickelte sich in der Sitzung am Mittwoch eine längere und lebhafteste Debatte. Schließlich erhält der umstrittene Absatz 2 des § 56 folgende Fassung: Bei Veräußerungen, die in die Zeit vom 12. April 1910 bis 30. November 1910 fallen, bleiben Veräußerungen, bei welchen der Veräußerungspreis auf bebauten Grundstücken nicht mehr als 20000 M., bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 M. beträgt, für die Erhebung der Zuwachssteuer außer Betracht. Hierauf kam ein zu Beginn der Sitzung von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag zur Verhandlung, der folgendermaßen lautet: Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Zündwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 aufgehoben. Nach eingetragener Begründung durch ein sozialdemokratisches Mitglied wendet sich der Staatssekretär gegen den Antrag, weil eine Verbilligung der Zündwaren in Aussicht sei, da sich das Zündwarenmonopol aufgelöst habe. Die Herren seien bei ihm gewesen und hätten das Zündwarenmonopol oder die Besteuerung der Erzeugnisse verlangt. Weides habe er, der Staatssekretär, abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. Damit ist die dritte Lesung des Gesetzes beendet.

Sunlicht Seife

10 & 25
Pfennig

1000
Millionen
Produktion sämtl. Fabriken.

Im Jahr beträgt der Weltverbrauch
(Dieses darf man stolz betonen!)
Von Sunlicht Seifendoppelsäck
Ein Tausend Millionen!

Achtung! Freitag, den 16. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1: **Achtung!**

Öffentl. Versammlung

Tagesordnung:

Der Kampf der Gemeinden gegen den Alkohol.

Referent: Genosse Redakteur **Ernst Mehlisch** aus Dortmund. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter sind hiermit freundlichst eingeladen.

Kein Ausschank! Eintritt 10 Pf. 205/2 Der Eintrichter: Paul Frenzel, Lichtenberg, Bürgerheimstr. 94.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, 18. Dezember, vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr, findet die

Wahl von vier neuen Angestellten in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Voigt-Theater, Badstr. 58.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.
- Berchis Festsäle, Ritterstraße 75.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Lifins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blümes Restaurant, Alt-Boxhagen 36.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Jells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnekes Restaurant, Wilhelminenhof-Straße 18.
- Weißensee, Peukeris Restaurant, Chaussee 38.
- Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Huhs Restaurant, Lindenufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Brunowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen! Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege **Emil Geisler**, Charitéstr. 3.

Achtung, Erwerbslose (Kranke)!

Der Weihnachtsfeierabend wegen findet die Auszahlung der Krankenunterstützung wie folgt statt:
 Für den 23. und 24. Dezember am Freitag, den 23. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.
 Am Sonnabend, den 24. Dezember, bleibt das Bureau von 12 Uhr ab geschlossen.
 Für den 27. Dezember (3. Feiertag) wird am 27. Dezember bis 1 Uhr gegn. Nachmittag geschlossen.
 Für den 30. und 31. Dezember am Freitag, den 30. Dezember, für den 2. Januar 1911 am Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) bis 1 Uhr. Nachmittag geschlossen.
 Am Montag, den 2. Januar, bleibt das Bureau wegen Quartalsabschluss den ganzen Tag geschlossen.
 Wegen der Quartalsabrechnung werden die Mitgliedsbücher der kranken Kollegen eingezogen, und ersuchen wir, bis zum 31. Dezember d. J. das jährige Krankengeld abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

Metallarbeiter-Notizkalender 1911

Stück 60 Pf. find im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Freitag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Unsere Aufgaben in der jetzigen Situation. 3. Berichtsbüchlein. Das Erscheinen aller Mitglieder ist geboten. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil bezahlbar: 24, Blode, Berlin, Druck u. Verlag: Sportwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Morgen Freitag, den 16. Dezember 1910, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Göttliche Weltordnung oder kapitalistische Unordnung“. 2. Ergänzungswahl der Lohnkommission. 3. Berichtsbüchlein. 191/4 Anfang präzis. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 18. Dezember, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

Jugend-Versammlung.

Vortrag des Schriftstellers **Heinrich Schulz**: Was ist uns Weihnachten? Nach dem Vortrag: Gesellige Unterhaltung. Der Eintritt ist frei. Garderobe 10 Pf. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Zähne 1,50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst. schmerzlos. Zahnzichen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 55 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6512* jetzt Cranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12

Keine Schlanderware!
 angenehmer im Geschmack
 hervorragende Qualität
 Nur aus edelsten Tabaken hergestellt
Joseph Stern
 Zigaretten
 auf dem Zigaretten-Markt
 Der aufgehende Stern



Pathé-Platten

gesungen und gespielt, welche durch Ihre unerreichten Vorzüge: **kein Nadelwechsel • keine Plattenabnutzung** eine Umwälzung auf dem ganzen Gebiete der Sprechmaschine bedeuten.

Der Gipfel der Vollkommenheit ist erreicht! Es gibt keinen Nadelwechsel und keine Plattenabnutzung mehr! Das sind die eminenten Vorteile der Pathé-Platten, deren Siegeszug durch die ganze Welt durch nichts aufgehalten werden kann! Pathé-Platten werden mit einem unzerstörbaren Saphirstift gespielt, vermeiden mithin den kostspieligen und lästigen Nadelwechsel und nützen sich im Gegensatz zu Nadelplatten niemals ab. Die Überlegenheit des niemals auszuwechselnden Saphirstiftes gegenüber der ständig zu erneuernden und trotzdem jede Schallplatte dauernd angreifenden Stahlnadel ist in die Augen springend. Die Pathé-Platte aber ist das Ideal einer Platte, denn sie vereinigt mit der größten Tonfülle, Tonschönheit und Tonreinheit der Wiedergabe eine nahezu völlige **Unzerstörbarkeit** der kostbaren Oberfläche. Eine Pathé-Platte wird noch nach Jahren und nach dem strapazösesten Gebrauch genau so rein und schön erklingen, wie beim ersten Male. Diese beiden epochenmachenden Verbesserungen werden mit noch nie dagewesenem Enthusiasmus begrüßt werden, sie sichern der Sprechmaschine nunmehr den ihr längst gebührenden Platz in jedem Hause, in jeder Familie. Hand in Hand mit diesen wunderbaren Eigenschaften gehen die Bedingungen, unter denen wir jedermann den Genuß eines vollständigen **Theaters, Konzerts, Varietés** im eigenen Heim, ohne fühlbare Ausgabe ermöglichen:

Wir liefern einen Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose
 und 10 20 40 80 Pathé-Stücken
 für 60 75 120 180 Mark
 gegen 2 3 5 6 Mark Monatsrate
ohne Anzahlung

Da wir das alleinige Recht besitzen, Pathé-Fabrikate zu **Original-Fabrikpreisen**, also ohne Preiserhöhung gegen Teilzahlungen zu verkaufen, sind die von uns angesetzten Preise nicht nur äußerst niedrige, sondern trotz der Gewährung des langen Kredits **ebenso billig wie bar**. Um Gelegenheit zu geben, unsere Apparate und Platten vor dem Kauf unbeeinträchtigt zu prüfen und mit anderen Fabrikaten zu vergleichen, um sich so persönlich die Überzeugung von den enormen Vorzügen der Pathé-Fabrikate zu verschaffen, erklären wir uns bereit, unseren Apparat nebst der gewählten Platten-Kollektion solventen Reflektanten ohne Anzahlung **5 Tage zur Probe**

vom Tage des Empfanges an gerechnet, zu überlassen, ohne Kaufverpflichtung, ohne jede Entschädigung, lediglich gegen Tragung der minimalen Spesen für die Hin- und ev. Rücksendung. Irgendwelche Nachberechnung für Emballage etc. findet nicht statt. Es ist also **jedes Risiko ausgeschlossen**, das immer vorhanden ist, wenn der Käufer sich lediglich auf die schön klingenden Anpreisungen eines Inserates oder Kataloges verlassen muß.



Reichill. Katalog über Pathé-Apparate in anderer Ausstattung und Preisliste, photoogr. Apparate, Fern-u. Operngläser, Jagd-u. Luxuswaffen, Musikinstrumente all. Art etc. gratis und frei auf Verlangen.

Die Ausstattung des von uns gelieferten Apparates ist eine hervorragende. — Unser Apparat besitzt großes echtes Eichengehäuse, 25 cm großen Plattenhalter, Trompetenarm-Einrichtung, vorzüglich arbeitendes Präzisionswerk, einen in der Farbe zum Gehäuse abgestimmten Lotosrichter von 45 cm Durchmesser, sowie eine Original-Pathé-Schalldose. Bei Nichtgefallen bereitwilliger Umtausch gegen andere Type nach unserer Preisliste. **Wir** an kostenloser Umänderung anderer Apparate für die gleichzeitige Benutzung von Pathé- und Nadelplatten verlangen nur unsere Spezial-Offerte U.

Geß, ausschneiden u. im Kuvert einschicken!
Bestellschein 60 K
 Hierdurch ersuche ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Luxus-Sprechapparat mit echt Pathé-Schalldose und Stücken auf doppelt bespielten Pathé-Platten zum Gesamtprice von Mk. ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne Emballage-Berechnung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung — zuzusenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franko zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie an und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich obigen Betrag in monatlichen Raten von Mk. vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau. Ort und Datum: Name und Beruf

BIAL & FREUND in Breslau 60 K

Erklärung! Die von der Firma Jacob sen. in Berlin über unsere Pathé-Platten aufgestellten Behauptungen sind vom Kgl. Landgericht Berlin in der Verhandlung vom 3. Dezember als unwahr festgestellt worden. Pathé-Platten sind Original-Aufnahmen, wovon sich außerdem jeder Interessent durch unsere risikofreie Probesendung selbst überzeugen kann.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Schundzwanzigster Tag.

Rechtsanwalt L. h. Liebknecht fragt in der gestrigen Sitzung den Zeugen Steinberg, ob er den

Sitzungsbericht

berichtet habe, welcher den Fall Wellschmied als ein „Femgericht“ bei Pils schildert. — Der Zeuge gibt zu, daß er den Bericht verfaßt hat, er glaubt aber, die Ueberschrift rühre nicht von ihm her. Seine Korrespondenz werde so abgefaßt, daß sie von den Zeitungen aller Parteien benutzt werden könne. — Rechtsanwalt Liebknecht macht darauf aufmerksam, daß der Bericht nichts davon sagt, daß Wellschmied bei Pils zu einem und zu trinken bekommen hat, was Steinberg doch wissen mußte, wenn er die Sache so sorgfältig untersucht hätte, wie er angab. — Der Zeuge sagt, es könne möglich sein, daß er dies Moment im Drange der Arbeit übersehen habe. — Rechtsanwalt Heine fragt den Zeugen Steinberg, wie viele Menschen am 27. September an der Ecke der Sidingen- und Veuffelstraße ein Arbeiterlied gesungen haben. — Zeuge: Keiner Meinung nach die ganze aus 2-3000 Personen bestehende Menge, wie ich schon gesagt habe. — Rechtsanwalt Heine beantragt, den „Vorwärts“-Berichterstatteer Reinke als Zeugen zu vernehmen, der denselben Vorgang beobachtet hat und bekunden wird, daß

nur 3-4 Betrunkene

sangen. — Das Gericht behält sich den Beschluß vor.

Hierauf wird der Zeuge Gill vernommen. Es ist der

Mann mit dem Stelzfuß,

der sich nach Angabe anderer Zeugen unter einen Wagen verkrochen hat, nachdem er mit dem Säbel geschlagen wurde. Der Zeuge sagt, er ging an dem betreffenden Tage durch die Sidingenstraße, wurde von einer Schutzmannsleite überholt und bekam von einem Schutzmann einen Stoß, so daß er besinnungslos niederfiel. Er wurde in ein Haus getragen. Nachdem er wieder zur Besinnung gekommen war, ging er auf den Rat anderer Leute zu einem Polizeileutnant, um sich wegen der Mißhandlung zu beschlagen. Der Leutnant wies ihn nach der Wache auf dem Kohlenplatz, er solle sich dort melden. Als er dorthin kam und zu zwei an der Tür stehenden Schutzleuten sagte, der Leutnant habe ihn geschlagen, bekam er wieder einen Stoß von einem Schutzmann, daß er gegen den Baum flog. Der Zeuge weiß nichts davon, daß er unter einen Wagen gekrochen ist. Er sagt, von dem Augenblick an, wo er

besinnungslos niederfiel,

wisse er nichts mehr, er könne nicht einmal sagen, wie er nach Hause gekommen sei. Dessen entsinne sich aber der Zeuge, daß er zu der in Frage kommenden Zeit das Zigarrengeschäft von Roa betrat und durch seine zerströmte und beschmutzte Kleidung Aufsehen erregte. — Der Zeuge Roa erkennt den Zeugen Gill wieder, er kann aber nicht sagen, ob es derselbe ist, der unter den Wagen kroch und mit dem Säbel hervorgezogen wurde. — Schutzmann Ignai gibt an, er habe den Zeugen Gill in der Menschenmenge gesehen und beleidigende Worte aus seinem Munde gehört, er habe Gill nicht siffiert, weil er ein Krüppel sei, er habe ihn nur gesagt, er solle nach Hause gehen. — Der Zeuge Gill weiß nichts davon.

Anschließend werden noch einige Zeugen zum

Falle Pils

vernommen. Glasermeister Ra ch u n d e sagt, er sei auf dem Bau mit zwei Kohrlegern im Gespräch über die Moabiter Vorgänge in Streit geraten. Die Kohrleger hätten gesagt, sie würden auch nach Moabit gehen, die Schutzleute müßten niedergestochen werden usw. Er sei am 27. September nach Moabit gegangen, um zu sehen, ob die beiden Kohrleger da wären und ob sie ihre Wordpässe gegen die Schutzleute ins Werk setzen würden. Erforderlichenfalls habe er verhindern wollen, daß sich die beiden Kohrleger unglücklich machten. Bei seinem Streifzuge durch Moabit sei er in das ihm bis dahin unbekanntes Lokal von Pils gekommen. Er habe gesehen, daß mehrere Personen einen jungen Mann hereinbrachten und auf ihn schimpften. Sie sagten, er solle ihnen nicht in den Rücken fallen und einer sagte: „Wenn Du das nicht aufhörst, schlagen wir Dir die Knochen entzwei.“ Ein anderer habe dem Wirt zugerufen: „August, lang mir mal den Gummischlauch her!“ Darauf habe Pils einen Gummischlauch hervorgeholt. Jetzt schien dem Zeugen die Situation gefährlich, er verließ deshalb das Lokal. Zwei Tage später — sagt der Zeuge — sei er wieder in das Lokal von Pils gegangen. Da sei viel geschimpft worden, auch der Wirt habe geschimpft. Aus dem Hinterzimmer seien zwei Arbeitswillige gebracht worden. Sie seien umringelt worden, man habe auf sie geschimpft und verlangt, sie sollten aufhören. Man habe ihnen andere Arbeit verschrieben, aber einer der Arbeitswilligen habe gesagt, man möge ihn doch noch bis Sonnabend bei Kupfer arbeiten lassen. Man habe dem Arbeitswilligen zugerufen: „Wißt Du nun aufhören oder nicht.“ Dabei sei er geschubst und auf die Füße getreten worden. Nun sei der Zeuge hinzutreten und habe den Leuten vorgehalten, es sei nicht recht, die Arbeitswilligen so zu behandeln, in Wille würden es besser machen. Da habe der Wirt dem Zeugen zugerufen: „Du rothaariges Aas, wenn Du nicht stille bist, kriegst Du eins ins in die Freise.“ Da habe er — der Zeuge — von einigen Leuten ein paar Schläge ins Gesicht bekommen und sei hinausgedrängt worden. In der Tür sei Pils erschienen, habe ihm mit einem Gummischlauch gedroht und gerufen: „Du Achtgroßschnepper, komm nicht noch mal in mein Lokal.“ — Angekl. Pils: Ich habe diesen Mann nie gesehen, er war nie in meinem Lokal. Ich habe noch nie einen Menschen bedroht oder beschimpft. Was der Zeuge sagt, das ist eine Lüge. — Der Zeuge Ra ch u n d e bleibt mit voller Bestimmtheit bei seinen Angaben. — Rechtsanwalt Liebknecht weist darauf hin, daß Pils nicht August, sondern Fritz mit Vornamen heißt.

Frau V ö s e n b e r g, die Hauswirthin der Mutter Wellschmieds, gibt an, daß ihr diese sehr unangenehme Mittheilungen über den Charakter Wellschmieds gemacht hat. — Frau W a n k o p f, eine Schwester Wellschmieds, schildert diesen ebenfalls als einen

unglaublichen und unmoralischen Menschen.

Er sei in einer Erziehungsanstalt gewesen, weil er sich die Rache herumgetrieben habe und ein Haus ansteden wollte. Hauptsächlich wird die Zeugin vernommen wegen der bereits früher erörterten Unterredung mit Wellschmied am 9. Oktober, wo ihm seine Mutter und Schwestern zur Veränderung seiner Aussage zu verleiten versucht haben sollen. Frau W a n k o p f sagt, Wellschmied habe bei dieser Unterredung behauptet, bei seiner polizeilichen Vernehmung hätte ihm der Kriminalbeamte gesagt, er solle nicht sagen, daß er nur mit den Händen geschlagen wurde, sondern er solle sagen, die Leute hätten ihn mit Gummischläuchen über den Kopf geschlagen. Darauf habe sie zu ihrem Bruder gesagt: So siehst Du doch nicht aus, als wenn sie Dich mit Gummischläuchen geschlagen haben, an Dir ist ja nichts zu sehen. Bedenke, daß Du vor Gericht schwören mußt und sage die Wahrheit. Darauf habe Wellschmied gesagt: Ich weiß, was ich zu sagen habe, mir ist es ganz egal und wenn sie zehn Jahre kriegen.

Frau L ü c k e, die Mutter Wellschmieds, macht ebenfalls sehr unangenehme Angaben über dessen Charakter und sagt unter anderem, daß Wellschmied sie schon öfter geschlagen hat.

Zwei Zeugen, die zum Fall Niedemann-Merten vernommen werden, geben an, daß zwar aus der den Kohlenwagen begleitenden Menge geworfen und gerufen wurde, Merten aber habe nicht geworfen.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Heinemann wird der

Angeklagte Hermann Weiß aus der Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 2000 M. entlassen.

Hierauf wird die

Erörterung der allgemeinen Situation

wieder aufgenommen.

Der 16-jährige Gymnasiast Emil D a b e r k o w, der Sohn des früher vernommenen Kammergerichtsrats Daberlow hat gesehen, daß Schutzleute auf die Menge schlugen, aber, sagt er, die Schutzleute seien dazu gereizt worden, denn die Menge habe sie fortgesetzt verhöhnt. Daß Steine nach den Schutzleuten geworfen wurden, hat der Zeuge nicht gesehen. Einmal sah er einen Schutzmann mit verbundenem Kopfe aus einem Krankenhause kommen. Da habe jemand aus der Menge dem Schutzmann zugerufen: Das ist Dir recht, Du Aas, Du mußt noch mehr kriegen! Bei einer anderen Gelegenheit sah der Zeuge einen Mann, der aus einem Geschäftslokal kam. Der Mann wollte sich, wie der Zeuge sagt, auf einen Schutzmann stürzen und die Frau habe den Mann nur mit Mühe zurückhalten können.

Er vor, königlicher Förster a. D., hat von seiner Wohnung in der Vredowstraße aus folgendes beobachtet: Mehrmals wurden die wenigen Menschen, die auf der Straße waren, von Schutzleuten vertrieben. Als die Straße völlig menschenleer war, kamen vier Personen, die vor den Beamten, welche kurz vorher eine Attacke gemacht hatten, flüchteten. Als sie an die Stragende kamen, stürzten vier Schutzleute auf sie. Ein Schutzmann rief: Was ist hier los?

Gleichzeitig schlug er einen der Fliehenden mit dem Säbel nieder.

Der Anblick war so fürchterlich, sagt der Zeuge, daß mir das Blut in den Adern erstarrte. An der Stelle, wo der Mann niedergeschlagen wurde, hat der Zeuge am folgenden Tage eine

Blutlache von 30 Zentimeter im Durchmesser

gesehen. Als der Blüdling den Schlag mit dem Säbel erhalten hatte, taumelte er und fiel dann mit dem Kopf vornüber an eine eiserne Jalousie. Auch jetzt noch schlugen die Schutzleute auf den Mann ein und zwar mit solcher Wucht, daß der Zeuge auf seinem in der zweiten Etage liegenden Balkon die Säbelhiebe durch die Luft laufen hörte. Einer der Säbelhiebe traf die eiserne Jalousie und ein langer Feuerstrahl wurde sichtbar. Der Beschlagene raffte sich auf und lief in rasender Flucht davon. Einige Schritte weiter traf er auf andere Schutzleute, die ihn nochmals schlugen.

Zimmermeister Otto, ein alter Herr, erzählt in anschaulicher Weise einen selbsterlebten Vorgang. Er wollte seine Frau vom Bahnhof Veuffelstraße abholen, sah aber, daß die Straße durch Schutzleute abgesperrt war und zog es deshalb vor, in das Lokal von Landrat, Edu Siemens- und Veuffelstraße einzulehren. Der Wirt hielt die Ladentür zu und ließ niemand hinein. Der Zeuge aber fand Einlaß, weil er dem Wirt bekannt war. Im Lokal waren etwa acht Gäste, darunter fünf Handwerksmeister, die dem Zeugen persönlich bekannt sind. Der Zeuge nahm in der Nähe der Tür Platz. Draußen waren eine Menge Schutzleute unter dem Kommando eines Leutnants. Der Leutnant hob den Arm, die Schutzleute stürzten nach verschiedenen Richtungen. Ein Teil der Schutzleute und der Polizeileutnant kamen in das Lokal, wo sich der Zeuge aufhielt. In dem Augenblick, wo die Beamten das Lokal betraten, rief der Leutnant Raus! und ein Schutzmann rief:

Haut die Hunde

oder Haut die Wände! Diese Aufforderung wurde nun auch sogleich ausgeführt. Der Zeuge Otto bekam schnell hintereinander drei Säbelhiebe über das Kreuz und einen Hieb über die linke Schulter. Er wandte sich an den Polizeileutnant und bat ihn um Schutz, denn er sei ein

ehrbarer Bürger.

Darauf entsetzte sich der Schutzmann von ihm. Wäre ich nicht zum Leutnant gegangen, sagt der Zeuge, dann würde mich der Schutzmann vielleicht festgeschlagen haben. Der Zeuge ist infolge dieser Prügel und der Aufregung längere Zeit krank gewesen und leidet, wie er sagt, heute noch an den Folgen des Ueberfalles. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Heine antwortet der Zeuge,

er stehe der Sozialdemokratie fern

und gehöre keiner politischen Partei an. Er sei ein ehrbarer Bürger und würde nie daran denken, der Polizei etwas in den Weg zu legen. Uebrigens habe ihn die Behandlung, die ihm widerfuhr, aufgeregt.

Graber Paul Kluge, ein bekannter Größlicher sozialer Agitator und Versammlungsredner, ist an mehreren Tagen nach Moabit gegangen und hat sich dort von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr aufgehalten. Da zu dieser Tageszeit im allgemeinen überall Ruhe herrschte, so hat der Zeuge natürlich nichts auf der Straße gesehen, trotzdem hat er sich bei der Polizei als Zeuge gemeldet. Er bemerkt sich nach Kräften und mit dem an ihm bekannten Wortschwall, der Polizei das beste Zeugnis anzusetzen. Aus der Rede, die Herr Kluge vor Gericht hielt, ist zu entnehmen, daß er seiner bekannten Gewohnheit, als Reaktionsär und Feind der modernen Arbeiterbewegung zu wirken, auch in Moabit treu geblieben ist. Da er auf der Straße nichts sah, besuchte er verschiedene Schauffolale. Da hörte er, daß sich die Gäste über die Strahenvorgänge unterhielten und das Verhalten der Polizei kritisierten. Herr Kluge mißte sich in die Unterhaltung der Gäste und betätigte sich als eifriger Anwalt der Polizei. Begreiflicherweise wurde er deshalb von den Gästen mit mißtrauischen Blicken betrachtet und für einen Polizeispion gehalten. Das wurde ihm auch öfter deutlich zu erkennen gegeben. Herr Kluge zog sich dann zurück und setzte seine Tätigkeit an anderen Stellen fort. Einmal hat Herr Kluge gesehen, daß ein vorüberfahrender Kohlenwagen von dem Publikum mit Pfosten und Pfeifen begrüßt wurde. Als der Wagen mit dem Publikum vorüber war und ein reitender Schutzmann eine Bewegung machte, als ob er eine auf dem Bürgersteig einzeln gehende Frau attackieren wollte, gab das Publikum sein Mißfallen hierüber zu erkennen. Herr Kluge aber verteidigte die Polizei und nun wandte sich der Unwille des Publikums gegen ihn und er drückte sich. Ihm ist auch bei dieser Gelegenheit kein Haas geträumt worden. Herr Kluge findet, daß sich die Polizei viel zu ruhig verhalten habe. Wenn er, so sagt er ausdrücklich, Schutzmann gewesen wäre, er hätte es nicht ruhig mit angesehen, daß die Menge die Polizei verhöhnte, obgleich er nicht Schutzmann ist, kribbelte es ihm schon jetzt in den Fingern und er wäre der Polizei am liebsten mit gutem Vespiß vorangegangen und hätte auf die Menge losgeschlagen. Daß Schutzleute blank gezogen hatten, hat Herr Kluge nie gesehen. Er erklärt es für unerhört, daß viele Zeugen in Moabit Janhagel gesehen haben. Er selbst habe seinen Janhagel gesehen, sondern nur Leute, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmten. Bekannt hat er aber seinen von den Leuten, die er in Moabit sah. Die von der Sozialdemokratie infizierten Weiber seien die schlimmsten gewesen. Sie hätten auf der Straße immer die ausfallendsten Bemerkungen gemacht. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es kommt, daß Herr Kluge sich als Zeuge gemeldet habe, antwortet Herr Kluge, weil hier so exorbitante Sachen zum Ausdruck gebracht worden seien, so habe er sich verpflichtet gefühlt, sich als Zeuge zu melden. Die

Sozialdemokratie bringe ja so viele Zeugen auf, weil überhaupt in den Verhänden von der Sache gesprochen wird, und jeder, der etwas wisse, gedrängt werde, sein Zeugnis abzugeben. Der Zeuge macht hierauf längere Ausführungen über seine Ansicht von den Beziehungen der Sozialdemokratie zu den hier behandelten Angelegenheiten. Nachdem er längere Zeit seinen politischen Empfindungen in unerschöpflichem Redeschwall Ausdruck gegeben hatte, bemerkt Rechtsanwalt Heine: Nun hören Sie aber auf! Der Vorsitzende sagt hierauf lächelnd: Aber, Herr Rechtsanwalt, das ist doch meine Sache, zu sagen, hören Sie auf. — Rechtsanwalt Heine: Der Zeuge redet schon lange nicht mehr von dem, was er gesehen hat, sondern er hält

ein Plaidoyer für die Polizei

und bringt seine politische Meinung zum Ausdruck, das muß doch wirklich aufhören!

Der Redestrom des Herrn Kluge war nunmehr erschöpft und der Zeuge trat ab.

Kalermester Kreuz sagt, er habe gesehen, daß bei den Anmerkungen auf der Straße junge Leute mit Steinen warfen, die ihnen von anderen zugetragen wurden. Daß jemand durch Steinwürfe getroffen wurde, hat der Zeuge nicht gesehen. Eine Menschenmenge sei die Straße entlang gekommen und habe sozialdemokratische Lieder gesungen. Laternen seien von Jungen ausgebrochen worden und Plumentöpfe seien aus den Fenstern geworfen.

Gerichtsaktuar Schur stand an einer Straßenhalle-festle in der Turnstraße und zwar ganz allein nur in Begleitung eines Freundes. Da kam ein Schutzmann und

schlug den Zeugen mit dem Säbel.

Als er darauf etwas sagen wollte, bekam er noch zwei Säbelhiebe.

Damit schließt die Sitzung. Am Donnerstag fällt die Sitzung aus. Am Freitag 9 1/2 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Hölle von Mietschin.

Dritter Tag.

Der Angeklagte Lang, der am ersten und zweiten Tage gefehlt hatte, war gestern zur Stelle. Für ihn muß die Verhandlung wiederholt werden; eine besondere Sitzung wird zu diesem Zweck auf Donnerstag 10 Uhr anberaumt.

Für gestern waren geladen unter anderem als Sachverständiger und Zeuge der Arzt Stadtverordneter Dr. Bernheim-Berlin, der die Anstalt Mietschin im Auftrage der Waisenverwaltung revidiert hat, als Sachverständiger der Arzt Dr. Seelig aus der Jrenananstalt Herzberge, der die ärztliche Aufsicht über das Erziehungsheim Lichtenberg führt. Von den als Zeugen geladenen Fürsorgegehilfen fehlen mehrere, die nicht zu ermitteln waren.

Die Beweiserhebung wendet sich dem

Falle Graste

zu, an dem Dreihaupt und Engels beteiligt sind. Jüngling Graste war aus Mietschin entflohen und bekam nach seiner Wiederergreifung auf Dreihaupts Befehl von Engels 50 Peitschenhiebe. Dreihaupt will das damit begründen, daß Graste ihm aus den Akten als besonders gefährlicher und auch sittlich nicht einwandfreier Bursche bekannt gewesen sei, wenn er auch gegen sein Verhalten in der Anstalt sonst nichts habe einzuwenden können. Die Anklage behauptet, Dr. habe am anderen Morgen, weil er bei dieser Bestätigung nicht selber zugegen gewesen war, Gr. nochmals züchtigen lassen. Dr. weiß davon nichts; wenn Gr. nochmals geschlagen worden sei, so habe er sich eben nochmals etwas zuschulden lassen lassen. Engels bestätigt, daß er auf Dr.s Befehl schlug. Besonders kräftig habe er aber nicht geschlagen, denn er, Engels, habe ja „nichts weiter gegen ihn gehabt“. Er sei nachher mit der Fußleite gefesselt und zur Arbeit geschickt, aber nicht in der Nacht im Arrest angegeschlossen worden. Das ist auch Wendlands und Wobels Meinung.

Zeuge Graste, der jetzt 20 Jahre alt ist, bekundet, er sei nach seiner Wiederentlieferung von Pastor Dreihaupt gar nicht erst nach dem Grund seiner Flucht gefragt, sondern sofort dem Inspektor Engels zur Züchtigung überwiesen worden. Durch die 50 Peitschenhiebe, die er selber zählen mußte, seien wundte Stellen entstanden, wenigstens habe er das später aus der Verhörprotokolle erfahren. Nach der Bestrafung habe er in Hufe und Heud barfuß zur Arbeit gehen müssen und die Hufe habe er dabei mit der Hand festhalten müssen, weil die Anklage abgehackten worden waren, um eine nochmalige Flucht zu verhindern. Für die Nacht sei er im Arrest so angegeschlossen worden, daß er sich nicht legen, sondern nur auf einem Engel sitzen konnte. Drei Nächte habe er im Arrest zugebracht, dann habe er wieder in seinem Bett schlafen dürfen, doch sei ihm auch da noch während der Nacht ein Wein an das Bett angegeschlossen worden. Als Mitglied der Strafkolonie habe er zwölf oder wenigstens zehn Tage hindurch weiter nichts als Wasser und Brot gegessen. Er habe nichts anderes zu essen genommen, weil er wußte, daß er anderes nicht nehmen durfte. Während der Arbeitspausen habe er sich nicht setzen dürfen, und das sei das Schlimmste gewesen, denn die Arbeit habe ihn sehr ermüdet. Man habe ihn bei der Austräumung eines Teiches beschäftigt, aber trotz der Durchdringung seiner Hosen habe er in ihnen die Nächte im Arrest ohne Decke zubringen müssen, so daß er davon das Reitzen bekommen habe. Später habe Dreihaupt ihm wegen Hausens wieder durch Engels 25 Peitschenhiebe geben lassen; diese Züchtigung ist indes nicht Gegenstand der Anklage, die sich auf Züchtigungen mit 50 oder mehr Hieben erstreckt. Dr. Bernheim hat in Mietschin als Mitglied der von der Stadt Berlin entsandten Untersuchungskommission Graste b-sichtigt, aber Narben nicht gefunden. Vor der Untersuchungskommission der Regierung, die nach Aufhebung der Mietschiner Justizände dorthin entsandt wurde, hat Graste nichts von dieser Züchtigung gesagt. „Da war ja“, erklärt er jetzt, „Inspektor Engels und Schwester Olga dabei, darum trauten wir uns das nicht.“

Dreihaupt bestritt die Anschließung Grastes im Arrest: Was da geschehen ist, habe ich ja fast durchweg angeordnet, und ich übernehme ja auch für alles die Verantwortung, aber diese Bestrafung habe ich nicht angeordnet. Graste erinnert sich, daß Wobels es war, der ihn fesselte. Wobels erklärt, dann könne er es nur auf Dreihaupts Befehl getan haben. Er und Dreihaupt behaupten, es sei trotz Anschließung möglich gewesen, sich bequem hinzulegen. Ein vor Gericht mit der Akte gemachter Versuch läßt das als möglich erscheinen, doch nimmt der Vorsitzende an, daß der Druck der Kette das Hinlegen erschwert haben werde. Graste sagt, das angeschlossene Bein sei ihm dabei eingeschlagen, so daß er nicht liegen konnte. Wenn er sich bewegte und die Kette rasselte, wurde ihm von Aufsehern, die es hörten, „Ruhe!“ geboten. Wendland bestätigt, daß er in der Nacht dadurch gestört worden sei.

Grastes Angaben über seine Ernährung mit Wasser und Brot werden noch eingehend geprüft. Wer die Kostschmälerung angeordnet hat und auf wie lange sie in der Regel angeordnet wurde, ließ sich nicht aufklären. Dreihaupt bestritt, daß Graste zehn Tage hindurch nur Wasser und Brot bekommen habe. Angeklagter Mietschneider erklärt: Auf lange Zeit wurde mandmal nur Wasser und Brot gegeben. Oft gab ich dann aus Mitleid mein Frühstück, deshalb wurde ja auch Pastor Dreihaupt so aufgebrannt gegen mich. Ich sah einmal, wie Winkler, der in der Strafkolonie war, Hände voll Getreide og. Auf eine Frage des Verteidigers Justizrat Wronker, wer denn Kostschmälerungen anzuordnen pflegte, antwortete Mietschneider: Wir waren ohnmächtig selber zu handeln, wie handelten nur im Auftrage des Pastors Dreihaupt. — Dreihaupt erklärt, in der Tat habe er auch die Hof-

Gotthardbahnverstaatlichung.

Die Rückkaufaktion der Gotthardbahn steht für die schweizerische Bundesregierung unter keinem glücklichen Stern. Erklären haben sich die beiden anderen Gotthardbündnerstaaten Deutschland und Italien für ihre Verstaatlichungszustimmung recht schwerwiegende finanzielle Tarifverhältnisse zu sichern gewohnt und zweitens machen auch noch die Gotthardaktionäre der Regierung das Leben so schwer wie möglich. Das Aktienkapital der Gotthardbahn beträgt 60 Millionen Franken und befindet sich meistens in Wiener Händen. Zu diesen 60 Millionen kommen noch 111 Millionen Obligationen (inszwischen vom Bunde übernommen) und 113 Millionen Staatsubventionen.

Nach den Rückkaufbedingungen muß die Schweiz die Gotthardbahn zum 25fachen Durchschnittsertrage der letzten 10 Betriebjahre übernehmen. Schon bei dieser einfachen Sachlage gehen die Aktionärsberechnungen mit denjenigen der Regierung nicht konform. Die Aktionäre fordern für ihre 60 Millionen Aktien einen Uebernahmepreis von 215 838 000 Frank, die Regierung will aber „nur“ 209 157 000 Frank anerkennen. Während nun aber zu den 215 Millionen Uebernahmepreis die Gotthardaktionäre noch weitere 6 539 000 Frank für Vergütung von Anlagen und Anschaffungen seit der Rückkaufanfechtung fordern, also im ganzen 222 696 000 Frank, will die Regierung von ihren anerkannten 209 Millionen noch 63 482 000 resp. 69 782 000 Frank streichen, so daß sie den Aktionären 158 804 000 bzw. 162 294 000 Frank zahlen will. Eine recht niedliche Millionensifferenz!

Den Abstrich begründet die Regierung damit, daß die Gotthardbahn sich nicht in dem gesetzlich vorgeschriebenen Zustande befindet, ein Zustand, welches um so pilanter wirkt, da ja die Schweiz als Aufsichtsstaat jahrelang nichts gegen einen derartigen Zustand getan hat. Wenn die Bundesregierung jetzt für nicht vorhandene oder den hochpolitischen Anforderungen nicht entsprechende Anlagen, für mangelhafte Linienerhaltung, fehlende zweite Gleise usw. allein die Summe von 46 Millionen fordert, so läßt das tief denken. Einwandfrei und korrekt ist die Verwaltung der Gotthardbahn ja sicher nicht gewesen. Das beweist schon die Tatsache, daß allein die Hilfskräfte der Gotthardbahngesellschaft und Beamten ein Defizit von 8 800 000 Frank infolge fehlerhafter Berechnungen aufweist, für welches die Regierung Verwaltung und Aktionäre ebenfalls haftbar macht.

So glatt, wie sie gehofft, werden also die Gotthardaktionäre auf keinen Fall ihr Heu ins Trockene bringen. Aber selbst wenn es der Bundesregierung gelingt, mit ihren Millionenabstrichen vollständig durchzubringen, sind die finanziellen Aussichten für die in den letzten Jahren durchgeführte Rückkaufaktion doch noch keine rosig. Unzweifelhaft ist der Zeitpunkt der Verstaatlichung recht ungünstig von den maßgebenden Faktoren gewirkt worden. Die der Abloßungsquote zugrunde liegenden Betriebsergebnisse standen im Zeichen einer heftigen Hochkonjunktur. Während im Jahre 1904 das Bruttoerträgnis der Gotthardbahn 15 600 000 Frank betrug, stieg dasselbe im Jahre 1905 auf 22 600 000 Frank und ist inzwischen noch weiter gestiegen.

Diese Prosperität der Gotthardbahn wird aber von dem Augenblicke an einen starken Stoß erleiden, in dem die im Bau befindliche Lötschbergbahn dem Verkehr übergeben worden ist. Denn die Lötschbergbahn in Verbindung mit der Linie Münster-Grenchen (beides Privatbahnen) kann überhaupt nur rentieren, wenn sie dem Gotthard einen Teil des österreichisch-belgischen Transites abfapert. Im Jahre 1907 betrug der Transitverkehr Italien-England 5 196 Tonnen, Italien-Belgien 103 589, Italien-Frankreich 65 651, Italien-Deutschland 743 274 Tonnen. Wenn es dem Lötschberg mit Hilfe der französischen Nordostbahn, die am Bau der Münster-Grenchenbahn mit 10 Millionen beteiligt ist, gelingt, auch nur 100 000 Tonnen Gotthardtransit wegzunehmen, so wäre das schon ein recht füllbarer Einnahmeverlust. Außerdem ist der kommende Ostalpenkonkurrenz (Splügen oder Greina) doch nur noch eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit. Auch er wird dem Gotthard einen ansehnlichen Teil des südwestdeutsch-italienischen Transites rauben.

Hätte die schweizerische Regierung gewartet, so hätte der Konkurrenzkampf Lötschberg-Gotthard sicher den Uebernahmepreis der Gotthardaktien um viele Millionen gedrückt. So hat der Bund in der Zukunft mit verminderten Betriebsergebnissen durch Lötschberg und Ostalpenkonkurrenz zu rechnen und außerdem den Zins von mindestens 110 bis 115 Millionen Wechselkapital herauszuwickeln, welches er den Gotthardaktionären in den Schoß werfen muß. Zu allem kommt noch, daß sich der Bund in dem neu abgeschlossenen Gotthardvertrage vom vorigen Jahre zu einer einschneidenden Reduktion der Gotthardtarife hat verpflichten müssen, die das Erträgnis der Gotthardbahn abermals im ungünstigen Sinne beeinflussen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Das Amazonenkorps des Reichsverbandes.

Eine der jüngsten Organisationen in der arg zersplitterten bürgerlichen Frauenbewegung ist der im Februar 1900 mit gewaltigem Tamtam gegründete „Deutsche Frauenbund“. Er wollte die Frauen aller Stände sammeln und bekehren; Politik sollte ausgeschlossen sein, trotzdem wollte man die Frauen — politisch schulen. Nichte schon dieser Biererprobung verdächtig erscheinen, so konnte ein Zweifel über die eigentliche Bestimmung des Frauenbundes kaum mehr obwalten, als der herkömmliche Reichsverbandsgeneral Liebert mit dem nicht minder gedachten konservativen Politiker Dr. Arndt an die Spitze der neuen Vereinigung traten, als Sozialistenlöhner wie Oldenburg-Januschau, Wolkowicz, der unternehmliche Kretsch und Rugdon in den Vordergrund sich die politische „Bekehrung“ der Frauen angelegen sein ließen. „Unser Volkstum ist in Gefahr!“ Unter dieser Devise wurden die Frauen zusammengetrieben. Man schickte ihnen die Größe der nationalen Aufgabe, an der sie mitwirken hätten, man umgarnte sie mit schönen Redensarten und pries sie als Retterinnen des Vaterlandes. Und die so geförderten Frauen kamen in Scharen. Es war alles da: Alle Parteirichtungen, alle Konfessionen, alle Lebensalter und alle Stände finden wir im Deutschen Frauenbund. Hier sieht das einfache Mädchen aus dem Volke, die Arbeiterfrau neben der eleganten Dame, der Künstlerin und der Frau der Wissenschaft.“ So schrieb eine leider auch in Arbeiterinnenkreisen vielgelesene Wochenschrift, die „Berliner Hausfrau“, in einem Leitartikel, der die neue Vereinsgründung warm empfahl. Gegenwärtig betreibt der Verein sehr eifrig die Gründung von Ortsgruppen in der Provinz. Magdeburg, Raumburg und Halberstadt sind einige seiner letzten Aktionsplätze, und hier war es, wo er seine eigentliche Bestimmung völlig unerschaffen erkennen ließ. Die „Halberstädter Allgemeine Zeitung“ vom 25. Oktober berichtete über eine bei der Gründung der Halberstädter Ortsgruppe gehaltene Rede des Generalsekretärs z. D. v. Brodow-Berlin, der folgendermaßen vom Vedor jag:

„Die Zeiten sind ernt, der Materialismus hat das goldene Kalb zum Götzen erhoben. Die Apostel der Gleichmacher verdrängen Millionen unserer Arbeiter die Äpfel und säen das Gift der Unzufriedenheit.“ In diesem Tone ging der reaktionäre Phrasenmünzer noch eine Weile weiter, bis der Redner, von dem der kriegerische Bedner offenbar in bedenklichem Grade befallen war, ihn zu folgenden Gefühlsausbrüchen hinriß: „Es ist zu bedauern, daß die Behörden nicht mit ihnen zu Gebote stehenden Nachmitteln gegen die staatsfeindlichen Antriebe der Sozialdemokratie vorgehen, und daß sich die Weibung, bei den Streikruhen in Rußland seien Hunderte von Demonstranten niedergebunden worden, nicht bewahrheitet hat.“

Es folgte ein Appell an die Frauen, ihren Einfluß als Mütter zu gebrauchen, um ihre Kinder mit Gottesfurcht, Liebe zum Vaterlande, Treue zu Kaiser und Reich usw. zu erfüllen und selbst mitzuwirken an der nationalen Arbeit. Am Schluß der Versammlung betonte der General in einer Erklärung: „Vor allem müssen Redaktionen im Versammlungsrecht gefunden, und die Preis-

Handlungen angeordnet, aber jeder dritte Tag habe ein „guter Tag“ mit gewöhnlicher Kost sein sollen, und auch so sei mit seinem Wissen die Dauer der Kostmängelung nicht über 14 Tage ausgedehnt worden. Graste bleibt bei seinen Angaben. Er fügt auf Befragen hinzu, daß er von den Züchtigungen gesundheitlichen Schaden nicht erlitten habe.

Ob Graste glaubwürdig sei, darüber werden Inspektor Butt und Lehrer Dentisch befragt. Sie erklären ihn für energielos und unzuverlässig, infolgedessen, als er immer wieder zu entlaufen gesucht habe, aber Ungehorsamkeit haben sie an ihm nicht bemerkt. Justizrat Bronker weist auf Grastes Vorleben hin, im besonderen auf seine Bestrafung wegen widernatürlicher Unzucht. Affessor Dr. Simon hebt hervor, daß die Strafe nicht eigentlich wegen dieses Deliktes, sondern wegen einer daran anschließenden Erpressung hoch bemessen worden sei. Auf Antrag des Rechtsanwalts Jülich wird über die Glaubwürdigkeit von Fürsorgegehilfen der Arzt Dr. Seelig als Sachverständiger gehört. Dr. Seelig meint, gegen Fürsorgegehilfen müsse man im allgemeinen vorwiegend sein, schon im Hinblick auf die bei ihnen oft vorkommenden psychischen Abnormitäten, für besonders ungläubwürdig aber habe er solche, die eine Neigung zu widernatürlicher Unzucht haben.

Im Anschluß hieran wird Medizinalrat Dr. Hoffmann darüber vernommen, ob Anders und Graste eine im Sinne des Gesetzes lebensgefährliche Behandlung erlitten haben. Im allgemeinen seien 50 Peitschenhiebe nicht tödlich, man habe früher selbst in Zuchthäusern 30 als das Höchste für zulässig gehalten. Demnach könne man nicht ohne weiteres diese Züchtigungen mit der Peitsche für lebensgefährlich erklären, so schmerzhaft sie auch seien. Freilich komme dazu gewöhnlich ein Nervenschlag, und das sei sehr gefährlich einzuschätzen. Schläge mit dem Weichseißel, der unelastisch sei, sehe er eher als möglicherweise lebensgefährlich an, doch sei bei Anders nach den wenigen Stockhieben, um die es sich da gehandelt habe, eine solche Wirkung nicht eingetreten. Bei Graste sei das Zusammentreffen mehrerer Momente zu berücksichtigen, die Ernährung mit Wasser und Brot nach scharfer Züchtigung, dabei die Arbeit im Feld und nachts der Schlaf in nasser Hufe bei unzureichender Lagerung. Das alles sei wohl geeignet gewesen, zu einer Erkrankung zu führen, und das habe von den Angeklagten auch vorausgesehen werden können. Breithaupt bestreitet bezüglich der durchgeführten Hufe die Absicht, Graste zu schädigen. Wobbel und Schüler bezweifeln, daß die Hufe überhaupt sehr schmerzhaft sein könne. Die Verteidiger Justizrat Friedmann und Rechtsanwalt Jülich machen geltend, daß das Bewußtsein der Gefährdung gefehlt habe.

Es folgt dann die Erörterung des Falles Schwarzenberg.

Jüngling Schwarzenberg sollte Anfang Mai an einem Fluchtplan mehrerer Jünglinge, dessen Ausführung gar nicht erst versucht wurde, beteiligt gewesen sein. Breithaupt ordnete gemeinsame Züchtigung von 7 Jünglingen in Gegenwart aller anderen Jünglinge an, und in deren Verlauf kam es zu einer sehr stürmischen Szene, als auch Schwarzenberg geschlagen werden sollte und sich dagegen wehrte. Breithaupt hatte vorher Gabelstöße schneiden lassen und hatte auch — das gab er vor Gericht selbst zu — den Aufseher gesagt, sie sollten auf alle Fälle sich Gummiknäuel einstecken, um sie zu etwa notwendiger Abwehr einer Revolte bereit zu haben. Es entwickelte sich ein förmlicher Kampf zwischen Schwarzenberg und mehreren Aufsehern, wobei Engels seinen Revolver zog und Schwarzenberg das Revolverkreuz zertrümmerte, um durch das Fenster zu entfliehen. Schließlich ließ er sich bändigen und bekam nun die ihm zugedachten 50 Peitschenhiebe von Engels und Niemischneider. Breithaupt bestreitet nicht, daß er außerdem angeordnet habe, dem Schwarzenberg Peitschenhiebe auf die Fußsohlen zu geben, doch sei das nur geschehen, weil er durch die hochgehobenen Fäuste das Gefäß vor Schlägen zu schützen suchte. Während des Kampfes habe Schwarzenberg auch einen Dieb mit dem Gummiknäuel abgetrieben; Breithaupt meint: von Prossnitz oder vielleicht auch von einem anderen der Aufseher. Schwarzenberg habe sich sonst gut geführt, später habe er ihm (Breithaupt) seine Unschuld beteuert und bei einem folgenden Fluchtversuch sei er dann nicht wieder geschlagen worden. Engels bestätigt, daß Breithaupt gegen den strampelnden Schwarzenberg befahl:

„Dann schlagen Sie doch auf die Fußsohlen!“

Der Verdacht, den Gummiknäuel gebraucht zu haben, wird auch gegen Habedant geltend gemacht. Dieser behauptet, Breithaupt habe bei Beginn der Abstrafung ihm schweigend einen Gummiknäuel in die Hand gedrückt, doch glaube er (Habedant) nicht, geschlagen zu haben. Prossnitz bestreitet auf das Bestimmteste, überhaupt einen Gummiknäuel gehabt zu haben. Er habe in dem allgemeinen Tumult nur Schwarzenberg mehrlos machen wollen, habe nach seinen Weinen gegriffen und dabei die des Aufsehers Litzander erwischt.

Der jetzt 23jährige Schwarzenberg, der über diese Vorgänge befragt wird, kann sich nicht an alle Einzelheiten erinnern. Es sei aber völlig ausgeschlossen, daß er mit den Fäusten das Gefäß zu decken versuchte. Dem Gericht macht er vor, wie er auf dem Schmelzlag: Erst nach dem 50. Hiebe habe Breithaupt befohlen:

„Zehi iss genug! Zehi auf die Fußsohlen!“

und da habe ihm Engels noch

30—40 Hiebe auf die Fußsohlen

gegeben. Auf Befragen gibt Schwarzenberg noch an, daß Breithaupt und Engels sonst „nett“ zu den Jünglingen waren.

Nach einer Mittagspause werden zusammen die Fälle Vollbrecht, Drenste, Clemens, Sedig

behandelt.

Vollbrecht wurde mehrmals geschlagen. Einmal bekam er wegen Aushaltung von Nachtgebeten auf Breithaupts Befehl von Wobbel 25 Hiebe und von Engels 25 Hiebe; daß das Personal so sich beim Schlagen absetze, geschah öfter, sagt Breithaupt selber. Ein andermal hatte Vollbrecht über Breithaupt den Bauarbeiterin fälschlich gesagt, daß gegen den Pastor wegen Züchtigung eines Jünglings eine Untersuchung eingeleitet sei. Dafür schlug Dr. ihn sofort mit dem Weichseißel. Er meint, hiermit habe er sein Züchtigungsrecht nicht überschritten. Engels mußte dann noch 50 Peitschenhiebe geben. Niemischneider sagt, beim Baden nach einigen Tagen habe Vollbrecht ausgesehen wie ein tätowierter Indianer.

Der Jüngling Drenste, ein strotzhafter Junge, ist gezüchtigt und mit 50 Peitschenhieben bedacht worden, weil er zu einem anderen von Zigaretten und Ausreihen gesprochen hatte. Die Hiebe sollen Wunden am Gefäß und rechten Oberschenkel hervorgerufen haben. Dr. Bernstein hat am 27. Juli 1900 an seinem rechten Oberschenkel zwei von Schlägen herrührende Narben vorgefunden. — Angekl. Breithaupt erklärt hierzu, daß Drenste mehrere Male geschlagen worden ist, daß aller Anlaß dazu vorgelegen, daß die Schläge aber nicht sehr stark waren, nachdem man sich das erste Mal von der körperlichen Beschaffenheit des Burschen überzeugt hatte.

Der Jüngling Clemens hatte eines Tages eine Anzahl frisch gepflanzter Zwiebeln aus einem Beete gerissen und zum Teil ausgegeben. Am nächsten Tage hat ihm Breithaupt dafür 25 Peitschenhiebe verurteilt. Als er dann die Frage, ob er wisse, wofür er die Schläge bekommen, vernahm, gab ihm Engels auf Anordnung von Breithaupt noch 25 Peitschenhiebe auf das Gefäß. Clemens soll von den Schlägen geschwollene und sehr schmerzhaft Stellen am Gefäß gehabt haben.

Der Jüngling Sedig hat im Mai wegen Lügen und Zigarettenrauchens 50 Peitschenhiebe erhalten und zwar je 25 von Engels und Breithaupt.

Vollbrecht, der jetzt im 17. Jahre steht, befindet, er sei schon wenige Tage nach seiner Ankunft in Rietschin wegen Fluchtplans verurteilt worden. Das geschah, wie gewöhnlich, zur Frühstückszeit. Er sollte 50 Hiebe bekommen, bekam aber nur 25. Ein Jüngling mußte ihn halten, Engels schlug. Nachher sollte auch Schwarzenberg geschlagen werden. Da er sich nicht überlegen wollte, so wurde „einfach drüber geschlagen“, von Engels mit der Peitsche, von Breithaupt mit dem Spazierstock, von Wobbel mit dem Gummiknäuel, meint Vollbrecht. Genau weiß er das nicht, weil er „weggedrückt“, da er es nicht mit ansehen konnte“. Er glaubt, daß

auch auf die Fußsohlen geschlagen wurde. Schwarzenberg sei vorher gefragt worden, ob er habe mit ausrücken wollen.

Zum zweitenmal ist Vollbrecht, so befindet, er weiter, geschlagen worden, weil er sich zu Mautern ungünstig über Breithaupt geäußert und ihn für einen rohen Patron erklärt hatte. Breithaupt habe ihm mit seinem Stock wohl an 20 Hiebe verurteilt. Dann habe ihm im Stationshause Engels auf Antrag des Pastors noch 50 Peitschenhiebe auf das Gefäß verurteilt, die ihn sehr schmerzten. Er sei dann in die Arrestzelle gebracht und dort angegeschlossen worden, und zwar in der ersten Nacht mit der großen Kette. Bei Tage habe er gearbeitet, und zwar in der Straßkolonne. In dieser Straßkolonne sei er vier Wochen gewesen und habe die leichtere Fußkette getragen. Während der ganzen vier Wochen habe er nur Wasser und Brot als Kost erhalten, niemals Fleisch und niemals Suppe, doch habe ihm manchmal der Meister Albrecht, bei dem er arbeitete, etwas Suppe heimlich zugesteckt. Er sei dann zwei Tage aus der Straßkolonne genommen, nachher aber wieder hineingesetzt worden und habe wieder die Kette tragen müssen. Nachdem die Kommission und Dr. Bernstein in Rietschin gewesen, habe er den dritten Tag immer die richtige Kost erhalten. — Vorl.: Nach den Akten haben Sie bisher niemals etwas davon gesagt, daß Sie vier Wochen lang bei Wasser und Brot haben zubringen müssen. Wie ist das zu erklären? — Zeuge: Ich bin nicht danach gefragt worden. — Vorl.: Ist das aber auch wirklich wahr? Ueberlegen Sie es sich ganz genau, ob Sie sich nicht doch irren, und es sich doch vielleicht um eine wesentlich kürzere Zeit handelt. — Zeuge: Ganz genau kann ich es nicht sagen, es mögen aber drei bis vier Wochen gewesen sein. Es war noch unter dem Kommando des Angeklagten Niemischneider. — Vorl.: Niemischneider, Sie hören, was der Zeuge sagt. Wie stellen Sie sich zu der Sache? — Angekl. Niemischneider: Wie lange Zeit die Diät bei Wasser und Brot dauerte, weiß ich nicht. Wichtig ist, daß bei einzelnen Arrestanten Wasser und Brot angeordnet wurde, doch glaube ich nicht, daß es vier Wochen gedauert haben kann. — Justizrat Bronker wünscht genaue Angaben über die Quantitäten von Brot und Wasser, die täglich verabfolgt sein sollen. Der Zeuge erklärt: Morgens zwei Stullen und ein Becher Wasser, mittags ebenso und abends ebenso. — Justizrat Bronker verweist darauf, daß nach den Beleglisten der Zeuge in Rietschin an Gewicht zugenommen habe. Was würde doch wohl unmöglich sein, wenn er wirklich vier Wochen lang nur Wasser und Brot genossen hätte. Nach verschiedenen Vorhalten kommt der Zeuge damit heraus, daß er so oft wie möglich Gelegenheit gesucht und gefunden habe, sich heimlich Nahrungsmittel zu beschaffen und sich auf diese Weise satt zu essen. Er bleibt aber dabei, daß die offizielle Verköstigung mit Wasser und Brot doch länger als drei Wochen gedauert habe. Vollbrecht glaubt, nur einmal wogegen worden zu sein. Lehrer Dentisch gibt an, daß Vollbrecht am 20. April 1900 in Lichtenberg 54 Kilogramm wog, im Alter von 16 Jahren. Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß Vollbrecht in Rietschin im Juni 57 Kilogramm, im Juli 58 Kilogramm gemogen haben soll. Vollbrecht erklärt diese Zunahme daraus, daß ihm oft heimlich andere Kost zugesteckt worden sei. In Rietschin habe er von allen diesen Dingen der Untersuchungskommission nichts gesagt, weil er Furcht gehabt habe.

Drenste berichtet über die Schläge, die er erhalten. Es ist dies dreimal gewesen: einmal 20 Schläge, einmal 25 und zweimal je 50, darunter einmal vom Pastor, einmal von Engels. Bei dem letzteren Fall handelte es sich darum, daß er eine Hufe besetzt gelegt hatte, um sie bei einer geplanten Flucht gebrauchend zu können. Auch dieser Zeuge gibt Breithaupt und Engels das Zeugnis, daß sie zu denen, die nichts verbrochen hatten, auch recht freundlich und nett sein konnten. Staatsanwaltsaffessor Dr. Simon kommt auf die Narbe zurück, die am rechten Oberschenkel des Zeugen festgesetzt sei. Diese rühre nicht von den Schlägen in Rietschin her, sondern von einem Hundebiß, den der Zeuge vor seiner Ueberführung nach Rietschin erlitten habe. Dieser Zeuge sei vorher aus anderen Anstalten mehrfach entwichen, habe sich längere Zeit umhergetrieben und sei schließlich, ganz zerstreut von Ingeziefer, von seiner Mutter aufgenommen worden, die ihn von dem Ingeziefer befreite und ihn von der Hundebißwunde heilte. Er sei dann nach Lichtenberg gekommen und von dort nach Rietschin geschickt worden.

Eine Zeugin aus der polnischen Bevölkerung, Frau Matuschak aus Rietschin, wird mit Hilfe eines Dolmetschers vernommen. Sie hat gesehen, wie Jungen vom Pastor und auch vom Inspektor geschlagen wurden. Im besonderen beobachtete sie, wie der Pastor mit dem Stock schlug.

Ein früherer Jüngling Bleichschmidt ist selber nie geschlagen worden. Andere seien übermäßig geschlagen worden, wenn sie sich des Ungehorsams schuldig machten, der meist im Ausrücken bestanden habe.

Der frühere Jüngling Knopf schildert eine Bestrafung Drenstes, bei der dieser sich in die Hosen gemacht habe. Drenste erklärt dazu, er habe nicht mehr austreten können, als die Bestrafung vorgenommen wurde. Breithaupt bestätigt, solche Beschmutzungen seien ein vornehmlich vorgekommen, er ist aber fest überzeugt, daß das nur geschah, um die Bestrafung zu verhindern.

Eine „anständige Behandlung“ hat der frühere Jüngling Jahn genossen. Wer bestraft wurde, „betrug sich danach“. Er findet aber, daß die Strafen doch ein bißchen zu viel waren.

Der frühere Jüngling Sedig hat wegen Rauchens 25 Peitschenhiebe von Engels bekommen. Bei derselben Gelegenheit habe Breithaupt ihm Stockhiebe gegeben. Er schildert jetzt diese Bestrafungen als nicht sehr schlimm, während er vor dem Untersuchungsrichter in diesem Punkt wesentlich anders ausgesagt hat.

Die Abstrafung Vollbrechts ist auch von dem früheren Jüngling Günther mitangesehen worden. Er gibt die Zahl der Schläge auf 50 an. Er selber sei nie geschlagen worden, weil er sich gut geführt habe. Im großen ganzen sei man „recht behandelt“ worden, doch sei manchmal zu streng bestraft worden. Sonst sei Breithaupt freundlich gewesen. Günther ist nach seiner Entlassung freiwillig als freier Arbeiter in die Anstalt Rietschin zurückgekehrt.

Zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit einzelner der vernommenen Fürsorgegehilfen wird Lehrer Dentisch über sie befragt. Schwarzenberg habe in Lichtenberg zu erheblichen Klagen seinen Anlaß gegeben. Drenste ist schwach befähigt, aber willig; in seiner jetzigen Lage wird er gelobt. Sedig sei etwas oberflächlich, aber nicht unzuverlässig.

Stadtverordneter Dr. Bernstein wird darüber vernommen, nach welchen Gesichtspunkten die Jünglinge für Rietschin ausgewählt wurden. Leider habe es da an bestimmten Gesichtspunkten gefehlt, die Entlastung Lichtenbergs sei die Hauptfache gewesen. Auch schwer zu behandelnde Jünglinge könne man in offenen Anstalten unterbringen, aber dazu bedürfe es der geeigneten Organe, und daran habe es in Rietschin gefehlt. Nach der Aufdeckung der dortigen Zustände ist Bernstein von der Waisenerwartung nach Rietschin enttäuscht worden. Bei den Verhören gewann er den Eindruck, daß die Jungen im wesentlichen bei der Wahrheit blieben. Er konnte auch Spuren der Mißhandlungen feststellen, die da hauptsächlich wurden. Breithaupt, dessen ganze Persönlichkeit unter der Last der Beschuldigungen zusammenzubrechen schien, habe alles Wesentliche zugegeben. Bernstein erklärt vom Standpunkt des Arztes aus die Strafen von 50 Peitschenhieben für grausam und barbarisch. Zu der Waisenerwartung sei allmählich die Meinung durchgedrungen, daß die Prügelstrafe ihr Bedenkliches hat. Bernstein ist der Meinung, daß durch Schläge auf das Gefäß das geschlechtliche Triebleben angeregt und oft in falsche Bahnen gelenkt wird.

Medizinalrat Dr. Hoffmann scheidet in Schlägen auf die Fußsohlen nicht (1) eine lebensgefährliche Behandlung. Er glaubt, daß sie auch nicht sehr schmerzhaft gewesen sein können, da doch die Sohle härter als das Gefäß sei. Auch die Kostmängelung hält er nicht für gefährlich, wenn sie nicht gerade einem sehr schwächlichen Jüngling auferlegt wird. Eine direkte Lebensgefährdung nimmt er in keinem der erörterten Fälle an.

Um 17 Uhr abends schloß die Sitzung, die um 9 Uhr morgens begonnen hatte. Heute wird gegen den Angeklagten Lang besonders verhandelt, der dann morgen in die Reihe der übrigen Angeklagten eintritt und mit ihnen an dem Fortgang der Verhandlung teilnimmt.

freiheit muß eingeschränkt werden! Wenn dazu die Behörden nicht die Hand bieten, so müssen die Parlamente die Initiative ergreifen." Das also ist des Bundes Kern! Wiederbützelung der elementarsten Rechte kämpfenden Arbeiterklasse ist das Ziel der Drahtzieher hinter den Kulissen des Deutschen Frauenbundes. Dieser soll nichts weiter sein als eine weibliche Schutztruppe der Reaktion, ein Amazonenkorps des Reichsverbandes. Es ist als sicher anzunehmen, daß diese Art der Frauenbewegung nicht die Billigung erfahren wird, die den Frauen, die für ihre und ihrer Klasse wirtschaftliche, politische und soziale Befreiung kämpfen, von — sozusagen — allerhöchster Seite zuteil wurde. Bei den kommenden Reichstagswahlen wird die Hilfe der Bundesfrauen bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie gewiß die „allerhöchste“ Billigung erfahren. . . . Nun, uns soll es recht sein. Wir sind es gewöhnt, gegen eine Welt von Feinden zu kämpfen. Auch mit der weiblichen Hilfe des Reichsverbandes werden wir fertig werden. Dazu gehört aber, daß wir die Proletarierinnen aufklären über den wahren Zweck der politischen Schulung in Deutschen Frauenbunde, damit sie ihren kämpfenden Arbeitbrüdern und -schwestern nicht in den Rücken fallen. Das einfache Mädchen aus dem Volke, die Arbeiterfrau gehört in die Reihen der Sozialdemokratie und nicht in den Heerbann der Liebertogarde.

Gerichts-Zeitung.

Urteil im Dorfener Vieckrawall-Prozess.

Nach zehntägiger Verhandlung endete gestern der Dorfener Vieckrawall-Prozess, über den wir bereits am 4. d. Wts. berichteten. Ein Angeklagter wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, neun Angeklagte zu 3—9 Monaten Gefängnis und drei Angeklagte zu 1—6 Wochen verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Aus aller Welt.

Wie sich Arbeitermorde verhüten lassen.

Rom, den 10. Dezember. In einer furchtbar ernsten Situation haben am 9. d. W. mehrere Karabinieri durch vernünftiges und menschliches Benehmen ein Blutbad und einen Konflikt von nicht zu ermessender Schwere zu

verhüten verstanden. In Repi, Provinz Rom, agitiert das Landvolk seit mehreren Jahren gegen die Usurpation seiner Gemeindegerechte durch die Latifundisten. Eine Weibe, die seit Menschenedenken allen Einwohnern für ihr Vieh freigeht, soll jetzt auf einmal auf Grund einer angeblichen Ablosung uneingeschränktes Eigentum des Abgeordneten Sili geworden sein. Dieser ließ durch seinen Großpächter das Recht der Bevölkerung, Vieh auf diese Weide zu treiben, ansprechen und erzielte ein Gerichtsurteil, das die Beschlagnahme des Viehs verfügte. Am Morgen nach dieser Beschlagnahme erschienen die Landarbeiter von neuem mit einer noch größeren Herde Vieh, die aber ebenfalls beschlagnahmt wurde. Nun bewaffnete sich das Landvolk, das, seines Weiderechts beraubt, überhaupt kein Vieh mehr halten konnte, und zog mit Eisen und Weilen in dicht geschlossener Kolonne zu der Scheune, wo das Vieh war. Diese Scheune war von Karabinieri bewacht, die sich einer drohenden, zum äußersten getriebenen Menge gegenüber sahen. Sie hatten nur die Wahl, auf diese Menge zu schießen, oder ihr das Vieh preiszugeben. Vernünftigerweise wählten sie das Letztere. Sie sagten sich wohl, daß weniger an der Aufrechterhaltung einer gerichtlichen Beschlagnahme als an dem Leben von Menschen liegt und räumten ruhig und besonnen das Feld, tapferer in diesem Siege über sich selbst, als wenn sie mit ihrem Repetiergewehr den Senen und Kerten gegenüber getreten wären. Die Landarbeiter nahmen ihr Vieh wieder und brachten es schleunigst auf die Weide zurück, die der Herr Abgeordnete Sili sich anmaßt, die seine zu nennen.

Unwetterverheerungen in Frankreich.

Die in den letzten Tagen über Frankreich niedergegangenen Unwetter haben allenthalben großen Schaden angerichtet. Die Ostküste Frankreichs ist in einem Umfang von drei Vektoren im Äbruzischen begriffen. Der Hügel, auf dem die Ostküste erbaut ist, senkt sich stetig dem Meere zu. Die Einwohner mußten ihre Wohnungen räumen und sind mit ihrem Vieh ins Tal geflüchtet. — Die furchtbaren Stürme an der französischen und spanischen Küste haben mehrere große Dampfer zum Scheitern gebracht. Der Dampfer „Palermo“, einer Gomburger Reederei gehörig, scheiterte an der spanischen Küste. Es ist gelungen, die Mannschaften zu retten. Das Schiff gilt als verloren. Der norwegische Dampfer „Tillis“ ist infolge des Sturmes bei Drotowa ge-

schitert. Vier Matrosen sind dabei umgelommen. Der Dampfer „Swalopmund“, der Hamburg-Amerika-Linie, gehörig, treibt nach einer funktentelegraphischen Meldung hilflos auf der Höhe von Quessant an der französischen Küste. Das Schiff hat das Steuerruder verloren und dringend um Hilfe gebeten.

Kleine Notizen.

Zehn Millionen Dollar für den Weltfrieden. Der bekannte amerikanische Millionär Andrew Carnegie hat zehn Millionen Dollar gestiftet, die im Interesse der Weltfrieden, die Kriege aus der Welt zu schaffen, verwandt werden sollen. Vorläufig ist die Summe einem Fonds zugrunde gelegt worden, der den Namen Carnegie-Friedensfonds erhält.

Erberschütterung in Oberschlesien. Auf der Concordiagrube bei Zabrze verursachte das Ausbrechen eines großen Kohlenfeldes eine furchtbare Erberschütterung, von der die ganze Gemeinde und Umgegend betroffen wurde. In den Wohnungen fielen Möbel und dergleichen um. Eine Anzahl Verletzte wurden in der Grube eingeschlossen, es gelang jedoch, nach mühevoller Rettungsarbeit sämtliche Arbeiter in Sicherheit zu bringen.

Ein gesunkener Schoner. Der Rendsburger Schoner „Wilhelm“ ist auf einer Fahrt von Schweden nach Hamburg im Kattegat gesunken. Der Kapitän des Schiffes ist ertrunken. Zwei Matrosen hielten sich am Mast fest, wo sie 18 Stunden aushielten, bis sie von einem Fischdampfer aufgenommen wurden.

Fernbeben. Die Seismographen der Aschener Erdbebenstation zeigten am Dienstag ein rares Fernbeben an. Die Aufzeichnungen dauerten über drei Stunden. Die Entfernung des Erdbebenherdes beträgt etwa 6500 Kilometer.

Coat bemerkt. Der „Nordpolenbote“ Dr. Coat hat an das Kopenhagener Blatt „Politiken“ ein Telegramm geschickt, in dem er befreitet, daß er irgendwelche Verbindungen über seine angebliche Geisteskrankheit gemacht habe. Auch habe er keinerlei Geständnis abgelegt. Erst im Januar werde er eine Erklärung über seine Reise abgeben. Ob er dann für seine Plunferien mildernde Umstände zugebilligt erhält, ist sehr zweifelhaft.

Dem Genossen
Albert Köller
zum 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Genossin, d. 600. n. 601. Weg. 6. Kr. Ra Albert, recht hab' ich aber doch.

Am Dienstag, den 13. d. Wts., vorm. 10^{1/2} Uhr, entließ nach längerem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Brauer **Wilhelm Jacobs** im 63. Lebensjahre.

Es zeigt Amersgerück an Frau **Marie Jacobs** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Rixdorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Peterdörfer Viertel. Bezirk 873b, Zell III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchdrucker **Albert Röhl** gestorben ist. 229/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern blene zur Nachricht, daß der Kollege (Brauer) **Wilhelm Jacobs** (Nordstraßenbrauer) am Dienstag, den 13. d. Wts., gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. Wts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Rixdorfer Weg, aus statt. 44/2
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Duper.

Am Dienstag, den 13. d. Wts., verstarb unser Ehrenmitglied **August Krause** im 73. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, auf dem neuen Elisabeth-Kirchhofe in der Hohenstraße statt. 134/13
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Paul Neumann** am 12. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
94/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin). Am Montag, den 12. Dezember, verstarb unser Mitglied **Paul Türk** an der Proletarierkrankheit.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rixdorfer Gemeinde-Friedhofe, Rixdorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
64/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Steinarbeiter. Filiale Berlin.

Am 12. Dezember starb unser Kollege **Julius Zetzche** im Alter von 52 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt von der Arrenantkalt zu Oberswalde. Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Bertha Pretzel** geb. Bergmann am 13. Dezember 1910 verstorben ist. 2244b

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf!
Am 9. Dezember verstarb unser treuer Sangesbruder, der Portier **Max Donath** im 30. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Gesangverein Sorgentrei. (H. d. H.-S.-S.)

Für die Beweise inniger Teilnahme und die reichen Avanzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters **Karl Bialucha** lage allen Teilnehmern herzlichsten Dank.
Anna Bialucha und Tochter.

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilszahlung ohne Anzahlung. Keine Provision. Gültig S. 100, "Corridor"-Expedition, Auguststr. 50.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes **Max Donath** sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen sowie Herrn Paul Schubmann und Personal, dem Gesangsverein „Sorgentrei“, Regattaclub „Hopp-Hopp“ und dem Personal von Frau Donath innigsten Dank. 2245b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sensationelle Neuheit!
Calcutta Imitiert. Inder-Teppich
ganz dickes doppel-seitiges Gewebe auf creme, oliv, blau oder fraise Fond, von den echt Indertopptischen kaum zu unterscheiden. Größe ca. 90x185 cm . . . M. 6.75
130x195 8.75
160x225 14.75
190x250 22.50
250x350 33.00
Passende Bett- und Pult-Teppiche Stück M. 2, 3, 4

Eine Partie echter Plüsch-Teppiche (mit kleinen Webfehlern) für 2/3 des Wertes!
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158.**

Weihnachts-Extralist u. Katalog
enorm billiger Geschenkartikel 600 Abbild., gratis u. franko
Auch Sonntags bis Weihnachten geöffnet.

Hygienische Bedarfsartikel **Drogerie Zarcuba**, Weinbergweg 1, dir. a. Kolonnenbr. L. or. Billigste Bezugsquelle! Versuch 1. zur dauernden Kundhaft.

Praktische Weihnachts-Geschenke
kauft man zu sehr billigen Preisen in
JULIUS APELT'S
Möbelfabrik
Berlin SO. 6 Adalbertstr. 6 Kottbuser Tor
Große Auswahl in: Salons, Herrenzimmern, Speisezimmern, sowie einzelne Möbel: Schreibtische, Trumeaus, Sofas, Kleiderspinden, Vertikals in moderner Stilart.
Aeltere Muster spottbillig.

Rixdorfer Gangesoffenschaft „Ibra“ Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Ordentl. General-Versammlung am Freitag, 30. Dezember 1910, abends 8^{1/2} Uhr, in **Hoppes Festsaal** (gr. Saal), Rixdorf, Hermannstr. 48.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbereich. 108/1
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Verteilung des Reingewinnes.
4. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat und Neuwahlen für den Vorstand (§ 3 Abs. 2 des Statuts).
Um gütliches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Aufsichtsrat,
S. K. Bruno Fiedler.

Gummiwaren
aller Art. Anfr. erb. Gummi-Grosso-Maus C. A. Grawald, Charlottenbg.-Bin. 37, P.-A. 2. Versand nur an Private. 294/20

Warnung!
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabaks** in Umlauf.
Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak (ges. geschützt 75 658).
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VIL 3461.)

Kolonie Nonnendamm.
Die Märkische Bodengesellschaft, Berlin W, Leipziger Straße 123a (Amt I, 2156), bietet in ihren Häusern zwischen Nonnendamm und Siemensstraße allen Wohnungsuchenden günstige Wohngelegenheit.
Billige Mietpreise, geräumige, luftige, helle Zimmer, nur Vorderwohnungen, Ersparnis der erheblichen Fahrspesen.
Ankunft bei den Verwaltern und im Bureau, Nonnendamm, Reis-Str. 24. 2241b*

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Adlershof und Umgegend.
Bekanntmachung.
Wir teilen hierdurch mit, daß am **Donnerstag, den 23. Dezember d. J.**, im Restaurant „Eichner“ zu Adlershof am Abend die Wahl von 88 Vertretern der Kassennmitglieder und 41 Vertretern der Arbeitgeber vorzunehmen ist.

Die Wahl der Arbeitgeber beginnt um 8 Uhr, die der Kassennmitglieder um 6 Uhr, und dürfen Stimmen bis 6 Uhr resp. 8 Uhr abgegeben werden. Wahlberechtigt sind Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Zutritt zum Wahllokal und Ausübung des Stimmrechts ist nur denen gestattet, die nachweisen, daß sie am Tage der Wahl noch Mitglieder der Kasse sind, sei es durch ordnungsmäßig abgestimmtes Quittungsbuch oder durch Bescheinigung des Arbeitgebers. Die Stimmzettel müssen Vor- und Zunamen sowie Wohnung des zu Wählenden genau bezeichnen.
Adlershof, den 13. Dezember 1910.
Der Vorstand, 297/17
R. Hansen, Vorsitzender.

Schlafepatent.
Preisliste 198 gratis und franco.
Bettstuhl „Komet“
Ein Griff — ein Bett, tausendfach bewährt
Preis 30 Mark.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafenstr. 20.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. **Kein Laden.** Auch Einzelverkauf **enorm billig!**
Kostüme
Kostüm-Röcke
Paletots
Kimonos
Golf-Jackets
Mädchen-Paletots.
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz II, I. Etg. schrägüber Untergrund-Bahnhof.
Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.
Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.



SPREEGOLD-MARGARINE

Vom Guten das Beste!

Spreegold wird hergestellt aus den feinsten, in eigener Schmelze gewonnenen Rohstoffen, mit süßer Sahne und Eigelb verbuttert, daher im Aussehen, Geruch und Geschmack bester Butter ebenbürtig.

Alleinige Fabrikanten: Margarinewerke Berolina, G. m. b. H., Lichtenberg-Berlin.

Überall erhältlich!

141/18

Garderobe

auf Kredit!

für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Neuester Schnitt.

Pelz-Stolas
Wochenrate 1 Mk.

Ferner empfehle
Wohnungs-Einrichtungen.

Ausstellung einfacher u. eleganter
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer.
Mod. farbige Kabinen-Einrichtungen
auf Abzahlung
und auch gegen bar.

Einzelne Möbelstücke

und Polsterwaren
bei kleinster Anzahlung
evtl. ohne Anzahlung

Ferner empfehle: Teppiche,
Portieren, Gardinen, Steppdecken,
Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-
Kronen, Partice Betten, Lätz- und
Bettwäsche.

Sport- und Kinderwagen

Wochenrate

1 Mk.

S. Dorn

3' Alte Schönhauser Str. 3'

Eck-Linien-Strasse

Geündet 1864



Pelz-waren.

Engros-Export.

S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
(Ordonnanzhaus)

Kein Laden!
II. Etage.

Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen

Pelz-Stolas
Muffen
Elsaufbarets.

Reparaturen sauber und billig.
Sonntags geöffnet.
Kein Katalog.

Plüsch-Tischdecken

m. entzück. Randprägung 6.25,
8.25, 9.75-24.00, prachtv. best.
5.85, 6.75-15.00. **Gloriatuch-**
Tischdecken reich bestickt
1.85, 2.25, 3.50 bis 4.50.

Teppichhaus Richard Wolf,
Berlin 50. 26, Dresdener Str. 8.
Prachtkatalog M. grat. u. franko.

Schuhputz
Servus
das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.

Fabrik: Latzynski & Co. Berlin NO.

J. NEUMANN CIGAREN-FABRIKEN
BERLIN BEGR. 1850 HAMBURG

200 Niederlagen in Deutschland

WEIHNACHTS
Präsent Kistchen
in reicher
Auswahl

Grand Prix und goldene
Medaille Brüssel 1910

SPECIAL-MARKE

Realos 3 St. 20 Pf. Ideales . . . 12 Pf.
Favoritas . . 8 Pf. Cortesias . 15 Pf.
Preciosas . 10 Pf. Invictos . 18 Pf.

200 Niederlagen in Deutschland.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Wagar, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 117/9

Verbrechen und Prostitution als
soziale Krankheitserscheinungen von
Paul Dirich. Preis 2.- Mark, geb.
2.50 Mark. Expedition Bornharts,
Wendenstraße 59.

Hosen, Dresden

Pelz-Stola-Verkauf
zu hervorragend billigen Preisen!

Eigene Kürschnerei.
an gros Riesenhafte Auswahl detail

über **1000** Stolas von 3 Mark
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-
Stolas von 85 M. an

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Eckhaus
Oranien-Platz.

Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.

Vingierfar! *aufhat auf der
gehört auf jeder
Parkung, wie
Goldfarb weiß*

Gesundheitstobak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.G. 10652

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobako do zatywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Das beste u. liebste Geschenk
sind jeder Dame einige
Straußfedern.

Ich habe 1200 Sorten voll am Lager
und verkaufe solche

40 cm lang, 10-15 cm breit für
1 M., 42 cm lang 2 M., 45 cm 3 M.,
15-20 cm breit, 35 cm lang 2 M.,
4 M., 5 M., 50 cm lang 6 M., 8 M.,
10 M. je nach Sortierung.

**Ausgesucht
prima Federn**

kosten 50 cm lang, 20-25 cm breit
12, 15, 18, 25 M., 60 cm lang, 25 bis
30 cm breit 30, 36, 42, 48 M., 75 cm
lang 75 M., 100 cm 100 M.

Von den besten Federn werden Wasch-
u. Stollen gemacht, solche kosten 2 M
lang 5 M., 8.50 M., 12 M., 21 M.,
lang 17 M., 31 M., 52 M. bis 120 M.

Farben: schwarz, weiß, braun, nerg-
und schlotterfarbig.

Abfallfedern auf Puppenhüte
50 gr 50 Pf.

ff. echte Reiberhüte bis 150 M.
Hirtin 2000 Sorten zurgedrehte Hut-
binnen u. Wälder 60 Pf. sortiert
5 M., Japanseifen u. andere Wasch-
blumen per Dtz. 1.80 M., ff. Wasch-
blumen, Gold- und Silberrosen
Stück 3 M. u.

Best. Kerner Posten d. Nachnahme
ff. Straußfedern geg. Rel. u. Post-
erhalt auch zur Wahl. ff. Preisliste
auch über Salmen, Früchte, Stroh-
und Straußblumen usw. frei.

Möbel-Lechner
Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.
Auf Kredit

Riesen-Auswahl! Eigene Polsterwerkstatt!

1 Stube und Küche von M. 200.- an, Anzahlung v. 15 M. an
2 Stuben und Küche von M. 325.- an, Anzahlung v. 40 M. an
Mod. Schlafzimmer von M. 350.- an, Anzahlung v. 30 M. an
Mod. Herrenzimmer von M. 500.- an, Anzahlung v. 45 M. an
Mod. Speisezimmer von M. 550.- an, Anzahlung v. 50 M. an

Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

**Extra-Abteilung für
Herren- u. Damen-Garderobe,**
Pelzstolas, Teppiche, Portieren, Gaskronen,
Sprechmaschinen etc.

Große Auswahl. Bequeme Teilzahlung.
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Lieferung auch nach auswärts.

Vom 15. bis 23. Dezember bis 9 Uhr geöffnet.
Sonntag, d. 18. Dezember, bis 8 Uhr geöffnet.

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie
8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen
(auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.

Sophien-Säle **Pracht-Säle Alt-Berlin**

C. 64, Sophienstr. 17-18 **Blumenstr. 10**
Tel. III 2763 **Tel. VII 3095**

Inhaber: **Paul Bantz.**

**Manufaktur künstlicher Blumen
und Straußfederhandlung**
Hermann Hesse,
Dresden, Scheffelstraße
10/12,
Leistungsfähiges Weltband
dieser Branche.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee
u. Polsterwaren **Nr. 40**
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen.
Teilzahlung gestattet.

Josefetti

JUNO

BESTE 2 Pfg. CIGARETTE

Verantwortliches Redaktions-Büro: Berlin. Für den Anzeigen-Verkehr: E. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Hesse, Dresden u. Berlin. Anzeigen-Verkehr: E. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Hesse, Dresden u. Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Hessen. Sonntag früh 8 Uhr von Kurzer aus: Kalenderverbreitung.

Trebbin. Am Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Emil Schulze): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Verschiedenes.

Buch (Bezirk Franz-Guckholz). Am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Starke: Zahlabend. Es sind wichtige Angelegenheiten zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Ein Frauenmord in Berlin W.

Die Auffindung der Leiche der Frau Hoffmann in der Blumenhalstraße 1, von der wir gestern Meldung machten, hat zu eingehenden Nachforschungen der Kriminalpolizei Veranlassung gegeben, wobei sich herausstellte, daß Frau Hoffmann einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Ein Täter oder eine Täterin — man weicht auch mit der Möglichkeit, daß eine Frau in Frage kommt — sind noch nicht ermittelt. Der Polizeipräsident hat auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 8000 M. ausgeschrieben. Eine polizeiliche Bekanntmachung an den Säulen lautet:

Am 18. Dezember 1910 wurde die Witwe Margarete Hoffmann, geb. Schiller, in ihrer Wohnung in der Blumenhalstraße 1 im Bett liegend tot aufgefunden. Die Leiche war mit allen Betten und Bettdecke zugedeckt, wie bei einem geordneten Bett, war also nicht sichtbar, so daß Verletzungen und die Todesursache noch nicht festgestellt werden konnten. Die Leiche zeigt starke Verwesungsmerkmale. Es ist festgestellt, daß am Mittwoch, 7. d. M., gegen 2 Uhr nachmittags laute Hilferufe aus der Wohnung der Hoffmann ertönt sind. Auf das Klingeln der Portierfrau ist dieser nicht geantwortet worden. Hierauf sind ein Schuhmann und ein Schloffer geholt worden. Als diese Einlass begehrien, hat eine Person mit Frauenstimme geantwortet, daß sie nicht aufmache, ihr sei schon besser. Die Portierfrau erklärte, es sei die Stimme der Hoffmann. Der Beamte hatte trotzdem die Korridortür öffnen lassen, worauf die Person sich in der Stube eingeschlossen und wiederum erklärt hat, nicht zu öffnen. Es ist auch diese Tür geöffnet worden, doch hatte die Person sich bereits wieder nach den hinteren Räumen zurückgezogen und die dorthin führende Tür verschlossen. Als dann noch diese Tür geöffnet war, wurde niemand mehr in den hinteren Räumen gefunden. Dagegen stand die nach der hinteren Treppe führende Tür offen. Hausbewohner wollten bemerkt haben, daß eine Person die Treppe hinabsteige.

Gegen 7 Uhr desselben Nachmittags wurde die Portierfrau nach dem gegenüberliegenden Schlächterladen gerufen, wo ihr telefonisch mitgeteilt wurde, daß Frau Hoffmann sich in einer Kammer befinde und sehr aufgeregt sei. Wahrscheinlich werde ein Dienstmädchen kommen und für Frau Hoffmann einige Sachen holen. Es ist aber später niemand erschienen. Nach dem Befund ist die Hoffmann schon am 7. d. M. gestorben und unter den Betten verbleibt worden. Das Telefongespräch hat der Täter offenbar gehalten, um Nachforschungen zu verhindern. Die obige Belohnung ist für solche Personen ausgesetzt, die Angaben machen können, die zur Ermittlung des Täters führen können. Mitteilungen nehmen die Polizeireviere und die Kriminalabteilung entgegen. Berlin, den 12. Dezember 1910. Der Polizeipräsident. Bez. v. Jagow.

Bei der genauen Besichtigung des Schlafzimmers, in der die Leiche gefunden wurde, entdeckte die Polizei an der Wand neben dem Bett Blutspuren. Möglicherweise ist also die Frau noch nicht ganz tot gewesen, als der Mörder sie in das Bett warf. Dort muß sie dann erstickt worden sein. In der Speisekammer, die nach der Küche führt, fand man an der Rinne einen zwei Meter langen Stiefel. Es ist anzunehmen, daß der Mörder die Absicht gehabt hat, Frau Hoffmann, nachdem er sie betäubt hatte, aufzuhängen, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Diese Absicht hat die ziemlich starke und korpusulente Frau, die trotz ihres Alters noch sehr rüstig war, durch ihren Widerstand vereitelt. Sie konnte noch um Hilfe rufen, lockte dadurch Hausbewohner an und ließ so dem Mörder nur noch Zeit, ihr das Messer in den Leib zu stoßen und sie dann zu erstickt.

Die Leiche war ganz beseidet. Auch das Haar war gemacht. Ein Schuh der Ermordeten lag auf dem Sofa, das dem Bett gegenübersteht, der andere in dem Speisezimmer, dem Berliner Glanzer, unter einem Sessel. Auf diesem lag Frau Hoffmann gefesselt haben, als sie der Mörder überfiel. Daß dieser Zutritt in die Wohnung der Frau gefunden hat, ist auffallend. Sie legte stets die Sperre vor und öffnete erst dann ganz, wenn sie tauchte, wen sie vor sich hatte. Selbst dem Briefträger traute sie nicht. Sie ließ ihn nicht ein, hatte vielmehr angeordnet, daß er klingeln und dann die Briefe in den Kasten stecken mußte. Diese Vorsicht der alten Dame mag der Täter gekannt haben. Weil er hiermit rechnen mußte, so ist es wahrscheinlich, daß er vorher die Bekanntschaft seines Opfers gesucht und gefunden hat, vielleicht im Konzert im Zoologischen Garten oder im Theater, das Frau Hoffmann an gewissen Tagen öfter zu besuchen pflegte. Der verrostete Revolver, der auf dem Fußboden des Schlafzimmers gefunden wurde, scheint der Ermordeten gehört zu haben.

Wohnte Hausbewohner wollen einen gut gekleideten jungen Mann an dem Abendtag auf der Treppe des Hauses gesehen haben, der einen blonden, englischen Schnurrbart trug. Andere haben diesen jungen Mann auf dem Straßendamm längere Zeit auf- und abgehen sehen und beobachtet, wie er unausgesehen nach den Hoffmannschen Fenstern hinüber sah. Geraubt ist anscheinend nichts, der Mörder ist durch die gewaltsame Öffnung der Türen seitens der alarmierten Hausbewohner daran gehindert worden, die Schmuckschätze und Geld aus den Kommoden und Kassetten zu nehmen.

Die Ermordete entstammt einer angesehenen Berliner Familie. Sie hat von ihrem Mann ein großes Vermögen geerbt und auch ein Haus, das vor einigen Jahren vom Fiskus angekauft wurde, wobei Frau H. annähernd 100 000 M. verdient haben soll.

Im Laufe des gestrigen Vormittags ist als des Mordes verdächtig ein jüngerer Mann verhaftet worden. Er konnte jedoch sein Alibi nachweisen und mußte wieder entlassen werden. Ferner hat die Kriminalpolizei festgestellt, daß Frau Hoffmann auf einer Bank ein offenes Bankkonto hatte und sich im Verkehr mit ihr eines Scheckbuchs bediente. Dieses Scheckbuch fehlt. Es fehlen ferner noch verschiedene Schmuckstücke, darunter eine goldene Kette und mehrere Broschen. Ferner fehlen die Schlüssel zu Behältern,

die von der Ermordeten stets verschlossen gehalten wurden und zur Aufbewahrung ihrer Wertgegenstände dienten. Diese Behälter waren jetzt geöffnet.

Die Obduktion, die gestern nachmittag Gerichtsarzt Dr. Strauch in Gegenwart anderer Ärzte und der Kriminalpolizei machte, führte zu der überraschenden Feststellung, daß die alte Frau Hoffmann erschossen worden ist. Bei der fortgeschrittenen Verwesung der Leiche war das durch einfache Besichtigung nicht zu erkennen gewesen. Jetzt steht es außer Zweifel. Das Geschloß ist in die rechte Schläfe dicht unter dem Haar eingedrungen. Diese Verletzung hat den Tod herbeigeführt. Der Schuh ist typisch für einen Raubschuß. Wahrscheinlich hat der Mörder die Waffe auf den Kopf aufgesetzt. An dem Revolver, der auf dem Tische lag, hat man bei genauerer Untersuchung auch Blut gefunden, besonders an der Sicherheitsklinge. Hier zeigt es sich deutlich an den Einkerbungen des Kopfes. Nach der Lage der Leiche muß der Täter von links an das Bett herantreten sein. Der Schuh mußte in der rechten Schläfe sitzen. Das Ergebnis der Obduktion stimmt mit dem örtlichen Befund überein. Außer der Schußwunde stellte die Obduktion an der linken Hand fünf eingetragene Stellen fest, die darauf schließen lassen, daß die alte Frau Schläge auf die Hand bekommen hat, vielleicht mit einem Schlagring. Den Eindringen entsprechen auch die Blutverhältnisse. In beiden Armen zeigten sich blutunterlaufene Stellen. Wahrscheinlich hat sich die Frau gewehrt, als der Mörder sie auf das Bett warf. Das ganze Ergebnis der Obduktion läßt darauf schließen, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden hat. Dieses ist wahrscheinlich nach der Schlafstube geschah und hat dort den Mord mit dem Schlagring erhalten, nach der Art der Eindringende bei einer abwehrnden Handbewegung. Der Mörder warf dann die alte Frau mit Gewalt in das Bett, mit dem Gesicht nach unten und drückte die Oberbetten auf sie. Während sie schon im Bett lag, gab er aus unmittelbarer Nähe den Schuß auf sie ab.

Daß es auf einen Raub abgesehen war, unterliegt wohl keinem Zweifel. Frau Hoffmann hat nach den bisherigen Ermittlungen über 100 000 M. Vermögen besessen. Erst vor nicht allzu langer Zeit erbt sie 50 000 M. Sie hatte das Geld zum Teil an Verwandte ausgeliehen, zum Teil bei einer hiesigen Großbank angelegt. Auf diese bezog sie auch ein Scheckbuch, das noch nicht gefunden ist. Ob der Mörder es geraubt hat oder wo es sonst geblieben ist, weiß man noch nicht. Das Guthaben hat über 60 000 M. betragen. Ob nach dem Mordtage auf der Bank noch Geld abgehoben worden ist, steht noch nicht sicher fest.

Gestern nachmittag um 3 1/2 Uhr nahmen ein Amtsrichter, ein Staatsanwalt und die Kriminalkommission, die bis dahin die Vernehmungen der Hausbewohner und anderer Zeugen fortgesetzt hatten, eine eingehende Besichtigung der Wohnräume vor. Hierbei hörte der Richter auch die wichtigsten Zeugen. Aus allen Aussagen geht hervor, daß Frau Hoffmann noch sehr lebenslustig, im Hause aber vorsichtig und scheu war. Aus Vorsicht konnte sie sich auch nicht entschließen, ein Dienstmädchen zu halten. Sie fürchtete stets, daß gerade ein Dienstmädchen ihr verhängnisvoll werden könnte. Es könne Verhältnisse anknüpfen, meinte sie, und die Männer könnten dann dazu kommen, sie zu bestechen oder gar umzubringen und zu berauben.

Mit der Durchlegung der Charlottenstraße nach der Lindenstraße durch das Grundstück der Agl. Sternwarte hat sich gestern die städtische Tiefbaudeputation eingehend beschäftigt. Es wurde beschlossen, die Sache einer Unterkommission zu überweisen.

Aus der neuen Gebührenordnung für bahnmäßig anzureisende Güter, die am heutigen Donnerstag in Kraft tritt, haben wir die nachfolgenden Sätze, die für das Privatprivilegium zunächst in Betracht kommen, hervor. Es sind zu zahlen: für das Verladen von den Bahnhöfen nach den Befragungen oder Geschäftsräumen der Empfänger im Postbezirk Berlin sowie im Stadtgebiet von Schöneberg umf. von Eißlitzgut, sperrigen, leicht zerbrechlichen u. s. w. Gütern im Gewicht bis zu 20 Kilogramm einchl. Abtragen 60 Pf., von 21—50 Kilogramm einschließlich Abtragen 70 Pf., von 51—100 Kilogramm einschließlich Abtragen 80 Pf., für je weitere 50 Kilogramm 35 Pf.; von Frachtgut, den obigen Gewichtsgrenzen entsprechend, 30, 50, 60 bzw. 20 Pf. Für das Abtragen der Güter nach Kellern, Hofgebäuden bis zum 2. Stockwerk sind zu entrichten: für je angefahrenen 50 Kilogramm, wenn die Güter einzeln nicht mehr als 50 Kilogramm wiegen, 10 Pf., für jedes Stück im Einzelgewicht von 51—75 Kilogramm 20 Pf., von 76—100 Kilogramm 40 Pf., von 101—125 Kilogramm 60 Pf., bis 150 Kilogramm 1 M. Nach höheren Stockwerken treten an Stelle dieser Sätze die folgenden Beträge: 15, 30, 60 Pf., 1, 1,50 M.

Die Maul- und Klauenseuche gewinnt auf dem Berliner Vieh- und Schlachthof immer mehr an Ausdehnung. Sämtliche Schweine auf dem Schlachthof sind, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ berichtet, von der Seuche ergriffen, so daß der städtische Schlachthof als vollständig verunreinigt zu betrachten ist. Sämtliche Schweine auf dem Schlachthof, die Ueberbringer auf dem Viehof mußten bis Dienstag abgeschlachtet werden und um dies zu erreichen, war man genötigt, auch die Nachschunden zu tilgen zu nehmen. Auch unter den Kinderställen wurde noch an mehreren Stellen die Maul- und Klauenseuche festgestellt. Die Desinfektion aller Ställe, Straßen und Kammern wird von neuem begonnen.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich bei Guckholz zugetragen. Auf der Fahrt von Hirschenwalde nach Guckholz wollte ein Berliner Automobil ein Fuhrwerk überholen. Das Auto geriet dabei in losen Sand und blieb darin stecken. Der Chauffeur Paul Paschen aus Reinickendorf wurde aus dem Auto herausgeschleudert. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er gleich darauf starb.

Gegen die geplante Hochbahn in der Frankfurter Allee wollen die beteiligten Grundbesitzervereine des Ostens und des Westens Einspruch erheben. Protestversammlungen einberufen und eifrig in Gemeinschaft mit allen übrigen Interessenten, Geschäftsinhabern, Mietern usw. agitieren. Sie verlangen eine Untergrundbahn.

Geschäftliche Verluste haben den 38 Jahre alten Schankwirt Max Jünger aus der Elisabethstraße 10 in den Tod getrieben. Seit 14 Jahren hatte Jünger in der Frankfurter Allee 136 eine Pfandleihe, die er vor drei Wochen aufgeben mußte, da sie im letzter Zeit fastleert ging. Seit einem Vierteljahr betrieb er im Hause Elisabethstraße 10 eine Schankwirtschaft, die aber auch nicht recht ging.

An der Schöneberger Brücke wurde von der Feuerwehre eine Frauenleiche aus dem Kanal geholt, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde dann nach dem Schauhaus gebracht.

Feuer im Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhaus in der Reinickendorfer Str. 61 alarmierte gestern früh die Berliner Feuerwehr. Als sie dort ankam, brannten im Laboratorium Tische und ein Schrank usw. Es gelang, die Flammen mit einer Schlauchleitung aus dem Brandherd zu beschränken und eine Verunreinigung der kleinen Patienten zu vermeiden.

Einer Leitungsarbeiterin ist am Dienstagnachmittag in der Zeit von 2 bis 1/3 Uhr auf dem Hause Oberberger Straße 34 ein Kinderwagen mit braunem Anstrich gestohlen worden. Da die

Frau den Wagen zu ihrem Brotvertrieb notwendig gebraucht, werden Personen, die über den Verbleib desselben irgend welche Angaben machen können, gebeten, sich bei Kanapim, Oberberger Straße 34, vorn 2 Treppen zu melden.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonnabend, den 10. Dezember, ein dreizehnjähriges Mädchen erlitten, das für die Eltern einen größeren Posten Ware abgeliefert hatte und den erhaltenen Betrag in Höhe von 147,40 M. auf dem Wege von der Mauerstraße bis zur Kommandantenstraße 34 in der Zeit von 8—8 1/2 Uhr abends verlor. Das Portemonnaie, das das Geld enthielt, war in ein Kubert verpackt.

Der Finder wird um Abgabe an den Schuhmacher Ved, Kommandantenstr. 34 gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das städtische Beerdigungswesen betrifft eine Klage, die uns unterbreitet wird. Einem in der Erkstraße wohnenden ES-paar H. war in der Charité ein Kind gestorben. Auf dem Ante bezahlte Frau H. die Kosten für die Ueberführung der Leiche von der Charité nach dem Friedhof am Mariendorfer Weg und die Kosten der Beerdigung. Die Ueberführung sollte am Sonnabend, den 10. d. M., stattfinden. In der Charité warteten aber Frau H. mit ihrem Vater verzweifelnd auf die bereits bezahlten Leichenträger. Schließlich fanden sich im letzten Augenblick gegen entsprechendes Trinkgeld andere Personen, die die Leiche nach dem Kinderleichenwagen trugen. Als dieser aber an dem städtischen Friedhof ankam, waren gleichfalls keine Leichenträger zu sehen. Um nun mit der Leiche nicht nach Hause fahren zu müssen, blieben der Mutter und deren Vater nichts anderes übrig, als selbst Leichenträgedienste zu verrichten und selbst anzufassen. Man kann sich denken, wie der trauernden Mutter dabei zu Rute gewesen sein mag. Auf Beschwerde der Mutter wurde ihr auf dem Ante geantwortet, es wäre ein Versehen vorgekommen. Ford darauf erwiderte auch bei Frau H. ein Mann, der gleichfalls erklärte, ein Versehen läme überall einmal vor, das für die Leichenträger bezahlte Geld solle sie am anderen Tage, an dem die Beerdigung des Kindes erfolge, auf dem Friedhofe zurückhalten. Das verlegte die H.ichen Eheleute, die da meinten, es gehöre sich, daß ihnen der Betrag sofort nach ihrer Wohnung hätte zurückgegeben werden sollen, zumal sie auch die Gebühren auf einmal hätten zahlen müssen und außerdem der Friedhof nicht der Ort und die geeignete Gelegenheit zur Abzahlung sei. Gestern Mittwoch hatten die Leute das Geld noch nicht zurückbekommen. Wenn schon ein Versehen einmal vorkommen kann, so sollte man umgehend ein solches so schnell wie möglich gut machen und nicht in der Weise verfahren, wie im vorliegenden Falle.

Sonderbare Klagen gehen uns über das hiesige Amtsgerichtsfängnis zu. Ein ehemaliger Inhafteter des Gefängnisses teilt uns mit, daß er in seinem Zeit eine Anzahl Wangen vorgefunden hätte. Die gleichen Klagen, so berichtet uns der Verhafteter, könnten auch von anderen Gefängnissen vorgebracht werden. Er habe den Inspektor des Gefängnisses einmal auf das Ungeheuer aufmerksam gemacht und dieser habe auch versprochen, für Abhilfe zu sorgen.

Klagen über Ungeziefer wie über Unsauberkeit in Gefängnissen sind uns in namentlicher Weise bisher eigentlich nicht mitgeteilt worden. Um so mehr müßten wir uns wundern, wenn die Leitung des obengenannten Gefängnisses nicht ihr Augenmerk auf die in einer solchen Anstalt erforderliche Sauberkeit richtete.

Die Freie Turnerschaft Rixdorf-Brig hat in ihrer Versammlung am Dienstag die bisher bestehende Jugendabteilung für die Schüler unter 14 Jahren aufgelöst.

Wilmerdorf-Halensee.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am Mittwochabend mit der Prüfung der Stadtverordnetenwahlen vom November d. J. Es wurde beschlossen, die Wahl des bürgerlichen Kandidaten Dertler im 1. Bezirk Halensee, die der Wahlschluß zu Unrecht proklamiert hatte, für ungültig zu erklären. Ueber den Inhalt zweier Protokolle, die sich gegen die im 9. Bezirk erfolgte Wahl des Sozialdemokraten Nibel und des Demokraten Lazarus richtete, sollen Erhebungen veranstaltet werden. Die Wahl des Sozialdemokraten Schröder im 8. Bezirk wurde für gültig erklärt, desgleichen sämtliche Wahlen der 1. und 2. Abteilung.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Gemeindevertretung wollte sich zunächst mit einer Vorlage des Gemeindevorstandes über Verbesserung des Polizeiwesens befassen. Inzwischen war der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich eine solche Vorlage zur Behandlung in der öffentlichen Sitzung nicht eigne. Der neu angeordnete Kriminalwachtmeister hat dem Vorstand nämlich die Auffassung beibringen können, daß eine ganze Anzahl von Zehlendorfer Straßentypen mit nachlässigen Einwohnern identisch seien. Da Herr Hammer als rettender Engel auch nach die persönlichen Momente ins Feld führen konnte, weil möglicherweise nicht alle Nachwächter zur Uebernahme bei der Polizei geeignet seien, beschloß die Vertretung die Verlegung. — Durch Ueberbürdung der jetzigen Lehrkräfte, zum Teil bedingt durch notwendig gewordene Teilung von Klassen, ist an der Realschule die Gründung einer neuen Oberlehrerstelle (Besalt 4500 Mark) und einer Zeichenlehrerstelle erforderlich geworden. An der höheren Mädchenschule sind aus denselben Gründen sieben neue Stellen einzurichten und zwar die Stellen für zwei Oberlehrer, eine Oberlehrerin, drei Lehrerinnen mit seminaristischer Bildung und eine Zeichenlehrerin. Die Gesamtneuaufgabe beträgt hier 13 850 M. pro Jahr. An der Gemeindefschule soll eine technische Lehrerin angestellt werden, die Unterricht im Turnen, Zeichnen und in Handarbeit erteilen kann. Das Schulgeld an den höheren Schulen wird für auswärtige Schüler auf 200 M. erhöht. In die Steuerordnung für die Umschulung wurde vom Vorstand die Ausnahme eines Paragraphen beschlossen, der die Grundstücke steuerfrei läßt, die von Stiftungen und die zur Gründung von Familienheimkommissionen erworben werden. Dieser Passus war schon einmal darin enthalten und von der Vertretung gestrichen worden. Wie der Schöffe Rhode darlegte, hat aber in letzter Zeit der Regierungsräsident einige Nachbargemeinden angehalten, eine solche Bestimmung in die Steuerordnung aufzunehmen. Um einem gleichen Eingriff zuvorzukommen, wurde der Vorstoß vom Vorstand gemacht. Es wurde vom Schöffen zwar angegeben, daß die Städte eine solche Bestimmung nicht haben, daß auch der Eingriff ungerecht ist, aber auf einen Kampf mit dem Regierungsräsidenten will man es nicht ankommen lassen. So werden vorläufige Einrichtungen in die Zukunft gerettet, obendrein noch zum Schaden der Gemeinden. Was hiergegen aber der Widerspruch gering, so war er um so stärker bei einem eigenmächtigen Auftrag des Schöffen, einen Schutzparagraphen in die Steuerordnung aufzunehmen, beim Verlust von Erbschaften den Steuerfiskus vor Schaden zu bewahren. Es hat sich ein Fall abgespielt, daß ein Erbe sein erworbenes Grundstück schon nach Jahresfrist verkaufte. Erbschaften sind im allgemeinen von der Umsatzsteuer ausgeschlossen. Bei dem Verkauf des Grundstücks hielt sich der Erbe nur zur Verfügung, den Wertzuwachs des einem Jahres zu versteuern. Die Sache sprach und der Ausgang ist zweifelhaft, da die Steuerordnung eine Lücke hat. Der Schöffe schlug nun vor, einen Paragraphen aufzunehmen, daß solche Verkäufe betrachtet werden sollen, als wenn die Erbschaft gar nicht stattgefunden sondern sich in ununterbrochenem Besitz befinden habe. Vergebens wies der Schöffe darauf hin, daß jeden Augenblick ein neuer Fall eintreten und dem Gemeindefiskus 27 000 M. Schaden bringen könne, Vergebens be-

Sogar auch der Bürgermeister die drohenden Gewalten mit dem Hinweis, daß es hier wahrhaftig nichts mehr zu überlegen gebe. Die Vertretung beschloß — zunächst Beratung in geheimer Sitzung. Darum? Das lehre ein Zusammenstoß Schütz-Laitre-Hertel. Herr Laitre-Hertel hatte für den Vorschlag Partei genommen und Herrn Schütz vorgeworfen, daß er als Direktor einer Terracingesellschaft zu sehr interessiert sei, daß er infolgedessen besser geschwiegen hätte. Tiefinnig meinte Herr Wilski dazu: „In diesem Sinne sind wir alle Interessenten, nur daß Herr Schütz ein paar Parzellen mehr besitzt wie wir.“ Damit ist zum erstenmal in unserer Vertretung der wahre Grund für die nichtöffentlichen Sitzungen dargelegt. „Weil wir alle interessiert sind.“

Lichtenberg.

Unberechtigte Heranziehung zu Bürgersteigkosten. Ein Streit um Bürgersteigerstellungskosten, bei dem es sich um insgesamt 14 860 M. handelte und woran etwa 70 Grundbesitzer beteiligt waren, beschäftigte am 13. Dezember das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Die Kläger (Gläubiger und Genossen) waren von der hiesigen Gemeindebehörde anteilig zu den Kosten der Bürgersteige der Frankfurter Chaussee zwischen der Ringbahn und der Ostbahndrücke herangezogen worden auf Grund eines Ortsstatuts vom 6. März 1902 und eines Spezialbeschlusses der Gemeinde. Das Ortsstatut und der Spezialbeschluss stützen sich auf § 9 des Kommunalabgabengesetzes, welcher bestimmt: „Die Gemeinden können durch Beschluss der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstellungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von denjenigen Grundeigentümern und Gewerbetreibenden, deren hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstellungen erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.“

Der Kreisaußschuß wies den Anspruch der Kläger auf Freistellung von den Beiträgen ab.

Der Bezirksauschuß als Berufungsinstanz erhob Beweis und erachtete dann für festgestellt, daß die Frankfurter Chaussee in jenem Teile erst 1898 als Eigentum und Verwaltung der Provinz in Eigentum und Verwaltung der Gemeinde übergegangen und damals noch keine fertige Straße im Sinne des Baufluchtliniengesetzes gewesen sei. Sie sei erst dann zu einer fertigen Ortsstraße ausgebaut worden. Der Bezirksauschuß erkannte auf Grund dieser Feststellung und weil er das Ortsstatut von 1902 nicht für einwandfrei hielt, auf Freistellung der Kläger, indem er das Urteil des Kreisaußschusses aufhob.

Der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts bestätigte nun jetzt das Urteil des Bezirksauschusses mit folgender Begründung: Der Vorderrichter habe mit beiden Gründen recht. Es bestimme das allgemeine Statut der Gemeinde Lichtenberg vom 6. März 1902, welches die Erhebung von Beiträgen gemäß § 9 des preussischen Kommunalabgabengesetzes regelt, daß die Beiträge berechnet werden sollten unter Zugrundelegung der Kosten, welche vor dem Grundstück des Einzelnen entstanden seien durch die Herstellung des Trottoirs, und zwar sollten davon 75 Proz. als Beitrag erhoben werden. Hier werde also die Höhe des Beitrages abhängig gemacht gerade von der Höhe der Kosten, die zufällig vor dem Hause des Betreffenden entstanden seien. Das könne aber unmöglich in einem solchen generellen Statut festgelegt werden, weil sich niemals vorher übersehen lasse, welche Höhe die Kosten erreichen würden, und somit, wie die Beiträge sich zu den Vorteilen verhalten würden. Abgesehen davon sei das Ortsrecht außerdem noch verpleg (widerspruchsvoll). Nämlich: das allgemeine Ortsstatut bestimme in der angegebenen Weise, der Spezialbeschluss bzw. der Verteilungsplan verteilte die Kosten in Wirklichkeit aber unter Zugrundelegung der gesamten Kosten nach dem Maßstabe der vor den einzelnen Häusern liegenden Fläche. Das mache auch den Spezialbeschluss ungültig, weil er dem Ortsstatut widerspreche.

Aber auch der zweite Grund des Bezirksauschusses greife durch. Beiträge aus § 9 des Kommunalabgabengesetzes können nur erhoben werden, wenn es sich nicht um eine neue Straße handle, für die aus § 15 des Baufluchtliniengesetzes von 1875 hätten Anliegerbeiträge (Beiträge zu den Kosten der ersten Einrichtung) erhoben werden können. Nach dem vorliegenden Material habe nun die erstmalige Anlage der Straße erst festgestellt, nachdem die Chaussee aus dem Eigentum und der Verwaltung der Provinz in das Eigentum und die Verwaltung der Gemeinde übergegangen sei. Das sei erst von 1898 an geschehen. Man habe damals gefestigt, dann sei das Trottoir gekommen usw. So sei man damals erst dazu gelangt, die Straße fertigzustellen als eine Ortsstraße im Sinne des Gesetzes. Somit könne hier mit dem § 9 des Kommunalabgabengesetzes und den darauf sich stützenden Ortsbeschlüssen (Ortsstatut und Spezialbeschluss) überhaupt nicht operiert werden, denn für die durch diese erste Anlage der Straße erwachsenen Kosten käme nur § 15 des Baufluchtliniengesetzes und das auf Grund desselben erlassene Ortsstatut von 1875/76 in Betracht.

Mariendorf.

Auf dem Vorschlag von der hiesigen Gemeindegemeinschaft Elternabend brachte der Herr Rektor Janetzke in einer Rede Anschauungen über die Prügelstrafe zum Ausdruck, die von hervorragenden Pädagogen nicht geteilt werden. Schon wiederholt wurden Klagen laut, daß den Schülern aus manchen ganz geringen Anlässen Prügel verabreicht werden. In der betreffenden Rede bestätigte der Herr Rektor die Klagen insofern, als er rückhaltlos erklärte: Für die Erziehung der Kinder in der Volksschule ist die Prügelstrafe unbedingt notwendig. In den weiteren Ausführungen gab der Herr zu, daß wohl im Elternhaus, nicht aber in der Schule die Erziehung der Kinder ohne Prügel möglich sei. Die Klagen der Kinder über Strafen wurden dahin abgetan, daß die Kinder wohl ihren Eltern niemals den wahren Grund angeben, weshalb sie Prügel erhalten haben. Außerdem behandelte der Rektor die Frage: Wie schaffen wir unseren Kindern eine freudvolle Jugend? Hierbei erhob er gegen die Väter der heutigen Schuljugend den Vorwurf, daß sie sich nicht genügend um die Kinder kümmern. Auch fehle die religiöse Erziehung der Kinder. Daher sei es nötig, daß die Kinder mehr wie bisher zu den von der Schule arrangierten Veranstaltungen gelockt würden. Die soziale Lage so vieler Eltern schien dem Herrn Rektor völlig unbekannt zu sein, denn sonst hätte er in Erwägung ziehen müssen, daß da oft Vater und Mutter zugleich dem Erwerbe nachgehen müssen, es vielen Eltern unmöglich ist, ihr Augenmerk noch der Kindererziehung zu widmen.

Wenn sich der Herr Rektor weiter befaßt, daß die Eltern angeblich des Sonntags im Sommer in den Biergärten sitzen, so hätte er seine Klagen lieber an den „Honorarionstisch“ richten sollen, wo die Gemeindevorsteher mit dem Oberhaupt sitzen, die die Erziehung eines Volksparks fallen lassen, weil ein solcher vielleicht 20 000 M. mehr gekostet hätte, als veranschlagt war. Beim Vorhandensein eines solchen Volksparks könnte Herr Rektor Janetzke seine heile Freude haben, wie derselbe von Arbeiterfamilien benutzt würde.

Die Rede wurde von den Anwesenden dankend hingenommen. Leider konnte keine Erwiderung auf der Stelle gegeben werden. Die organisierte Arbeiterklasse war mit ihren Kindern der Veranstaltung fern geblieben, weil die Feier in einem Lokale stattfand, dessen Inhaber keine organisierten Arbeiter bei sich duldet. So war auch in diesem Jahre die Beteiligung eine sehr dürftige. Daher auch die Drohung des Herrn Rektors, alle Kinder in Strafe zu nehmen, die der Schulfest ferngeblieben sind. Zu einer solchen Bestrafung hat der Rektor kein gesetzliches Recht. Ebensovienig Recht steht dem Herrn zu von den Schülern — wie in letzter Zeit — zu verlangen, für die Kirche „sammeln“ zu gehen. Am 27. Dezember veranstaltet die organisierte Arbeiterklasse Mariendorfs für den Nachtbesuch der Schulfest einen Unterhaltungsabend für Eltern und Kinder bei Preußensfürststraße. Dieser Veranstaltung sollte auch der Herr Rektor Janetzke einmal so infognito beiwohnen, wie wir die Schulfest be-

suchten. Dabei würde er sich auch überzeugen können, wie wenig seine aufgestellten Behauptungen zutreffen.

Königs-Wusterhausen.

Ueber den Zusammenstoß zweier Jäger wird vom gestrigen Tage amtlich folgendes gemeldet: Heute vormittag gegen 12 Uhr 25 Minuten fuhr der Güterzug Nr. 7602 auf Bahnhof Königs-Wusterhausen auf den auf Gleis 5 haltenden Bedarfsarbeitszug 7008 auf. Ein Wagen wurde zertrümmert, die Maschine und zwei Wagen des ausfahrenden Güterzuges entgleisten. Personen sind nicht verletzt. Materialschaden erheblich. Ursache: irrtümliche Freigabe der Einfahrt.

Schmargendorf.

Reichsverbändlerische Wahrheiten.

Es ist keine neue Erfahrung, daß im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch die Liberalen die Hilfe des Reichsverbandes in Anspruch nehmen, wenn damit ein Erfolg für sie zu erwarten ist. Große Schlaglichter weisen in dieser Beziehung die hiesigen Gemeindevertreterwahlen auf. Der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Vereine war der Vorsitzende der Ortsgruppe des Reichsverbandes, Herr Dr. Heinrich Fränkel. Dem sogenannten Wahlkomitee war bekannt geworden, daß dieser Herr 1800 Flugblätter im Bureau des Reichsverbandes für die Zwecke der Gemeindegewahl und zugunsten seiner Kandidatur bestellte habe. Da diese unseren Parteigenossen gegebene Mitteilung durchaus glaubwürdig erschien, wurde dieselbe in einem Flugblatt der Bevölkerung mitgeteilt. Daraufhin erklärte Herr Schöps, der Bureauvorsteher des Reichsverbandes, in einem Gegenflugblatt diese Behauptung für unwahr. Es sei „an das Bureau des Reichsverbandes niemals eine derartige oder ähnliche oder überhaupt eine Bestellung des Herrn Dr. Fränkel gelangt.“ Mit dieser bestimmten Erklärung sollte nun die Behauptung des sozialdemokratischen Wahlkomitees erledigt sein.

Um aber vor der Bürgerlichkeit und der Öffentlichkeit in einwandfreier Weise den Sachverhalt feststellen zu können, wurde von unseren Genossen eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: „Wer lügt?“ In dieser Versammlung war das bürgerliche Wahlkomitee sowie Herr Dr. Fränkel eingeladen worden. Wer nicht erschien, waren diejenigen Herren, die ihre politische Ehre zu verteidigen hatten. Ohne erst die substantiierte Anlage in der Versammlung abzuwarten, ließ Herr Dr. Fränkel in einem Lokalblatt so etwas wie eine Erklärung los, in der folgende, für einen liberalen Politiker und Schriftsteller recht bezeichnende Stelle enthalten ist: „Ich war eines Tages in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes, der ich weder angehöre noch angehört habe, um aus dessen reichhaltiger, volkswirtschaftlich-politischer Vaherei einige Werke zu entleihen, die ich für einen Zeitungs-aussatz brauchte.“ (Gegen die Sozialdemokraten?) „Als dann versichert er nochmals, daß er bei dem Reichsverband keine Flugblätter bestellt hätte. Vielmehr sei er von Herrn Schöps gefragt worden, ob die für Gemeindegewahlen „schönen und brauchbaren Flugblätter des Reichsverbandes“ nicht nach Schmargendorf geschickt werden könnten, was Herr Dr. Fränkel nach seinen Darlegungen in das Ermessen dieses Herrn stellte mit dem Bemerkten, daß diese aber keinesfalls von dem Schmargendorfer Wahlaußschuß der Bürgerlichen bezahlt würden.“

In der öffentlichen Versammlung traten nun bürgerliche Redner auf, die durch das unwahre Verhalten der Herren Fränkel-Schöps empört waren und bezeugten, daß ihnen gegenüber Herr Schöps offen in einer Privatunterhaltung, die sich mit den Vorgängen bei der Schmargendorfer Gemeindegewahl beschäftigte, erklärt habe, Herr Dr. Fränkel habe bei ihm (Schöps) 1800 Flugblätter telefonisch bestellt; des weiteren wurden sehr detaillierte Angaben über die weiteren Einzelheiten der Unterhaltung bekannt gegeben, die in ihrem Zusammenhang eine Bestätigung der von Herrn Schöps gegebenen Darstellung sind. Dieses Bekenntnis einer schönen Seele war allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und nur die Empörung über das sich widersprechende Verhalten des Herrn Schöps trieb diese Bürgerlichen dazu, der Wahrheit die Ehre vor aller Öffentlichkeit zu geben. Tatsache bleibt unter allen Umständen, daß zunächst Herr Schöps geflunert hat und wenn die den Jungen gegebene Darstellung richtig ist, auch dann Herr Dr. Fränkel in keiner Weise die Wahrheit der Beteuerungen des Herrn Dr. Fränkel in keiner Beziehung gelungen ist, den Nachweis zu führen, daß seine in der Öffentlichkeit und der Presse niedergelegten Darstellungen und Behauptungen bezüglich der Flugblattangelegenheit mit dem Reichsverband der Wahrheit entsprechen. Welcher sind die Verkommenen der Meinung, daß der Bureauvorsteher Schöps vom Reichsverband sowie Herr Dr. Fränkel die Wahrheit leichtfertig auf den Kopf gestellt haben.

Die Versammelten erklärten ferner, daß die Notiz in Nr. 571 der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Stichmarke: „Wenn die Bürger nur wollen“, Behauptungen enthält, die nur als grobe Unwahrheiten bezeichnet werden können.

Salbe (Kreis Teltow).

Zur Lokalfrage nahm am letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung im Saale des Herrn Mohr Stellung. Nach einem beifällig angenommenen Vortrage des Genossen Groger-Migdor, sollte Genosse Pagels die für die hiesige Arbeiterklasse bedeutungsvolle Lokalfrage auf. Insbesondere ist es Herr Gastwirt Mohr, der wohl die Großen der Arbeiter sehr gerne entgegennimmt, aber sich keineswegs veranlaßt fühlt, seine Lokalitäten den Arbeitern zu politischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Auf's Schärfste wurde die Verschleppungspolitik des Herrn Mohr bei den diversen Verhandlungen gerügt und die auch am Sonntag aufs neue zur Anwendung gelangen sollte, ginge es nach dem Willen des Herrn Mohr. Nach einer eingehenden Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig, nachdem Herr Mohr sich wieder hartnäckig geweigert hatte, seine Lokalitäten der Arbeiterklasse für politische Versammlungen zur Verfügung zu stellen, dieses Lokal von nun ab streng zu meiden. Die verschiedenen Vereine der hiesigen Arbeiter, die so lange ihre Sitzungen usw. dort abhielten, verließen ebenfalls das Lokal. Als Verkehrslokal der organisierten Arbeiter von Salbe wurde das des Herrn Streubel bestimmt. Es wird dringend ersucht, diesen Beschluß zu beachten.

Weißensee.

Eine Märchenvorlesung wird am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von den Herren Reumann und Fuhrmann im „Prälaten“ veranstaltet. Zum Vortrage gelangen Kinderlieder, Gedichte und Märchen. Gute Lichtbilder werden die Anhörung unterstützen. Die Vorträge werden durch Harmonium eingeleitet. Willkürs sind in der Weihnachtsausstellung und bei Herrn Droger (Prälaten), Lehderstraße 122, zu haben.

Pankow.

In der Gemeindevertretersitzung am Dienstag wurden zunächst die Kosten zur Anlage eines weiteren Fischteichs auf dem der Gemeinde gehörigen Gute Mühlensee im Betrage von 6000 Mark bewilligt. — Da die teilweise schon bestehende und im kommenden Jahre in noch erhöhterem Maße zu erwartende Ueber-

fällung einzelner Klassen an den hiesigen Gemeindefischen die Neueinrichtung resp. Teilung von Klassen notwendig macht, beschloß die Vertretung die Errichtung von zwei Lehrern und einer Hilfslehrerinnenstelle zum 1. April 1911 sowie von zwei Lehrern und zwei Hilfslehrerinnenstellen zum 1. Oktober 1911. — Die zurzeit durch zwei Ärzte im Nebenamt ausgeübte Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder an den hiesigen Gemeindefischen hat sich — da es sich um die Beobachtung von 5680 Kindern handelt — als unzureichend erwiesen. Die Vertretung bewilligte deshalb die Mittel zur Errichtung einer dritten Schulärztstelle. — Eine längere Debatte zeitigte die Anregung eines bürgerlichen Vertreters, schon jetzt zu der von der Regierung beabsichtigten Einbringung eines Gesetzes betreffend die Errichtung eines Zwangsverbandes von Groß-Berlin an das Abgeordnetenhaus in irgend einer Form Stellung zu nehmen. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß gerade für die nördlichen Vororte außer den Verkehrs- und sonstigen wichtigen Fragen vor allem das Armenfürsorge- und das Schulwesen bei einem solchen Zwangsverbande Berücksichtigung und zweckmäßige Regelung erheischen. Da zurzeit noch nichts Greifbares über die zu erwartende Regierungsvorlage vorliegt, wurde schließlich eine Kommission gewählt, welche sich mit der Angelegenheit näher befassen und dem Plenum später geeignete Vorschläge zur weiteren Stellungnahme in der Sache machen soll. Von unseren Genossen gehört der Kommission Genosse Kubig an. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Hermisdorf i. M.

In der letzten Gemeindevertretersitzung gab der Amtsvorsteher einen Bericht von seiner Bodumer Studienreise, die er wegen der geplanten Kanalisationsanlage unternommen hatte. Ferner wurde der Monatsbericht der Gasanstalt für Oktober gegeben. Gegenüber dem Vorjahre weist er einen Mehrverbrauch von 20 745 Kubikmeter auf. Bei Punkt: Vermietung der Wohnung im alten Schulhause bemerkte Genosse Sohrauer, daß die Wohnung event. als Bureau-räume benutzt oder aber an kleine Leute vermietet werden solle, denn der jetzige Mieter habe neben seinem Gehalt 600 M. Wohnungszuschuß, der Mietvertrag der betreffenden Wohnung bezifferte sich jedoch nur auf 360 M. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, dem alten Mieter die Wohnung zu den alten Bedingungen weiter zu überlassen. Zu Punkt: Verlängerung der Brennzeit der Straßenlaternen wurde von bürgerlicher Seite beantragt, die Laternen bis 1.40 Uhr nachts brennen zu lassen. Genosse Sohrauer trat dem entgegen und stellte sofort den Antrag, die Straßenlaternen im Winterhalbjahr bis zur Morgendämmerung brennen zu lassen. Er machte den bürgerlichen Herren klar, daß sie nicht nur an ihre Rückkehr vom Theater, sondern auch an die vielen Schichtarbeiter denken müßten, die mit dem ersten Zuge nach der Arbeitsstätte mühten. Auch die Genossen Priemeier und Lehrens unterstützten die Gründe Sohrauers. Nachdem noch ein Bürgerlicher für den Antrag gesprochen, wurde derselbe mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen.

Potsdam.

In der letzten Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Raab ein Referat über die politische Lage, an welches sich eine recht lebhafte Diskussion angeschlossen. Aus letzterer sei erwähnt, daß sich fast alle Redner für die Erhebung eines Exzessbeitrages aussprachen, um die Kasse zu füllen, da der Wahlkampf in Potsdam ein selten heftiger zu werden verspreche. Der Kreisvorstand soll aufgefordert werden, solches möglichst bald zu erwägen. Vorher werden noch einmal die Bezirksitzungen zu dieser Frage Stellung nehmen. Auch soll auf die Landtagitation etwas mehr Gewicht gelegt werden. Die Genossen, die im Besitze eines Kades sind, werden ersucht, sich schon jetzt in den Dienst der Sache zu stellen. — Zum Schluß der Versammlung kam der Vorsitzende noch auf die Delegiertenwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse zu sprechen, er legte Wert darauf, festzustellen, daß der Wahlverein bei diesen Arbeiten nicht mitgewirkt habe. Dies sei lediglich Sache des Gewerkschaftslokals gewesen. — Zur Aufnahme hatten sich 7 Genossen gemeldet.

Mißbrauchte Kinderkraft.

Dieses Thema wurde vor mehreren Tagen in zwei öffentlichen Versammlungen in Wilmersdorf und Köpenick behandelt. In Wilmersdorf referierte die Genossin Frau Clara Weyl, in Köpenick die Genossin Demming. Beide Rednerinnen erlitten am Schluß ihrer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Versammelten, die am Ort bestehende Kinderbeschäftigungskommission tatkräftig zu unterstützen.

In Wilmersdorf sind etwaige Mitteilungen an Frau Markewitz, Weimarische Str. 12, zu richten.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 16. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Pöschmann, Vordergr. 9: Vortrag des Herrn K. Urban.

Tegei-Vorkahle. Wir machen hiermit auf unsere Jugendchriftenausstellung aufmerksam, die bis einschließlich Sonntag, den 18. Dezember, an Wochentagen von 7-10 Uhr, Sonntags von 3-8 Uhr abends im „Jugendheim“, Schillerstr. 30, geöffnet ist.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr langsam, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft, genug Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise kaum verändert. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft leblos, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 14. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Wilmersdorf	756.20	3haft Sd.	2	2	Charlottenburg	767.00	2	2	2
Niederschönewitz	756.00	3haft Sd.	2	2	Petersburg	763.20	1	1	1
Berlin	758.00	3haft Sd.	1	1	Scilly	747.00	4haft Sd.	10	10
Kranich a. M.	757.30	Dunst	1	1	Berens	753.00	5haft Sd.	8	8
Ränke	759.20	4haft Sd.	0	0	Wester	757.00	3haft Sd.	6	6
Blau	768.00	2haft Sd.	8	8					

Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Dezember 1910. Ein wenig wärmer, vorwiegend neblig oder wolfig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 12. 1910	am 13. 12. 1910	Wasserstand	am 12. 12. 1910	am 13. 12. 1910
Remsl. Mühl.	880 ¹⁾	+67	Saale, Groditz	136	-4
Bregel, Jüterburg	40 ¹⁾	+45	Saale, Spandau ²⁾	92	0
Beckh. T. B.	70 ¹⁾	+20	Saale, Halbenau ²⁾	124	-1
Oder, Rastow	237	-10	Spree, Spremberg ³⁾	114	-2
• Stolln	211	+5	Spree, Borsdorf	192	+1
• Frankfurt	218	-4	W. Elbe, Witten	-17	-5
• W. Elbe, Schrumm	76	+10	W. Elbe, Witten	58	-2
• W. Elbe, Landsberg	33	+2	W. Elbe, Marienlandau	410	-12
• W. Elbe, Gerdamm	22	-2	• Raab	261	-4
• W. Elbe, Weimert	166	-7	• Köpenick	321	-9
• W. Elbe, Dresden	70	-4	• Redar, Halbrohm	105	-10
• W. Elbe, Barby	337	+10	• W. Elbe, Wertheim	204	-4
• W. Elbe, Magdeburg	278	+10	• W. Elbe, Trier	-	-

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Niedr. — ²⁾ Unterbecl. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ von 9-10½ Uhr vorm. Eisreiben. — ⁵⁾ Eisreiben.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Das Modell



einer Cigarette, wie sie sein soll, ist Salem Aleikum, das beweisen die vielen flüschenden Nachahmungen. Nur echt mit Firma auf jeder Cigarette: Orient. Tabak- und Cigaretten-Fabrik „Yenidze“.

Inh.: Hugo Zietz, Dresden.
No. 3/4 4 5 6 8 10
Preis 3/4 4 5 6 8 10 Pfg. d. St.

Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus
Carl Barthel, Inhaber
Joachim Hochmuth
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.
In neuen, modern eingerichteten Räumen.
Separate Abteilungen für
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und
Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte
Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche
Gardinen, Tischdecken usw.
Alles auf bequeme Ratenzahlungen bei billigsten Preisen.
Amt VII 7569.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 14. Dezember
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Der Eidenfisch.
Neues königl. Opernhaus. Othello.
Deutsches Othello.
Kammerspiele. Ein Engel. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Der Tallisman.
Leffing. Anatol.
Neues Schauspielhaus. Der Jerriffene.
Rossische Oper. Die Bohème.
Westen. Das Puppenmüdel.
Kleines. Verflucht Bauernzimmer. 1. Klasse.
Neues. Der B. m. h. Tenor.
Trionon. Der heilige Gaim.
Reichshallen. Der Unterpräfekt.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller. Der Fez Caprice.
Charlottenburg. Der Hund der Jugend.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Hermannschlacht.
Neues Operetten. Der Graf von Luzemburg.
Zirkus A. Schumann. Der Feldherrnhügel.
Lilien. Registrator auf Reisen.
Woderaed. Der Doppelmensch.
Gerrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Drehhügel.
Volkoper. Die Dollarprinzessin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rose. Der Kaiserjäger.
Sollies Caprice. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra - Wir leben noch!
Kaffee. Julie Wippen.
Abend. Spezialitäten.
Volgt. Die Barbara.
Wagner. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Sängere.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Decapoli (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Canonica. So wird's gemacht.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Karl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Prof. v. Hesse-Wartegg
Städte und Länder der Kronprinzenerreise.
Hörssaal 6 Uhr:
Dr. G. Gehlhoff: Mechanik.
8 Uhr Dr. W. Berndt: Einige besonders wichtige Organsysteme des Menschen und der höheren Tiere.
Kaiser-Panorama.
4. Reihe am schönen Rhein.
Seitlich v. Berchtesgaden.
Zollbergwerk-Königsberg.
Eine Reihe 20 Pf., Kind - nur 10 Pf.
Abonnem. 1 R. Lauf. Abonnenten.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Geheimrat Prof. v. Hesse-Wartegg
Städte und Länder der Kronprinzenerreise.
Hörssaal 6 Uhr:
Dr. G. Gehlhoff: Mechanik.
8 Uhr Dr. W. Berndt: Einige besonders wichtige Organsysteme des Menschen und der höheren Tiere.
Kaiser-Panorama.
4. Reihe am schönen Rhein.
Seitlich v. Berchtesgaden.
Zollbergwerk-Königsberg.
Eine Reihe 20 Pf., Kind - nur 10 Pf.
Abonnem. 1 R. Lauf. Abonnenten.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Unterpräfekt.
Schwank in 3 Akten v. Leon Gombitof.
Morgen und folgende Tage:
Der Unterpräfekt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 15. Dezbr., abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Freitag: Holzgummi.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
Sonntag: Die Jungfrau v. Orleans.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.
Freitag: Studiertes Reise nach Indien.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Jünger Rose. Abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Band der Jugend.
Lustspiel in 5 Akten v. Emil Hübner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Band der Jugend.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Maurstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute erstes Gastspiel von
Johann Strauß aus Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Alle Sonn- und Große Matinee von 12 bis 2 Uhr bei
Feiertage freiem Eintritt.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Ueber unsere Kraft.
Genevra.
Agnes Bernauer.
Leffing-Theater
Das Konzert.
Rosentag.
242/10
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Thalia-Theater
Opette
Die schöne Helena.
Reffing-Theater
Die 300 Tage.
Gerrnsfeld-Theater
Der Herr Senator.
Nächste Serie:
An d. Reiches Pforten.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Auftreten des Dir. Alb. Schumann.
Maud Elton mit ihrer Gumbente.
Reut! Reut!
Selbini Truppe, 6 Berl.,
Radschaber und Hofschaubühner.
Spachen zu Pferde, geritten
v. Fr. Dora Schumann u. Herrn
Karl Heß
sowie das glänzende
Dezember-Programm.
Der große Coup
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler.
Romantische Pantomime in
4 Akten.

Licht-Spiele
Mozart-Saal - Nollendorfsplatz.
Beginn 8 Uhr.
Josef Giampietro.
Hofjagd in Springe.
Vorverkauf für den Silvesterball
Beginn am 20. Dezember.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 70-72a
Größter Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künstler
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen
Restaurant für 6000 Personen
Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11-1 Uhr. Vorm. Konzert
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung
Jeden Montag, 9 Uhr abends:
Großes Instrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Aufschlag.
Montag, den 19. Dezember:
Wiederholung der Eröffnungsfest der Sport-Palastes
unter Mitwirkung des
Kosleckschen Bläserbundes.
Entree 1.50 M.
Für diesen Abend, von 7 Uhr ab, sind alle anderen
Karten des Sport-Palastes aufgehoben.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich: Franz Sobanski.
Reut! Geschw. Gau. Max Wornier.
Albert Nicolaus. Geschw. Sundermann.
Mstr. Maximilian, musikal. Clown. Molly Vorch ufm.
Unter der blühenden Linde
Biograph-Vorführungen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 15. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:
Gr. Galavorstellung.
Abass Ben Abdullahs Araber-Tr.
Die 14 Fezzans
phänomenale Springer.
Gastspiel des Herrn Direktor
Pierre Althoff und Frau Direktor
Adele Althoff mit ihren be-
rühmten Freiheitsdresuren.
Gebrüder Namsel,
komische Radfahrkünstler.
Fr. Elisabeth v. Dymar, Schult.
Gebrüder Fratellini,
urkomische Clowns.
9 1/2 Uhr zum 90. Male:
„VENEZIA“.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Anatol.
Freitag 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Sonntag 8 Uhr: Anatol.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Tallisman.
Morgen: Der schwarze Junter.

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. h. K.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
10 neue große Attraktionen 10
9 Uhr:
Bellini
das telepathische Phänomen.
Else Terry, Operetten-Diva zu
Pferde u. a. m.
Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungskette in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
Die Szene geleitet von Dir. A. Schulz.
Anfang 8 Uhr - Neuen gehailet.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten von Dennert
und Oswald.
Freitag: Die Anna-Lise.
Sonntag nachm. 1. Goldhärchen
Himmelfahrt. Ab.: Der Kaiser-
jäger.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152.
Heute:
Vollständig neues Programm.
Anfang 6 Uhr.

Walhalla-Theater.
Klosterstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Dezember-Allernewestes!
Bravo! - Da Capo!
Eine Welt-Regie in 5 Akten.
Die Szene geleitet v. Dir. A. Klein
verb. m. neuen Coupletts, Ein-
lagen u. Sensationen u. a.

Trionon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gaim.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Reichshallen Tor.
8 1/2 Uhr:
Im blauen Licht.
So wird's gemacht!
Freitag Gastspiel Fedia de Férard:
Die schönste Frau
von New York.

Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmüdel.
Mittw. u. Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnt. 3 1/2, 11: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmeasch.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Berliner Volkoper
Salle-Klancestraße 7/9. - 7,9 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Liane d'Eve
Excentrique française
in ihrem Transformationsakt:
Vor und hinter den Kulissen
umrahmt von einer Analyse der
anerkanntesten Kunst-
kräfte dreier Weltteile.
Rauchen gestattet!
Theater des Weddings
Müllerstr. 182/183 - Sollerstr. 35.
Täglich vor ausverkauften Häuse:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Gad.
Außerdem das neue großartige
Programm.

Herrnfeld Theater
Der größte Schlager
der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorher: Der Derby-Sieger.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 15. Dezember 1910:
Friede auf Erden.
Weihnachtskomödie mit Gesang in
5 Aufzügen von Hugo Schulz.
Kasseneröffnung 7. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Karl Haverland-
Anfang 8 Uhr. Theater. Romanbanten-
prüg. 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.
Nante Pohlmann
mit ganz neuem Repertoire und
Schields, urkomische.

Voigt-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 59.
Gastp. in Trapp's Festhallen. Vogel.
Donnerstag, den 15. Dezember:
Die Barbaren
oder: Weihnachten in Feindesland.
Lustspiel in 4 Akten v. D. Stodter.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Steintiner Sängere.
Weihnachts-Programm!
„Bei Vater'n“
Weihnachtsbild v. Wenzel.
Anfang
morgentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Original Berliner Volkstüd
Julie Wippen.
Berliner Humor!
Berliner Typen!
Im Stille der ehem. Berliner-Bühne.
Vorher: erstersteiger bunter Zell.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachten.

Folies Caprice.
Der Feldherrnhügel
von Derrigler und Soda Soda.
Neuer bunter Zell.
Hotel zur Jungfrau.
Tourentenposten von Satyr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Norman French.
Und das
große Dezember-Programm!!

Passage-Panoptikum.
Der bernaisische
Riese
Dussore
ist 110 mm größer als
Machnow
lebend zu sehen!
Ohne Extra-Kasse!

Theater „Groß-Berlin“.
Donnerstag, Puhlmanns Theater
den 15. Dez. 1910:
8 1/2 Uhr:
Winterjegen
oder: Die Berle von Savoyen.
Entree 30-100 Pf., auf Vorzugskart.
20-60 Pf. Dieses Inferat gilt
als Vorzugskarte!
Freitag: Ariadne (Moabit): Die-
selbe Vorstellung.

Bosporus
am Moritzplatz.
Heute: Das phänomenale
Dezember-Programm.
Anfang 6 Uhr. Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr: Tanz.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Großer Ball.
C. Nible.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Grotzerjan. Ansb.: Rud. Mörz.
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9358.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2, Sonn. 4 u. Vorzugskarten,
nur mochten gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Gleich wech. Programm.

Mila-Säle
Schönhäuser Allee 130, Milastraße 3
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang 8 Uhr.
Karl Elsner.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

